GEO
POLITIK

S DEM INHALT DES HEFTES:

Schmidt / Sinn der österreichischen Politik
Block / Bessarabien
enberger / Territoriale Entwicklung der Balkanstaaten
ternitz / Amerikanisierung Cubas — Samhaber / Tacna-
a und Chile — Lamezan / Probleme des fernen Ostens
Sieger / Die Grenze in der politischen Geographie
Berichterstattungen und Statistik

RT VOWINCKEL VERLAG

9 / SEPT. II. JAHRGANG 1925 2 MARK

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor a. d. Univ., Gen.-Major a. D., München, Arcisstr. 30, Tel. 57312. *Dr. E. Obst*, o. Professor a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Geibelstr. 24, Tel. Nord 8186, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, Freiligrathstr. 9, Tel. West 5948 und *Dr. O. Maull*, a. o. Prof. an der Univ., Frankfurt/Main, Franz Rückerstrasse 23, Tel. Maingau 5117, unter ständiger Mitarbeit des „Wirtschaftsdienst", Hamburg, Poststr. 19.
Schriftleitung: *Dr. F. Hesse*, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalzburg 2234

II. JAHRGANG 1925

HEFT 9 · SEPTEMBER

INHALT:

DER PREIS:

Das Einzelheft . . . . 2 Reichsmark
Die Vierteljahresfolge . . . . 6 Reichsmark
Die Halbjahresfolge . . . . 12 Reichsmark
Die Jahresfolge mit Register . . . . 24 Reichsmark

Postscheckkonto: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin 18769, Wien 55918.
Bankkonto: Delbrück Schickler & Co., Berlin

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Heinrich Block, Radactia „Bessarabskoe Slowo" strada Sinadino 69 Kišinău Bessarabien, Rumänien
Dr. M. Haltenberger, o. Professor a. d. Universität, Tartu (Dorpat), Aia tän 46
Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., a. o. Professor a. d. Universität, München, Arcisstrasse 30.
Frhr. H. von Lamezan, Schönmoor bei Rickling (Holstein)
Dr. O. Maull, a. o. Professor a. d. Universität, Frankfurt a. M., Franz Rückerstraße 23.
Dr. Erich Obst, o. Professor an der Technischen Hochschule, Hannover, Geibelstraße 24
Dr. E. Samhaber, Santiago (Chile)
Herbert Schmidt, München-Solln, Natalienstraße 9
Dr. R. Sieger, o. Professor a. d. Universität, Graz, Göthestrasse 43
Kurt Winternitz, Hamburg, Mönckebergstrasse 7—19, (Prok. der Elkes Export- und Import-A.-G.)

KURT VOWINCKEL VERLAG
BERLIN-GRUNEWALD / HOHENZOLLERNDAMM 83

HERBERT SCHMIDT:
ER SINN DER ÖSTERREICHISCHEN KULTUR UND POLITIK VON HEUTE

Der Weg Österreichs, sein Aufstieg und Niedergang, abseits von allen einlichkeiten des Alltags gesehen, ist bezeichnet durch eine dramatische Ab-lge unabänderlicher Geschehnisse. Aber wie die Gewohnheit des täglichen lebens das ewige „Stirb und Werde“ im Leben der Menschen und der itur als eine selbstverständliche empirische Weisheit hinnimmt, wird die iwendung dieses Gesetzes auf Völker, weil schwerer erkennbar, seltener in n Kreis politischer Betrachtungen gezogen. Erst in Zeiten großer Um-ilzungen und Entscheidungen wie den heutigen, wird blitzartig grell be-ichtet, was vorher, durch die dunklen Wolken der Behaglichkeit verhüllt, m Erkennen nur weniger sichtbar war. So erscheinen uns heute die bensströmungen der Völker vielfach in einem neuen Licht. Das Leben terreichs aber ist uns ein dauerndes Symbol, dessen Betrachtung uns um mehr fesselt, als es einen großen Teil unseres Schicksals in sich trägt.

Jahrelang verschoben, rückt nun die endgültige Entscheidung Österreichs her und näher. Die Neubesetzung der Botschafterposten in Berlin und ris, das weitgehend entgegenkommende tschechische Angebot eines Handels-kommens mit der Bedingung eines endgültigen Verzichtes auf den Anschluß, s starke Interesse Mussolinis für eine Personalunion mit Österreich, um die inzösischen Donaustaatspläne zu durchkreuzen und die durch die Dauerkrise Staats- und Privatwirtschaft allgemein einsetzende Pressepolemik sind äußere zeichen. Die Tatsache, daß Österreich in seiner heutigen Struktur lebens-fähig ist, läßt sich trotz aller Völkerbundsbeteuerungen und Kredite nicht iger verschweigen. Sinnlos von Grenzen umgeben, deren Vater der Fanatismus r, muß es sich, um leben zu wollen, an ein größeres Land anlehnen. War ses Land bis zum Abbruch des Ruhrabwehrkampfes in den Augen aller terreicher Deutschland, so tauchte seit einiger Zeit der von interessierten uppen inspirierte Gedanke eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit Nachfolgestaaten in Form einer Donau-Konföderation auf. Obwohl hinter sem Plan vor allem die Franzosen mit ihren europäischen Herrschafts-üsten stehen, deren erste Aufgabe die Zersplitterung des deutschen Volkes so wurde er doch von engsichtigen Ressortpolitikern alten Schlages und ch von Wirtschaftsleuten gern aufgegriffen. Während diesen Politikern die rquickung mit habsburgischer Hauspolitik maßgebend für ihr Handeln war,

so stimmten die interessierten Wirtschaftsleute für den Donaubund aus re
wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Die Frage, wie aber wird sich das Vo
Österreichs entscheiden, will es seinem kulturellen nationalen und wirtscha
lichen Leben gerecht werden, gewinnt erhöhte Bedeutung.

In seiner Gesamtheit würde es zweifellos gegen einen Bund mit den Staat
stimmen, denen die Unterdrückung der Deutschen Hauptziel ihrer Innenpolit
zu scheint. Um aber diese den Donaubund behindernde Haltung des Volk
zu untergraben, wird bewußt diese Frage in eine einseitige kulturelle Ric
tung gebracht. Man propagiert im Hinblick auf das Wunschgebilde d
Österreichs „in Glanz und Herrlichkeit" jene frühere durch die harten Ta
sachen der Gegenwart vernichtete österreichische Gesinnung der gesteigert
Toleranz und Lebenskunst. Was aber hat diese altösterreichische, in d
Glanzzeiten des Kaisertums entstandene Gesinnung heute noch für die Deutsch
Österreichs zu bedeuten? Geboren in dem Wien, der Verwaltungszentra
eines großen Nationalitätenstaates, den man mit Hilfe der vorwiegend gemei
samen katholischen Religion, eines apostolischen Monarchen und mit d
Macht einer im Barock auf der Höhe stehenden Kultur zusammenhielt, w
jene Gesinnung das erstrebenswerte Ziel aller Österreicher. Das war d
Wien, auf das wir alle mit Stolz sehen, wie in einen Spiegel deutscher Seele
schwingungen, das Wien der Künste, Wissenschaften und der hohen Politi
gekrönt durch die Werke der Heroen der Musik, hineinragend über al
Grenzen der Sprache und des Blutes in die irrationale Welt der Unendlic
keit. Ein Völkerbund idealster Form, aber für den Geschichtskundigen b
greiflicherweise von kurzer Dauer. Denn die Welt war und ist immer no
eine Kolonialgeschichte, ein ewiges Geben und Nehmen und derjenige, d
nahm, hat sich immer noch vom Geber, dem Lehrer, aus dem sicheren Instin
heraus, daß erst dann er sich voll entfalten kann, meist recht unsanft getrenn
Das bestätigt die Geschichte soweit wir zurückblicken können, nicht nur d
Völker, sondern auch der Menschen untereinander. Das beste und aktuells
Beispiel aber ist der Nationalitätenstaat „Österreich".

Hier war der große Geber der Deutsche, der mit Hilfe der vorhin g
nannten Faktoren die durch die panslawistische Idee beseelten West- un
Südslaven zu Österreichern stempeln wollte, ähnlich dem Unterfangen d
Römer den anstürmenden jugendfrischen Germanen gegenüber. Wie ab
diese österreichisch-deutsche Lebensform höchstens von der Intelligenz d
kulturell tiefstehenden Slaven aufgenommen wurde, blieb doch die Masse d
Slaven ihr fremd und nahm höchstens das, was man Zivilisation nennt, au
— In Ungarn war es übrigens anders, dort wurde mit der Zeit die deutsc
Intelligenz ungarisch im Denken und Fühlen, während der deutsche primiti
Bauer den rücksichtslos durchgeführten Magyarisierungsversuchen gegenüb

ub blieb und sein Deutschtum zäh verteidigte. Bei ihm überwogen die
räfte des Blutes und der Rassenzugehörigkeit zum Deutschtum die des Ver-
andes, so blieb er innerlich der ungarischen Tradition und dem eigenen
agayrischen Lebensstil fremd, während der rational denkende Deutsche der
berschicht sich geistig völlig akklimatisierte. — So nahmen sie alle von ihrem
oßen Lehrer bis sie sich Schritt für Schritt zur Reife herangewachsen
aubten, um auch durch eine politische Trennung sich frei zu machen von
esem Kultureinfluß, um ihre inneren seelischen Kräfte voll entfalten zu
önnen und so eine eigene Kultur zu formen. In dieser Entwicklung stehen
ir mitten drin, ja sie war schon lange vor 1918 im vollsten Werden. Der
ord von Serajewo, an dem Mann, der vielleicht als einziger sie für eine
eitlang gemeistert hätte in engster Angliederung an das Deutsche Reich,
ab ihr den letzten entscheidenden Anstoß. Was aber taten die Jahre vor-
er die Exponenten jener altösterreichischen Gesinnung? Mit einer unver-
ntwortlichen für das Deutschtum geradezu selbstmörderischen Toleranz hofften
e auf Grund ihrer überlegenen Kultur das Land zusammenzuhalten. Aber
e österreichische Frage war bereits längst der Kultur entrückt, eine be-
ölkerungspolitische Angelegenheit geworden.

Die beginnende Industrialisierung und die ihr analoge Entwicklung zu
roßstädten, zog einen großen Prozentsatz der meist sozial tiefstehenden
aven aller Schattierungen in die Städte und Industriezentren. Städte und
ndustrie entwickeln sich aber abgesehen von außerordentlichen Rohstoff-
gern dort, wo sozial hochstehende zivilisierte Menschen wohnen. Also
Österreich auf den Wohnplätzen der Deutschen. Dieser gewaltigen
Vanderung der slavischen Massen, derem Antrieb diesesmal soziale Beweg-
ünde zugrundelagen, stand man machtlos gegenüber, wollte man nicht die
dustrielle Entwicklung, für einen modernen Großstaat bereits lebensnotwendig
eworden, hemmen. So wurden weitere deutsche Gebiete lautlos erobert.
Vir denken dabei hauptsächlich an Wien und das sudetendeutsche Industrie-
ebiet. Der deutsche Bauer aber in Böhmen und Ungarn stand in einem
ampf auf Leben und Tod einsam und verlassen von einer Regierung, die,
bwohl deutsch in ihrem Wesen und Aufbau, erkrankt an allgemeiner
umanitätsduselei für die ureigensten Lebensnotwendigkeiten der Deutschen
en Blick verloren hatte und bei völliger Verkennung der Psyche ihrer Völker
aubte, mit Gemütlichkeit sich aus dieser heiklen Angelegenheit heraus
wieren zu können. Der Kampf in den Grenzlanden wurde immer erbitterter.
ie Slaven, voran die Tschechen, Polen und Serben — die Ungarn hatten ja
hon längst ihre politische Unabhängigkeit und Gleichberechtigung erreicht —
aten immer mehr mit ihren antideutschen Zielen an die Öffentlichkeit.
atte sich vorher die Intelligenz in Geheimbünden zusammengefunden, um

die österreichisch-deutsche Herrschaft zu unterwühlen, ähnlich dem Beginne der Italiener zur Zeit der Karbonari, so glaubte man sich nun stark genug um handeln zu können. Prag, Krakau und Serajewo waren die Sammelpunkte in ständiger Verbindung mit Belgrad, Warschau und allem Anschein auch Paris. Eine Forderung nach der anderen wurde auf parlamentarischem Wege durchgedrückt. Aber aus dem ungestümen Drängen nach politischer Selbständigkeit wurde sehr bald ein Kampf gegen das Deutschtum überhaupt, wohnten doch in den Ländern, die man für sich begehrte, zahlreiche Deutsche.

Auf dem Lande lag nun die Entscheidung. Bei der starken Vermehrung der slavischen Völker und dem von der Regierung jeglichen Rückhalts beraubten Grenzdeutschtums mußte sie auf die Dauer gegen die Deutschen fallen. In größter Gefahr schlossen sich diese nun zu Verbänden zusammen zur Erhaltung ihrer bedrängten Kultur, Sprache und Schule, von denen der deutsche Schulverein in Böhmen wohl der stärkste war. Aber man konnte damit, so wie die Dinge lagen, die Entwicklung höchstens aufhalten. Die starke, soziale Bewegung, die sich seit den siebziger Jahren durch alle zivilisierten Ländern fortpflanzte und von den besitzlosen Massen als eine neue Offenbarung angesehen wurde, kam den slavischen Zielen sehr gelegen und bot ein nicht zu übersehendes Aktivum in diesem Kräftespiel. Waren doch die Besitzenden fast durchweg Deutsche, wie sie überhaupt die Oberschicht bildeten. Diese waren nun das Hauptziel des Angriffes, den man nun mit mehr oder weniger Überzeugung in ein sozialistisches Gewand hüllen konnte. Taktisch gut durchgeführt gewann man damit nicht nur die moralische Unterstützung der ganzen sozialistisch denkenden Welt, sondern kämpfte auch in den wesentlichsten Dingen mit denjenigen in der Wirtschaft stehenden Deutschen, die sich der sozialen Welle angeschlossen hatten. So ist es auch zu verstehen, daß z. B. in Böhmen die Führer des nationalen Kampfes auf slavischer Seite aus der tschechischen Sozialdemokratie stammen und daß diese Leute nach dem Umsturz nun am Staatsruder stehend nur da sozialisierten und aufteilten, wo es galt, deutschen Besitz vernichten.

Dazwischen ging aber die Wirtschaft ihren eigenen Weg. Hinweg über alle Nationalitätengrenzen, nur an den Zollschranken Halt machend, verband sie organisch aufbauend die Donaumonarchie zu einem einheitlichen Wirtschaftsstaat. Bedingt durch die Kohlenvorräte entstand unter deutscher Führung das große Industriegebiet in Böhmen in steter Fühlung mit den aufblühenden sächsischen Industrien. Eisen- und Glashütten größten Umfangs tauchten auf, deren Leitungen in Prag und Wien waren, wo sich neben Budapest das Blut eines jeden Wirtschaftskörpers, das Geld, konzentrierte. Die Erz- und Holzvorräte Steiermarks, die reichen Landwirtschaftsprodukte der hauptsächlich Ackerbau- und Viehzucht treibenden Bevölkerung der Kron

nder waren nicht nur für den Inlandsbedarf, sondern auch als Austausch-
jekte wichtige Wirtschaftsfaktoren. Wurden doch jährlich für zirka
350 Millionen Rohstoffe: Holz, Zucker, Salz, Kohle, Häute, Eier, Getreide,
ieh und Fertigfabrikate wie Papierwaren, Glas, Metallwaren, Erzeugnisse
r Holzindustrie, Leder und Tuchindustrien, Tonwaren usw. auf dem Welt-
arkt für andere Güter eingetauscht. Wien wurde bald der Sammelpunkt
r verarbeitenden Industrie, wohin die Rohstoffe und Halbfertigfabrikate
ırch die feinen Äderchen eines weitmaschigen Verkehrsnetzes, dessen Haupt-
er die Donau bildete, flossen. Gute Seehäfen mit eigenen Schiffahrtslinien
rgten für direkte Verbindung mit dem Hauptinteressensgebiet der Levante
ıd den Weltmeeren. Die Ausbeutung und Nutzbarmachung der zahlreichen
asserkräfte der Alpenländer eröffnete ungeahnte wirtschaftliche Möglich-
iten. Das Projekt einer Verbindung mit dem oberschlesischen Kohlengebiet
ırch einen Donau—Oder-Kanal harrte seiner Ausführung. Das im Welt-
ythmus pulsierende rasche Tempo der kommerziellen und industriellen Ent-
icklung hatte zu der bestehenden geographischen Einheit Österreich-Ungarns
e wirtschaftliche geformt. International in ihrem Wesen, nur von Rentabilitäts-
agen beherrscht, schien die Wirtschaft getreu ihren freihändlerischen Grund-
tzen die widerstrebenden Nationalitäten stärker aneinander zu ketten als
je gemeinsamer Lebensraum, kulturelle Bindungen und Tradition ver-
ocht hätte.

Da brach erwartet und gefürchtet und trotzdem überraschend der große
rieg aus. Der Vorhang der Intriguen und geheimen Fäden wurde hoch-
zogen. Für jedermann nun sichtbar lief das gut einstudierte österreichisch-
utsche Drama über die Weltbühne. Die ruhmreiche Tradition der aus
len Landesteilen rekrutierten österreichisch-ungarischen Armee hielt zum
rstaunen vieler noch eine zeitlang die Völker zusammen. Die Ungarn, um-
andet vom slavischen Meer, kämpften mit Erbitterung gegen die Russen
ıd Serben um ihr politisches Dasein. Die Kroaten und Bosniaken an der
ılienischen Front aus altem Haß mit Ausdauer und Bravour. An der Haupt-
ont der russisch-serbischen aber versagten die slavischen Völker. Resistenz,
errat und Scharen von Überläufern kennzeichneten diese Truppen. Slaven
nnten und wollten nicht gegen Slaven kämpfen, von denen sie ja ihre end-
ıltige politische Befreiung erhofften. Der panslavistische Gedanke schien
iner Vollendung entgegenzugehen. Der Sieg der Mittelmächte hätte sie in
eite Ferne gerückt. Die Polen, Tschechen, Slovaken und Kroaten wünschten
n Niedergang Österreichs, mit dem sie jahrhundertlang verbunden waren,
hnlich herbei und kämpften im französischen und russischen Heere in Frei-
rps gegen ihr altes Vaterland. In den Deutschen aber war der Geist
ıdetzky's und Prinz Eugen's lebendig geworden. Allein auf sich gestellt,

verraten und verlassen durchlebten sie einen Siegfriedskampf und verbluteten auf den Schlachtfeldern. So kam nach fünfjährigem Heldenkampf der Zusammenbruch, erschütternd für die Deutschen und Ungarn, die seit Kriegsbeginn nun durch Schicksalsgemeinschaft verbunden waren. Ein Fanal der Freiheit für die übrigen Völker. Der Deutschenhaß feierte Orgien und tobte sich aus in naiven und grausamen Handlungen freiheitsberauschter Sklavennaturen. Scheinbar ohne Sinn und Verstand, aber doch nicht ohne System wurden völkische, geographische und wirtschaftliche Einheiten zerrissen im Bewußtsein der Sanktionierung dieser gefahrlosen Raubpolitik durch die sogenannten „Friedensverträge". Wer in diesen Zeiten durch jene Gebiete wanderte, sah genug von diesem bizarren traurig-lächerlichen Spiel. Den Deutschen aber ließ der „Vertrag" von St. Germain nur einen Rumpfstaat ohne Glieder, blutleer, weil arm und entnervt mit einer Großstadt ohne Hinterland. Ein übriger großer Teil der Deutschen wurde unter Mißachtung jeden Völkerrechts im Hochgefühl der Gewalt aus strategischen, wirtschaftlichen und ähnlichen „Gründen" fremden Staaten zwangsweise einverleibt. Das kleine übriggebliebene Deutsch-Österreich aber mußte naturgemäß langsam verkümmern. Die Schlüsselindustrien Wiens blieben ohne die Rohstoffe aus Böhmen. Die Verkehrswege waren zerschnitten. Bajonettbespickte Grenzen zerrissen den Wirtschafts-Organismus zum Schaden aller. Wirtschafts-Boykott, Absperrung vom Welthandel, Streiks und das Fieber der Inflation ließen dem vielgeprüften Lande nur das heisere Röcheln eines Sterbenden. Der Anschluß an den großen Bruder, das Deutsche Reich, schien selbstverständlich geworden zu sein. Das gemeinsam verflossene Blut, Siege und Niederlagen, die gleich hämische Behandlung durch die sogenannten Sieger, die die Deutschen zu einem Volk letzten Grades herunterdrücken wollten, schmiedeten die Herzen fester aneinander, als es je die gleichen Kulturbande und Sprache vermocht hatten. So ging ein neues starkes Sehnen durch das ganze deutsche Volk, das zu erreichen, was durch die Folgen des 30jährigen Krieges uns bisher verwehrt geblieben war: Großdeutschland. Alle Nationen hatten sich nun zu eigenen Staatsformen zusammengeschlossen. Die Italiener erst Ende des 19. Jahrhunderts. Sogar den slawischen Völkern hatte diese durch alle Nationen gehende Idee des Nationalstaates nun 1918 die politische Freiheit gebracht. Aber die von der ganzen Welt wie ein Evangelium aufgenommenen Theorien Wilsons sollten und dürften für die Deutschen keine Verwendung finden. Der Zusammenschluß wurde verboten mit der Geste eines Polizisten, der glaubt eine Bewegung zu ersticken, wenn er Versammlungen auflöst. Man hielt lange Tiraden über die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker und meinte die Freiheit des Gewissens, man sprach in Genf von der Weltdemokratie und dachte an die vordringende westlerische Plutokratie zur Ausbeutung Europas.

Bald erlag auch das wirtschaftlich immer noch kräftigere gutgegliederte Deutschland diesem jeder Vernunft hohnsprechenden Raubzug. Sein Geldstand, das äußere Zeichen der Einschätzung eines Landes in der Welt war noch tiefer als der Österreichs. Der Anarchie innerlich verfallen, nicht des geringsten Kredites für fähig gehalten, schien es auseinander zu fallen. Der Anschlußwille, in den Herzen der Deutschen Österreichs trotz aller Verbote weiter gepflegt, verblaßte nun mehr und mehr angesichts dieser erschreckenden Tatsachen. Durch winzige Zugeständnisse, kleine Anleihen, Stabilisierung der Währung, Reparationserleichterung usw. hoffte eine geschickte Politik der Westmächte ihn endgültig zu vernichten. Maßgebende österreichische Politiker rückten ab von Deutschland und gingen in den Völkerbund, jener Institution der Sieger zur Unterdrückung Deutschlands. Sie nahmen dadurch äußerlich teil an dem letzten Triumph der verfallenen, unwahren westlerischen Kultur Europas. Der vordringende fertig geformte Geist des Westens schien die Herzen der Österreicher zu erobern. Der deutsche Gedanke, weil noch nicht greifbar, ungegoren, weil noch im Werden, konnte ihm nichts konkretes entgegensetzen. Die Hoffnung, daß der deutsche Geist noch etwas der Welt zu sagen habe, was innerlich in uns brennt und aus der Zerrissenheit der allumfassenden alles verstehenden deutschen Seele noch geboren werden wird, schwand dahin. Ein Teil der Presse gab sich sicher nicht aus uneigennützigen Gründen dazu her, dem Ziel der Westmächte und ihrer Vasallen Vorspann zu leisten und den Anschlußgedanken zu diskreditieren. Daß aber das Land allein auf sich gestellt, lebensunfähig ist, konnte man bei den fortdauernden Krisen nicht länger verheimlichen. Dies sahen ja auch schon längst die Urheber dieses Zustandes, die Westmächte, ein. Da aber die einzige Rettung, der Anschluß an das bereits wieder innerlich wie äußerlich stabilisierte Deutschland nicht im Sinne der Westmächte und der Nachfolgestaaten lag, ja von ihnen aufs heftigste bekämpft wurde, köderte man Österreich mit dem Gedanken einer Donauföderation mit den Nachfolgestaaten auf wirtschaftlicher Basis. Selbstverständlich leidet auch die Wirtschaft der Nachfolgestaaten unter der willkürlichen Zerschneidung der geographischen und wirtschaftlichen Bindungen. Aber sie besitzen genügend Land, Rohstoffe und staatliche Unabhängigkeit, um unter dem schützenden Schleier von Schutzzöllen die nötigen verarbeitenden Industrien und Verkehrswege erstehen zu lassen und durch Wirtschaftsverträge den Handel in die gewünschten Bahnen zu lenken. Im Verband mit solch wirtschaftlich starken Kontrahenten, dem Österreich entscheidend nichts bündnisfähiges entgegenstellen kann, es sei denn die unterlegene Stellung des Konsumenten, würden die Deutschen im Gegensatz zum alten Österreich nun jeglicher politischer Macht beraubt, völlig aufgesaugt werden. Nicht einmal das Schicksal der Deutschschweizer, vom großdeutschen

Standpunkt gesehen traurig genug, wäre ihnen vergönnt. Für das Zuckerbrot kleiner wirtschaftlicher Verbesserungen, die sowieso kommen werden, würden sie das Recht auf ihre ureigenste deutsche Entwicklung preisgeben und ihre Zukunft verbauen. So kann nur ein dekadentes Volk handeln. Um aber trotz dieser vorhandenen Aussichten den Gedanken der Donaukonföderation populär zu machen wird seit einiger Zeit von einer gefügigen Presse Deutsch-Österreichs unter dem Schutz der westlichen Scheindemokratien jene altösterreichische bis zur Selbstverleugnung tolerante Gesinnung der Vorkriegszeit propagiert, deren Folgen wir erlebten. Aber die Welt ist seit 1918 einen Schritt vorwärts. Ereignisse lassen sich nicht zurückschrauben und die entscheidende Frage, ob die wirtschaftlich geographischen Bindungen stärker sind, als die politischen nationalen Trennungen muß nach den gegebenen Tatsachen mit nein beantwortet werden. Denn jede Politik ist stets folgerichtige Weiterentwicklung der Wirtschaft mit anderen Mitteln. Also der Wirtschaft als etwas höheres übergeordnet. So scheinen bei der noch hinzukommenden völligen Mißachtung der alten Traditionen eines gemeinsamen großen Staates, die vielleicht noch etwas Bindendes hätten, die neuaufgerichteten Grenzen, soweit sie nationale sind, trotz ihrer Zerschneidung des Wirtschaftskörpers haltbar zu sein. Die neuen Grenzen aber fordern Bildung eines sudetendeutschen Bundesstaates und Rückverlegung der tschechischen und italienischen Grenzen gegen Österreich bis zur Sprachengrenze. Diese Fragen können aber erst dann diskutiert werden, wenn sie im Deutschen Reich einen Rückhalt finden. Die Orientierung Österreichs auf dem Wege — Donaukonföderation oder Anschluß an das Deutsche Reich — muß selbst bei nüchternster realpolitischer Betrachtung zugunsten des letzteren fallen. Sagt ja selbst Lloyd George in seiner diesjährigen Oxforder Rede Ende Mai: „Der Anschluß Österreichs an Deutschland ist national berechtigter als die Zugehörigkeit der Schotten zum britischen Inselreich. Die Gegengründe sind internationaler Art. Man hat durch den Versailler Vertrag den Anschluß auf Jahre aber nicht für ewig unmöglich gemacht. Was nach dem Versailler Frieden international notwendig gewesen sei, kann schon in wenigen Jahren anderen und höheren Interessen weichen müssen.“ Es scheint, daß diese höheren Interessen, für England natürlich außereuropäische Fragen, bereits jetzt schon akut werden. China und Marokko werfen ihre Schatten voraus. Um aber den unliebsamen französischen Kolonialgegner zu schwächen wird die Wiederherstellung des alten Gleichgewichts in Europa notwendige Voraussetzung englischer Politik. Hat ja England erst jetzt wieder ausdrücklich erklärt, die heutigen Grenzen im Osten Europas nicht garantieren zu können. Je schwieriger die Weltlage wird, desto eher braucht England ein durch den Anschluß Österreichs gestärktes Deutschland.

In der Anschlußfrage dürften wir also zu mindestens mit einer englischen Neutralität rechnen können. Die endgültige Entscheidung liegt letzten Endes aber am unentwegten allen Hindernissen zum Trotz unbeugsamen Willen der Deutschen rechts und links der Donau. Daß er sich erhalte und weiter stärke ist unsere Forderung und Hoffnung.

HEINRICH BLOCK:

BESSARABIEN

Nach dem Mißerfolg der Wiener russisch-rumänischen Konferenz im März und April vorigen Jahres ist es klar, daß die beßarabische Frage eine der offenen europäischen Fragen ist. Die Ansprüche Rußlands und Rumäniens ließen sich nicht vereinen, und die Differenz in dieser Angelegenheit wird vielleicht noch vor ein internationales Forum gebracht werden müssen, um nicht den Anlaß zu kriegerischen Verwicklungen im europäischen Südosten zu geben.

I.

Land und Leute. — Einige Gelehrte betrachten Beßarabien als den südöstlichen Ausläufer der Karpathen, andere bezeichnen es als den Abschluß der südrussischen Steppenebene. Beide Richtungen haben Recht: Beßarabien ist der Übergang von der Steppe zum Berggelände. Der Budshak im Süden ist die direkte Fortsetzung der Steppe von Chersson, die „Kodren", die Waldhügellandschaft, die im Norden der Provinz bis zu 465 Meter über dem Meeresspiegel emporsteigt, gehört schon zu den Karpathen. Der Übergang ist sehr sachte, so daß Beßarabien auch keine erheblichen Klimaunterschiede aufweist. Das Jahresmedium beträgt im Norden 10 Grad Celsius, im Süden 13 und in Kischinew 12,1 Grad. Das Winterminimum sinkt selten unter —12 Grad und Fröste von 20 Grad sind hohe Ausnahmen. Die Unterschiede in den Niederschlägen sind schon erheblicher. Das Jahresmittel beträgt: im Norden 613, in der Mitte 470 und im Süden 258 Millimeter. Sehr oft ist Beßarabien den ausdörrenden Ostwinden ausgesetzt. Übrigens sind Wind und Wetter in Beßarabien überaus unbeständig, was von den Launen des großen ebenen Druckgebietes im Osten abhängt. Die Wirkung des Schwarzen Meeres ist sogar auf der unmittelbaren Küstenstrecke unbedeutend.

Flora und Fauna sind noch immer nicht genügend erforscht und beschrieben worden. Am schönsten ist der Wald von Chotin, wo es reine Buchenwälder gibt, und über malerische Hohlwege hinweg bunte Waldteppiche von Mischarten: Ahorn, Linde, Rüster, Ulme, Wildkirsche, Esche, Espe, Birke und verschiedene Eichen. Nadelwälder besitzt Beßarabien nicht.

Reine unbetretene Steppen gibt es beinahe nicht mehr. Ihre Flora ist arm, sie weist kaum 600 Arten auf, darunter einige, die der östlichen Steppe fehlen, aber schon in Rumänien zu finden sind. Zwischen den Seen und Limanen liegt wilder toter Salpeterboden, der nur Wermuth hervorbringt.

Die Mannigfaltigkeit des topographischen Bildes, günstiges Klima und Verschiedenheit des Bodens bestimmten Beßarabien, ein Agrarland zu sein. 85 % der Bevölkerung leben von Getreide- und Gartenbau, Viehzucht und landwirtschaftlicher Industrie. Und das Land ist ergiebig und der Himmel ist gütig: sie leben mit wenig Mühe davon, in althergebrachten Anbaumethoden.

Die Gesamtfläche Beßarabiens beträgt 4 468 000 Hektar, davon sind 266 000 Hektar Wälder, 125 000 Gärten und Weinberge, 30 000 Gemüsegärten, 74 000 Hektar liegen unter Dörfern und Städten, 5 000 unter Eisenbahnen, 41 000 unter Limanen und Seen, etwa 100 000 sind unbrauchbar, die übrigen 3 800 000 Hektar dienen dem Landbau. Vor der Agrarreform war der Boden folgendermaßen aufgeteilt:

Großgrundbesitzer	1 391 295	Hektar
Kirchen und Klöster	167 267	„
Staat, Gemeinden und Banken . .	33 518	„
Bauern und Kolonisten	2 535 822	„
Verschiedene	40 204	„

Überhaupt gab es 5 507 Großwirtschaften, auf die im Mittel je 344 Hektar kamen, und 284 636 Kleinwirte mit je 9 Hektar im Durchschnitt. Landhunger war nicht vorhanden, wohl aber tat eine gerechtere Aufteilung des Bodens not. Das geschah durch die Argrarreform. Durch sie sind 1 098 045 Hektar an 357 016 Beteiligte übergegangen.

Die Bevölkerung Beßarabiens ist ethnisch überaus bunt. Über die einzelnen Nationalitäten sprechen wir weiter. Vorläufig, um im Bilde zu sein, die Ziffern. Eine absolut zuverlässige Schätzung gibt es noch nicht, weil mehrere Zählungen politische Tönung haben. Wir bringen die am meisten unparteiische Schätzung von Eberhardt. Danach hatte Beßarabien im Jahre 1922/23 folgende Einwohner:

Moldawanen (Rumänen) . .	1 270 000	Seelen	oder	47,5 %
Russen	742 200	„	„	27,8 %
Juden	314 800	„	„	11,7 %
Bulgaren	142 300	„	„	5,3 %
Deutsche	83 000	„	„	3,1 %
Polen	16 000	„		
Zigeuner	12 000	„		
Aemener	2 900	„		
Griechen	3 800	„		
Diverse	85 000	„		
insgesamt	2 670 000	Seelen		

(Zum Vergleich: Beßarabien kommt an Fläche beinahe Estland gleich: 44 422 Quadratkilometer gegen 47 550, und übertrifft an Bevölkerungszahl Lettland: 2 670 000 Einwohner gegenüber 2 552 000 im Jahre 1922.)

In guten Jahren lieferte Beßarabien im Durchschnitt 250 000 Waggons Getreide, wovon die Hälfte ausgeführt werden konnte. Ein weiterer Reichtum sind die jährlichen 10 Millionen Deka Wein und 1500 Waggons exportfreies Obst, schon zu schweigen von den Viehbeständen, die bereits wieder den Vorkriegsstand erreichten und zusammen 4 Millionen, also anderthalb Stück auf den Kopf der Bevölkerung ausmachten. Dieses reiche Land war wohl wert, daß man darum einige militärische und diplomatische Lanzen brach. Und wenn es einmal beginnt, rationelle Wirtschaft zu treiben, wird es doppelt so reich sein. Für den Besitz Beßarabiens waren aber auch andere Momente maßgebend. Weiter werden wir sehen, daß Beßarabien und die Moldau die meisten „Barbaren" aufgehalten haben. Wenn sie ermüdet die russische (sarmathische) Ebene überwunden hatten, konnte ihnen zwischen Dnjestr und den Karpathen der letzte Stoß gegeben werden. Tatsächlich sind nur die Goten und die Ungarn über die Karpaten hinausgekommen und haben sich im Westen behauptet. Die Horden der Avaren, Hunnen, Polowzen, Petschenegen und Tataren prallten hier immer zurück. Andrerseits sind auch die balkanischen Mysier, später die Römer und schließlich die Türken nicht über den Dnjestr nach Nordosten hinweggekommen, was von nicht zu unterschätzender geschichtlicher Bedeutung ist. Der berühmte Wall Trajans, der mit seinem Ostende in Beßarabien mündet, beweist, wie richtig diese Scheidegrenze schon im Altertum gewertet wurde. Eine Theorie lehrt, Kaiser Trajan habe ihn zur Abwehr gegen die Barbaren aufwerfen lassen, eine andere sagt, daß der Wall eine Leistung der Barbaren ist, gegen das römische Reich gerichtet. Auf jeden Fall bedeutet er eine Scheidegrenze zwischen der absterbenden Antike und den jungen Barbaren. Beßarabien ist der öftestgenannte kriegerische Tummelplatz dieser zwei gegeneinandergeprallten Welten.

In der neuen Geschichte, als wirtschaftspolitische Momente maßgebend für die Völkerschicksale wurden, gewann Beßarabien besondere Bedeutung. Erst war es der Puffer zwischen Rußland und der Türkei, später ist es der einstweilen glücklicherweise unblutige Streitapfel zwischen Rußland und Rumänien geworden . . . Geschichtlich läßt es sich nicht nachweisen, daß Rußland je die Donau als Landesgrenze beanspruchte. Als zur Zeit Katharinas II. die russischen Armeen bis zum Balkangebirge vorgedrungen waren, hätte diese Grenze möglich werden können, aber die Kaiserin wollte den Puffer bestehen lassen und hatte im Sinn, einen selbständigen Staat „Dazien" zu gründen, ungefähr in den Grenzen Rumäniens vor dem letzten Kriege. Der Streit konnte sich nur um Beßarabien drehen. Für Rußland bedeutet es den Zugang zur Donau, der wichtigsten europäischen Verkehrsader der Zukunft. Jedoch nicht weniger lebenswichtig sind die Ansprüche Rumäniens. Ist Beßarabien für Rußland der Zugang zum Schlüssel der Donau, so ist es für Rumänien die

Deckung dieses Schlüssels. Das ist der Kern des Streites. Genau so, wie einst in Beßarabien und in der Moldau der Kampf zwischen zwei Kulturwelten ausgefochten wurde, nicht weil die eine oder die andere ein Recht auf diese schönen Länder hatte, sondern weil sie just hier (aus geographischen Gründen) zusammenprallten, so ist auch jetzt Beßarabien der Streitapfel nicht um etwaiger heiliger Rechte, sondern weil beide Streitenden es brauchen. . .

II.

Geschichtliches. — Den griechischen Schriftstellern war der Süden Rußlands bekannt. Ihnen verdanken wir die ziemlich genaue Kenntnis über seine scythische Bevölkerung, die sich bis zum 4. Jahrhundert vor Christi Geburt behauptete, dann durch die Kriege Alexanders des Großen, Lysimachs und Mithridates geschwächt wurde und später in zwei neuen Völkerwellen aufging: den Sarmaten, die aus dem Osten kamen, und den Heten, die vom Balkan hervordrangen. Aus dem Gemisch dieser drei Völker bildete sich zwischen den Karpathen und dem Djnepr ein großes Reich unter Führung der Heten (bei den Römern „Dazier"), deren König Beberist die Gesetze des Landes schuf (um 50 v. Chr.). Die Erstarkung dieses Reiches beunruhigte Rom, und schon Julius Cäsar plante einen Feldzug gegen die Heto-Dazier. Er kam unter Augustus zustande. Elius Kattus schlug die Heten und führte 50 000 Gefangene nach Mysien, im Süden von der Donau, weitere 100 000 wurden von Tiberius Sylvanus übergesiedelt. Aber die Heten ergaben sich nicht und griffen oft selbst römische Besitzungen an, besonders unter dem kriegerischen Decebal (86—105 n. Cr.). Unter seiner Regierung kamen die ersten Juden, nach der Zerstörung Jerusalems, ins Land und viele Christen, die im römischen Reich verfolgt wurden. Um das Jahr 50 soll hier der Apostel Andreas gepredigt haben.

Im Jahre 87 überschritt Decebal die Donau und eroberte Thrazien. Er brachte es soweit, daß Rom ihm 12 Jahre hindurch Tribut zahlen mußte. Inzwischen bildete er sein Heer aus, baute Festungen, rüstete zu einem entscheidenden Kampf. Kaiser Trajan unterschätzte diese Vorbereitungen keineswegs und beschloß, den Daziern zuvorzukommen. Er schlug eine Steinbrücke über die Donau, erbaute als Stützpunkt die Festung Turn-Severin und überschritt (105) mit einem ausgewählten Heer von 60 000 Kriegern die Donau. Decebal wurde geschlagen und entleibte sich. Seinem Beispiel folgten alle seine Feldherren. Trajan unterwarf das ganze Land und nannte es Dazien. Die Siegessäule, die in Rom errichtet wurde, zeigt die besiegten Völkerschaften. Sie erinnern an den slawischen Typ. Gleich nach der Unterwerfung schickte Trajan an den Senat die Forderung, aus allen Teilen des römischen Reiches Kolonisten nach Dazien zu schicken. Im heutigen Beßarabien wurden folgende

römische Festungen erbaut: Palada (Bolgrad), Arbium (Reni), Cartal (Kahul), Briscia (Briceni), Smornis (Ismail) und einige kleinere. Die römische Sprache wurde Umgangssprache des Landes.

Im Jahre 216 erschienen die Goten in Beßarabien, 271 waren sie soweit, daß Kaiser Aurelian die Donau als Grenze zwischen ihnen und dem römischen Reich anerkannte. Damals wanderten viele Römer und Dazier nach Mysien aus. Die Goten bildeten zwei Reiche: das ostgotische (zwischen Don und Djnestr) und das westgotische (zwischen Dnjestr und Donau). Mit dem letzteren hatte Rom ein Einvernehmen abgeschlossen: den Goten wurde die Donaugrenze gesichert, wofür sie die neuen Barbarenstämme abzuwehren hatten. Die Ostgoten führten Kriege im großen Radius. Sie sind bis an die mittlere und obere Wolga, bis an das Baltische Meer vorgedrungen (unter Hermanerich). Sie hatten auch den Stamm der Veneten unterworfen, die mutmaßlichen Vorfahren der Ostslawen.

Um 374 erschienen die Hunnen in Europa, drangen durch die russischen Steppen und eroberten Dazien. Sie gingen bis Pannonien vor und vernichteten 446 zwei oströmische Armeen, zerstörten in Thrazien und Mazedonien 70 Städte und nötigten Kaiser Theodosius einen Jahreszins von 2000 goldenen Pfund ab. 451 drang Attila nach Gallien vor, wurde aber von Ätius geschlagen und starb 453. Sein Reich zerfiel. Um jene Zeit drangen aus dem Nordosten des heutigen Rußlands zwei neue Völker vor: die slawischen Anten und die turko-finnischen Bulgaren (Wolgaren, von der Wolga). Die Westgoten retteten sich über Pannonien und Südmysien nach Italien (Theodorich um 488). Beßarabien scheint aber vorübergehend wieder oströmische Provinz gewesen zu sein. Nach einem Zeugnis Prokops hat Kaiser Justinian 545 das Gebiet nördlich von der Donau an die Anten abgetreten mit der Stadt Turis (Tiras-Akkerman). Die Anten nannten die Stadt Belgorod . . . weiße Stadt (türk. wörtlich Ak-Kerman, rumänisch Cetatea-Alba.

Um 560 drangen die Avaren (türkischen Stammes) gen Westen vor. Sie unterjochten die Slawen und drangen bis an die Grenzen des fränkischen Reiches vor. Erst Karl der Große machte ihrer Herrschaft 803 ein Ende. Die Avaren haben sich so restlos aufgelöst, daß später der russische Annalist Nestor das Bild gebraucht: „Verschwunden wie die Avaren". Die Slawen im ehemaligen dazischen Reich waren avarische Vasallen und hatten durch beständige Beunruhigung der byzantinischen Besitzungen die Südgrenze zu sichern. 593 schickte Kaiser Mauricius seinen Feldherrn Priscus über die Donau, damit er die nördlichen Nachbarn beruhige. Er schlug sie und nahm ihren König Mushen (der Name hat slawischen Klang), der in Buzäu regierte, gefangen. Die Avaren kümmerten sich weiter nicht um diese ihre Vasallenländer und 668 wurden sie von dem Bulgarenfürsten Asparuch eingenommen. Er

gründete im Winkel von Donau und Schwarzmeerküste ein Reich, das die slawischen Uglitschi (von „ugol", Winkel, türkisch Budshak, die heutige Benennung Südbeßarabiens) bewohnten. Aus der Mischung von Siegern und Besiegten sind die heutigen Bulgaren entstanden. Synchronisch fällt in jene Zeit die Gründung der anderen slawischen Reiche: 830 begründete Mojmir Mähren, 860 Pjast Polen und 862 Rjurik Rußland.

Im XI. und XII. Jahrhundert wurden die Steppen vom Don bis zur Donau von den Komanen (Polowzen) erobert. 1148 drangen sie sogar bis an das Balkangebirge vor. 1223 erschienen in Beßarabien zum ersten Mal die Tataren. 1241 verheerte Batyj Beßarabien, die Moldau, Walachei, Siebenbürgen und Ungarn. Die Bevölkerung floh in die wilden Berge. Die Tataren vermischten sich mit den Komanen. Ihr Regierungssitz befand sich in dem erwähnten Belgorod. Sie gestatteten Griechen und Genuesen den Handel in ihren Ländern, und noch heute findet man in Beßarabien die Reste von Türmen, welche die Genuesen auf ihren Faktoreien errichteten.

In die Zeit der Tatarenherrschaft fällt die Gründung des walachischen Gospodarentums durch Radu-Negru Basarab (1241, nach dem rumänischen Historiker Xenopol 1290), dem Fürsten der Apanage Vacaresti (spr. Wakareschtj) in Siebenbürgen. Bald darauf vereinigte sich die Walachei mit dem Banat (Fürstentum) von Krajowa, im Besitz von Mateu Basarab, der von den Rittern des Johanniterordens bedroht war. Später stellte sich auch der Ban Michai Basarab unter Radu. Um jene Zeit erwähnt der Byzantiner Chalkondylos die Walachei als einen souveränen Staat. — Der Fürst Mircea (1386—1418) verlegte seinen Sitz von Arges (spr. Arshesch) nach Bukarest, um die von Türken und Komanen verwüstete Walachei zu beleben. Während die Türken schon Bulgarien und Serbien unterjochten (die Schlacht auf dem Amselfelde, 1389), dehnte Mircea seine Macht auch über die Dobrudscha aus. Er führte den Titel „König von Bosnien und der beiden Walacheien, Herzog von Vakarama, und Omlasch, Ban von Severin, Despot der Dobrudscha, Herr von Silistrien und aller Städte und Dörfer bis Adrianopel". Aber sein Vordringen gegen Süden reizte die Türken, welche den Balkan für sich beanspruchten. Er wurde über die Donau zurückgedrängt und mußte 1393 den schmählichen Frieden von Nikopol unterschreiben, der den Anfang der Unterjochung bedeutet. 1460 wurd Vlad IV., genannt Dracul, endgültig Vasall der Türken, die nach der Eroberung Konstantinopels den Höhepunkt ihrer Macht erreicht hatten.

Etwas später als die Walachei wurde das Gospodarentum Moldau durch zwei siebenbürgisch-rumänische Fürsten aus der Apanage Maramoresch: Dragosch (1288) und Bogdan (1348) gebildet. Nachdem Ludwig von Ungarn die Tataro-Komanen geschlagen hatte, ließen sich diese beiden Fürsten auf

den entvölkerten Ländereien am Sereth und am Pruth nieder. — Bis zum XV. Jahrhundert war Beßarabien kein Teil der Moldau. Erst 1392 nennt sich der moldauische Woiwode Roman „Beherrscher des Meeres", also der beßarabischen Küste. Unter Alexander dem Guten gehörte ganz Beßarabien zum moldauischen Reich. — Die türkische Gefahr forderte eine Vereinigung der beiden Fürstentümer. Besonders wurde diese Idee von Stefan dem Großen (Moldau, 1454—1504) und von Michael dem Tapferen (Walachei, 1593—1601) verfochten. Trotz einiger gemeinsamer Siege über die Türken kam die Vereinigung nicht zustande. Die Türken setzten sich immer mehr fest und schritten an die Absonderung Beßarabiens, indem sie dort selbständige Vilajets errichteten: 1485 Akkermann, 1540 Kiliá, 1592 Bender (rum. Tighina). Als letztes fiel ihnen Chotin in die Hände (1712). Beßarabien litt unsäglich unter den zahlreichen Kriegen. Besonders wild gebärdete sich die tatarische Reiterei in türkischen Diensten. Bei jedem Rückzug äscherte sie Städte und Dörfer ein. So wurde Kischinew 1788 total niedergebrannt. Sehr schlecht ging es den Gospodaren und deren Beamten, die in ständiger Berührung mit den türkischen Paschas standen. Allmählich begannen sich gerade in dieser (adligen) Schicht nationale Empfindungen zu regen, wie rumänische so auch russische. Die ersteren erhielten ihre Anregungen aus Siebenbürgen, die zweiten aus Kijew, das um jene Zeit hohe kulturelle Bedeutung erlangt hatte. Die Türken aber waren sehr schlaue Politiker: sie wollten keine nationalen Strömungen groß werden lassen, andrerseits aber wollten sie gerade in der Moldau nicht als religiöse Unterdrücker angesehen werden, weil dieses die orthodoxen russischen Nachbarn gereizt hätte. So kamen sie auf die Idee, die führenden Beamtenposten in der Moldau an Griechen zu vergeben. Die waren ebenfalls orthodox und konnten bei Gelegenheit türkischer als der Sultan sein. Sie trieben bereits Handel an der unteren Donau und lieferten die Geistlichen für die moldauischen Fürstentümer. Aus ihrer Mitte wurden die Fanarioten ernannt (nach Fanar, Laterne, wie das Griechenviertel in Stambul hieß), über deren Wirtschaft einige Worte gesagt werden müssen.

Das Fanariotenjoch lastete über 100 Jahre auf Beßarabien. Zur Charakteristik ihrer Wirtschaft nur die Aufzählung einiger Steuern, die die beßarabische Bevölkerung zu entrichten hatte. Man zahlte für den Gospodaren, für seine Gemahlin, für die Bojaren und für das Schatzamt. Es gab Seelensteuer, Herdsteuer, den Zehnten, Hofsteuer, Prozeßsteuer (für Gewinn wie für Verlust), Zollsteuer, Stiefelsteuer (für das Fußzeug der Steuereintreiber). Außerdem gab es noch Naturalleistungen, wie 12 Tage Arbeit auf dem Lande des Gospodaren, Bewachung von Wäldern, Zechenfahrten usw. Trotzdem waren die Säckel der Gospodaren in der Regel leer, denn es wurde ganz unheimlich

gestohlen. 1769 wurden 1 368 000 Piaster verausgabt, davon nur 116 000 für Beamte und öffentliche Einrichtungen.

* * *

Die Bevölkerung stöhnte unter der türkisch-griechischen Doppelwalze, und es ist natürlich, daß sich aller Augen auf den orthodoxen Osten wandten. Rußland seinerseits verfolgte mit großer Spannung die Erstarkung der Türkei und nach der Abwälzung des Tatarenjoches (1480) richtete sich seine außenpolitische Aktivität gegen die Türken. Und hier begegneten sich die Erwartungen der moldauischen Bevölkerung mit der politischen Berechnung Rußlands (die übrigens auch religiöse Tönung hatte: den Kampf gegen den Islam).

Im Jahre 1482 heiratete ein Sohn Iwans III. eine Tochter des moldauischen Fürsten Stefans des Großen. 1499 kam eine Gesandtschaft des Moskauer Zaren nach Suczawa, um mit Stefan ein Bündnis gegen die Türken abzuschließen. Enger gestalteten sich die Beziehungen aber erst dann, als nach der Angliederung der Ukraine an Rußland (1654) dieses mit der Moldau eine gemeinsame Grenze erhielt. 1656 bat der moldauische Fürst Stefan Georgitza den Zaren, die Moldau unter seinen hohen Schutz zu nehmen, worauf eine Absage erfolgte, begründet durch die guten Beziehungen zur Hohen Pforte.

Die größten Hoffnungen setzte die Moldau auf Peter den Großen, besonders nach dessen zwei glücklichen Feldzügen gegen die Krimtataren und über Karl von Schweden, der nach der Niederlage von Poltawa (1709) nach Bender floh. Peter sah darin einen Anlaß, rumänischen Boden zu betreten, der unter türkischer Oberhoheit stand. Dies geschah im Einvernehmen mit den rumänischen Fürsten Cantemir (Moldau) und Brancovan (Walachei). Der Feldzug war für Peter unglücklich. Um ein Haar wäre er in türkische Gefangenschaft geraten. Damals sind etwa 1000 moldauische Familien nach Rußland emigriert. — Unter Anna Ioannowna kam der zweite Befreiungskrieg zustande (1735—1739). Die Russen zogen in Jassy ein und Anna wurde zur moldauischen Kaiserin ausgerufen. Der glänzend begonnene Krieg wurde durch die Diplomaten unterbrochen. Rußland erhielt den Landstrich zwischen Dnjestr und Bug, wo einige hunderttausend Serben aus Thessalien und Österreich angesiedelt wurden.

Somit war die südwestliche Expansion Rußlands tatsächlich eingeleitet worden. Unter Katharina II. kam der dritte Befreiungskrieg zustande (1769—1774). Bukarest wurde eingenommen, man prägte Münzen mit dem Wappen der rumänischen Fürstentümer. Als die Russen bis an die Donau vorgedrungen waren, baten die Türken um Frieden, den sie aber selbst vereitelten, da sie um keinen Preis die Unabhängkeit der Fürstentümer zugeben wollten.

Suworow und Kamenskij gingen über die Donau und brachten den Türken mehrere vernichtende Niederlagen bei. Die Bedingungen des dann unterschriebenen Friedens entsprachen auch dieses Mal nicht den militärischen Erfolgen: die Türken blieben Herren über die Länder bis zum Dnjestr, verpflichteten sich aber, den Fürstentümern innere Autonomie zu gewähren und alle diejenigen zu amnestieren, die sich gegen die Türken erhoben hatten. Rußlands Mäßigung erklärt sich wohl zum Teil dadurch, daß es damals in Polen interessiert war: um dort mehr zu gewinnen, zeigte es im Südwesten große Nachgiebigkeit. — 1783 nahmen die Russen die Krim ein, die von der Türkei abhing. Diese wollte aber nicht auf die nördliche Schwarzmeerküste verzichten, und so kam es zu einem neuen Krieg (1787—1791), dessen Schauplatz wiederum die rumänischen Fürstentümer wurden. Nach dem Frieden von Jassy verzichtete die Türkei endgültig auf die Krim und auf Otschakow, aber die rumänischen Fürstentümer, und somit auch Beßarabien, blieben unter türkischer Herrschaft. Bald wurden die Türken vertragsbrüchig. 1806 entsetzte Selim II. die Gospodaren Moruzzi und Ypsilanti ohne Wissen der russischen Regierung, was den fünften Befreiungskrieg entfesselte (1806—1812). Die Türken erlitten bei Rustschuk eine entscheidende Niederlage. Am 16. Mai 1812 wurde in Bukarest der Frieden unterschrieben, demzufolge Rußland Beßarabien mit dem Pruth als Westgrenze erhielt.

* * *

Um 1812 herrschten in Beßarabien äußerst anarchistische Zustände. Die Regierung war von oben bis unten despotisch, wie im Aufbau der Administration, so auch im Gebrauch der Macht. Dem Gospodaren stand ein permanenter Rat („Diwan“) zur Seite, der in Departements für Verwaltung, Justiz, geistliche Angelegenheiten, Militär und äußere Angelegenheiten zerfiel. Archive wurden nicht geführt, ebensowenig gab es ein für alle Mal gültige Verordnungen, was zu Willkür und eigenmächtigen Entscheidungen in Verwaltung und Justiz führen mußte. Bei dieser Ordnung war auch kein Überwachungsdienst möglich. Der Parcalab (Bezirkshauptmann) regierte ohne Statut und war zugleich Verwalter, Richter, Prokuror, Polizei- und Kerkermeister und Vertreter der fiskalen Gewalt. — Das Land war öde. Ganz Beßarabien zählte 240 000 Einwohner. Die Städte wie Kischinew, Soroki und Bieltzy waren damals unbedeutende Marktflecken mit kaum 2000 Einwohnern. Schulen gab es nicht, die Geistlichen waren unwissend und unterschieden sich wenig von den Bauern. Im Zustande der Leibeigenschaft befanden sich aber nur die Zigeuner.

Die russischen Militärstellen hatten die meisten Tataren und Türken aus Beßarabien noch im Jahre 1808 nach der Krim abgeschafft. Auf den freige-

wordenen Ländereien siedelten Bulgaren an, und 1814 wurde die erste deutsche Kolonie (Tarutino) gegründet. An Deutsche und Tataren sind im Laufe der Zeit 800 000 Desjatinen Land für Siedlungszwecke übergeben worden.

An der inneren Organisation Beßarabiens haben die Russen anfänglich nicht gerüttelt. Die Bevölkerung wurde auf drei Jahre von allen Steuern befreit und auf unbestimmte Zeit von der Rekrutierung. Alle Angelegenheiten in Gericht, Verwaltung und Polizei wurden amtlich in beiden Sprachen erledigt. Zum Zivilgouverneur wurde der moldauische Bojare Scarlat Sturdza ernannt. Die kleineren Beamten wurden aus dem örtlichen Adel genommen. Damit waren die alten anarchistischen Zustände, sogar der alte Bojarenzwist in die neue Ordnung hinübergerettet worden. Bald wurde Sturdza entsetzt und an seiner Stelle der russische Admiral Tschitschagow ernannt, der an die Reorganisierung der Provinz schritt. 1818 wurde das „Beßarabische Statut" veröffentlicht, das die Verwaltung des Landes nach dem Muster der anderen russischen Gubernien regelte. Die eigentliche Unifikation kam aber erst unter dem energischen Gouverneur Feodorow (seit 1834) zustande, der sich viel an der Hebung der Provinz gelegen sein ließ. Nach ihm hatte Beßarabien bereits eine Million Einwohner (1855). Der russische Kodex wurde erst nach der großen Gerichtsreform von 1864 auf Beßarabien ausgedehnt, aber neben ihm bestand und besteht auch heute noch das Gewohnheitsrecht, wie es 1814 von Donitsch zusammengestellt wurde nach einem alten Kodex von Harmenopulo und nach dem Statut des Gospodaren Mavrocordato aus dem Jahre 1785.

* * *

Die neuesten Ereignisse sind in Erinnerung: am 2. Dezember 1917 proklamierte der Landesrat (Sfatul Tzerii) die Autonomie Beßarabiens im Staatsgefüge der russischen Föderation. Darauf folgte am 24. Januar 1918 die Unabhängigkeitserklärung, am 27. März (9. April) und am 27. November die Angliederung an Rumänien. Am 28. Oktober 1920 billigte der Oberste Rat diese Angliederung (im sogenannten beßarabischen Protokoll), von Rumänien wurde sie im April 1922, von England im April 1923 und von Frankreich im März 1924 ratifiziert.

III.

Ethnisches. — I. Rumänen oder „Moldavanen". Sie bilden das rumänische Gross der Bevölkerung. In Sprache, Typ, Charakter, Brauch und Folklore sind sie vielleicht der Übergang vom Romanen zum Slawen. Sie sind ruhig, gesetzt, ihre Lieder sind meistens traurig. Bravour, aber auch draufgängerischer Geist sind ihnen fremd. Sie sind verschlossen, aber, was bei diesem Charakterschlag in der Regel der Fall ist, zum Jähzorn und zur Rache ge-

neigt. Durchweg aber ist der Moldavane gut und mitleidig. Slawisches Mischblut hat ihrem äußeren südlichen Typ etwas vom Kolorit genommen. In der Regel sind sie mittelgroß, sehnig und muskulös, schwarzhaarig mit ausdrucksvollem Gesicht. Bärte werden fast gar nicht getragen, — vielleicht eine historische Reminiscenz: früher durften nur die Bojaren Bärte haben. Die Weiber sind schlank, brünett, tiefäugig, mit herabgehenden Schultern und Brüsten. Der Gesichtstyp ist unregelmäßig, aber sanft, die Gesamterscheinung ist graziös und reizvoll. In ihrem Seelenleben ist die Moldavanin mehr Südländer als der Mann und auch unstetiger als er. In der Regel aber fügt sie sich in ihr einstweilen noch recht patriarchalisches Frauenschicksal. — 2. (Ruthenen. — Russinen, auch Rußnaken.) Das ist ein Splitter jenes großen Volkes, das im russischen Mittelalter die heutige Ukraina und Galizien innehatte. Als Fürst Dragosch die Moldau begründete, waren sie schon seit langem im heutigen Nordbeßarabien ansässig. Sie haben den slawischen Typ erhalten, aber die rumänische Tracht übernommen. Heute heißen sie schlechthin „Ukrainer", wie auch die Kleinrussen im Akkermaner Bezirk, die sich zu verschiedenen Zeiten, aber erst nach 1806 dort niedergelassen haben. — 3. Großrussen. Sie sind verschiedenen Ursprungs. Ein Teil sind die Nachkommen der meuterischen Strelitzen, die vor Peters I. Zorn in die Steppe flohen. Andere stammen von den religiösen Schizmatikern ab („Lipowanen", verstümmelt aus Pelipionen) oder von den donischen Kosaken, die nach dem Bulawinschen Aufstand hierher flüchteten. Ebenso hat Beßarabien dank seiner Sonderstellung vielen andern Sektierern und flüchtigen Leibeigenen ein Asyl geboten. — 4. Polen. Meistens waren es verarmte Edelleute, die in den 40 er Jahren des vorigen Jahrhunderts herüberkamen und hauptsächlich Grundbesitzer, Pächter und Beamte wurden. Gegenwärtig gibt es in Beßarabien 16 000 Polen. — 5. Griechen. Griechen gab es in Beßarabien schon zur Zeit der Athenischen Republik, aber jene Kolonisten verschwanden spurlos, und von ihren Denkmälern sind nur Trümmer zurückgeblieben. Über ihr zweites Auftauchen in Beßarabien ist schon berichtet worden. Die Nachfahren der Fanarioten waren bis zur Bodenreform steinreiche Gutsbesitzer. Die Masse der Griechen lag dem Handel ob. Gegenwärtig zählt Beßarabien etwa 4000 Griechen. — 6. Deutsche. Die Vorfahren unsrer heutigen deutschen Kolonisten sind hauptsächlich aus Württemberg und aus dem Herzogtum Warschau hereingekommen. Im Jahre 1814 kamen 1443 Familien an und gründeten 7 Kolonien: Borodino, Tarutino, Kulm, Malojaroslawetz, Kraßna, Leipzig und Klöstitz. (Alle Namen erinnern an die Schlachten mit Napoleon.) 1816 entstanden: Ferechempenoise, Brienne, Paris und Arzys. 1817: Teplitz. 1833: Gnadental. 1834: Lichtental und Friedental. 1836: Dennewitz. 1839: Plotzk. 1842: Hoffnungstal. Ein russisches Zeugnis über diese Deutschen:

„. . . die deutschen Ansiedler sind besonders arbeitsam, geduldig, ehrlich und akkurat. Sie sind positiv, aber zugleich schüchtern und langsam. Dem Charakter nach sind sie still, fügen sich den Bestimmungen von Gemeinde und Obrigkeit, meiden jeden Konflikt mit ihr. Den Russen nähern sie sich überhaupt nicht an. Sie sind ausdauernde Arbeiter, ausgezeichnete Landwirte und Viehzüchter, leben in Reinlichkeit und Überfluß. Die Übersiedlung auf den Budshak hat nichts an ihren patriarchalischen Sitten geändert. Der deutsche Ansiedler sieht selten über sein Gehege hinaus, daher pflanzt sich sein Fleiß und sein Können nicht auf die einheimische Bevölkerung über." — 7. Franzosen. Die ersten fünf Familien schweizerischer Franzosen kamen 1824 nach Beßarabien. Der Initiator dieser Siedlung Karl Tardent schrieb an seine Heimatgenossen, sie möchten „ihr Glück nicht in unbekannten Wüsten und Einöden Nordamerikas suchen, und auf den fruchtbaren Boden Neurußlands (so hieß der Süden) eilen, wo Weinrebe, Pfirsiche und Maulbeere früh und sehr ergiebig reifen". Die schweizerischen Franzosen gründeten die Kolonie Schabo bei Akkerman. — 8. Bulgaren. Die ersten bulgarischen Kolonisten kamen noch vor 1812 während des letzten Befreiungskrieges nach Beßarabien. Die Bulgaren sind tüchtige arbeitsame Landwirte, nüchtern und ordnungsliebend, wennschon sie behördliche Bevormundung schwer ertragen. Der Bulgare ist ein kerngesunder und hübscher Typ. Die beßarabischen Bulgaren sprechen zweierlei Sprache. Die Ansiedler, die aus Mazedonien und Rumelien einwanderten, sprechen bulgarisch, die Kolonisten aus der Dobrudscha (1830 nach dem Erhebungskrieg gegen die Türken) türkisch. Unter den Bulgaren leben zerstreut Serben, Arnauten und Gagausen (letztere sind nach der örtlichen Überlieferung die Nachfahren der Bastarde von Türken und Bulgarinnen). — 9. Armenier. Die ersten Armenier kamen unter Alexander dem Guten nach Beßarabien. Jetzt sind es etwa 3000 Seelen, die ihr eigenes armeno-gregorianisches Bistum bilden. Unter den moldauischen Gospodaren durften die Armenier nur Handel und Gewerbe betreiben, keine Ämter bekleiden. Unter russischer Herrschaft haben viele von ihnen den Dienstadel erworben. — 10. Juden. Die Juden machen in Beßarabien 12 % der Gesamtbevölkerung aus, in einigen Flecken und Städten steigt dieser Prozentsatz bis 60—70 % hinauf (z. B. in Kischinew). Fast der gesamte Handel und die Banken sind in ihren Händen. Die beßarabischen Juden sind spanischer und deutsch-polnischer Herkunft. 1816 waren es erst 5000 Familien. Die russische Regierung hat wiederholt versucht, die Juden auf dem Lande ansässig zu machen. Zu verschiedenen Zeiten wurden 16 Kolonien gegründet, welche aber verkümmerten, weil die Juden die Feldarbeit nicht zn leisten vermochten. — 11. Zigeuner. Deren gibt es ungefähr 1200. Die meisten von ihnen sind bereits ansässig.

MICHAEL HALTENBERGER:

DIE KARTOGRAPHISCHE DARSTELLUNG DER TERRITORIALEN ENTWICKLUNG DER BALKANSTAATEN

Seit dem Weltkrieg wird auf die Länderkunde ein größeres Gewicht gelegt, da kein Zweifel mehr darüber besteht, — „daß sie das Kerngebiet der Geographie ist" — wie Gustav Braun[1]) sich ausgedrückt hat. So hoffe ich, daß dieses Thema eventuell größeres Interesse wird erwecken können. Erscheinen doch die Staaten in der Kjellén'schen[2]) Auffassung als lebende Organismen, deren Lebensäußerungen zu erkennen geographisch und auch soziologisch sehr wichtig ist. Die Staaten als Individuen beanspruchen also eine viel größere Achtung, als sie ihnen bis jetzt, in dem geomorphologischen Zeitalter der Geographie erwiesen wurde. A. Supan[3]) verfährt auch deswegen rein analytisch und untersucht die Staaten nach ihrer physischen, völkischen und wirtschaftlichen Struktur, wonach wir das Leben eines Staates doch richtiger erfassen können, als es früher geschehen ist. O. Maull[4]) unterscheidet bei der Behandlung des griechischen Staates als Raumorganismus sogar sechs Strukturen, indem er einmal seine morphologische, Verkehrs- und Siedlungsstruktur bespricht, und einmal die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Struktur untersucht. Meines Erachtens wäre es zweckmäßiger, die drei Strukturen von Supan beizubehalten, mit der Bemerkung aber, daß wir auch der Siedlungs- und der Staatsstruktur Aufmerksamkeit widmen sollten.

An dieser Stelle käme es lediglich auf die Besprechung der Staatsstruktur an. Wir haben hier zwei Fragen zu beantworten: einmal die territoriale Entwicklung des Staatsgebietes und ferner die oszillierende Bewegung der Staatsmacht, die ich als geopolitisches Steigen und Sinken der Staatsmacht bezeichnen möchte. In diesem Aufsatz wollen wir uns aber nur mit der ersten Frage beschäftigen.

Die territoriale Entwicklung des Staatsgebietes kann auf zwei Arten dargestellt werden. Glockemeier[5]) bediente sich einer Kurvendarstellung, wofür ich, unabhängig von ihm, in meinen Vorlesungen schon seit Jahren eingetreten bin. In dieser Arbeit will ich aber eine kartographische Darstellung, etwa in der Weise von W. Vogel[6]), besprechen. — Zur Untersuchung dieser Fragen eignet sich die Balkanhalbinsel in besonderem Maße. — Ihre Staatengebilde — die Türkei, Griechenland, Bulgarien und Jugoslawien — repräsentieren alle verschiedene Staatstypen mit verschiedenen Lebensäußerungen. — Die

Türkei ist eine untergegangene Welt in Europa. Im XIII. Jahrhundert in Thrazien beginnend, entwickelte sie sich bis zum Ende des XVII. Jahrhunderts zu einer Großmacht, die in Europa über etwa eine Million Quadratkilometer Land verfügte. Zu ihrer Blütezeit beherrschte sie alle drei Außenseiten der Balkanhalbinsel, einen Besitz, in den sich nun die in Frage stehenden drei Balkanstaaten nebst Albanien und Rumänien teilen. Griechenland verkörpert also einen ägäischen Staat, Bulgarien einen Schwarzmeerstaat und Jugoslawien einen adriatischen. Die hier nicht mehr in Frage kommenden Staaten Albanien und Rumänien repräsentieren einen zweiten adriatischen, beziehungsweise Schwarzmeerstaat, mit der Bemerkung aber, daß es sich im Falle von Bulgarien mehr um einen halb süd- und halb osteuropäischen, also nicht mehr um einen Balkanstaat handelt, dessen Interessengemeinschaften ihn mit Mitteleuropa verbinden. Wir haben also in Folgendem die territoriale Entwicklung der Türkei, Griechenlands, Bulgariens und Jugoslawiens kartographisch darzustellen. Methodisch verfahren wir folgendermaßen: das Kerngebiet des Staates erscheint schwarz und die neu angegliederten Teile der zeitlichen Reihenfolge nach immer heller. Bei der Türkei haben wir eine Generalisierung durchzuführen, sowohl bei der Darstellung der Entwicklung, wie auch bei derjenigen des Zerfalls des Staates, um die geographisch wichtigen Momente kartographisch klarer zum Ausdruck zu bringen. Bei der Türkei verfolgen wir ihre staatliche Entwicklung — wie schon gesagt — vom XIII. Jahrhundert, genauer von 1231 bis auf heute, bei den anderen Staaten seit ihrer neuzeitlichen Selbständigkeit, bzw. seit ihrem der Türkei tributpflichtigen selbständigeren administrativen Charakter, d. h. was Griechenland anbelangt, vom Jahre 1826, bei Bulgarien vom Jahre 1878 und bei Jugoslawien vom Jahre 1870 an.

1. Die territoriale Entwicklung der Türkei[7]) wollen wir in drei Phasen darstellen. Im XIII.—XIV. Jahrhundert dehnte sich die osmanische Macht über die östliche Hälfte der Balkanhalbinsel aus und als deren Kerngebiet ist die Gallipoli-Gegend Thraziens anzusehen. Im XV. Jahrhundert schloß sich ihm die westliche Hälfte der Balkanhalbinsel an, von Bosnien bis Morea inbegriffen, und im Nordosten die Walachei mit der Dobrudscha. Zu dieser Zeit (1453) kam die Türkei in den Besitz Konstantinopels, dieses wichtigsten Punktes zwischen Europa und Asien. Die dritte Phase ihrer territorialen Entwicklung sicherte der Türkei im XVI. Jahrhundert den mitteleuropäischen Anteil als Abschluß ihres Balkanbesitzes gegen Norden. Ungarn mit Siebenbürgen, Moldau und Beßarabien waren die letzten Erwerbungen in Europa. — Mit dem Frieden zu Karlowitz im Jahre 1699, also etwa 150 Jahre nach ihrer größten Machtentfaltung, gerade am Jahrhundertwechsel beginnt der osmanische Halbmond zu erblassen und von nun an schrumpft das mächtige

Osmanenreich in Europa bis auf sein altes Kerngebiet zusammen, zu welchem außer der Gallipoli-Gegend noch Konstantinopel und Adrianopel gehören (27 200 qkm). Dieser Zerfall weist wiederum drei Phasen auf. Nach 1699 verliert die Türkei im XVIII. Jahrhundert den am spätesten gewonnenen europäischen Anteil, im XIX. Jahrhunderte ihre Balkananteile im Norden und Süden, angefangen mit dem Verlust von Serbien und mit demjenigen Griechenlands. Den mittleren Streifen der Balkanhalbinsel (170 000 qkm) behauptet sie bis zum Balkankrieg im XX. Jahrhundert, in welchem sie, die thrazische Isthmuslandschaft ausgenommen, ihres ganzen europäischen Besitzes verlustig ging. Die Ergebnisse des Weltkrieges und des ihm folgenden griechisch-türkischen Krieges sind auf der Karte in der Weise dargestellt, daß innerhalb des heutigen Gebietes der Europäischen Türkei die Bosporuslandschaft, welche

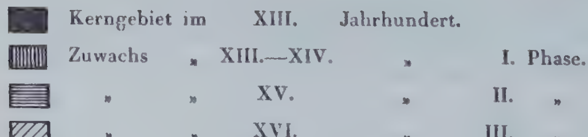
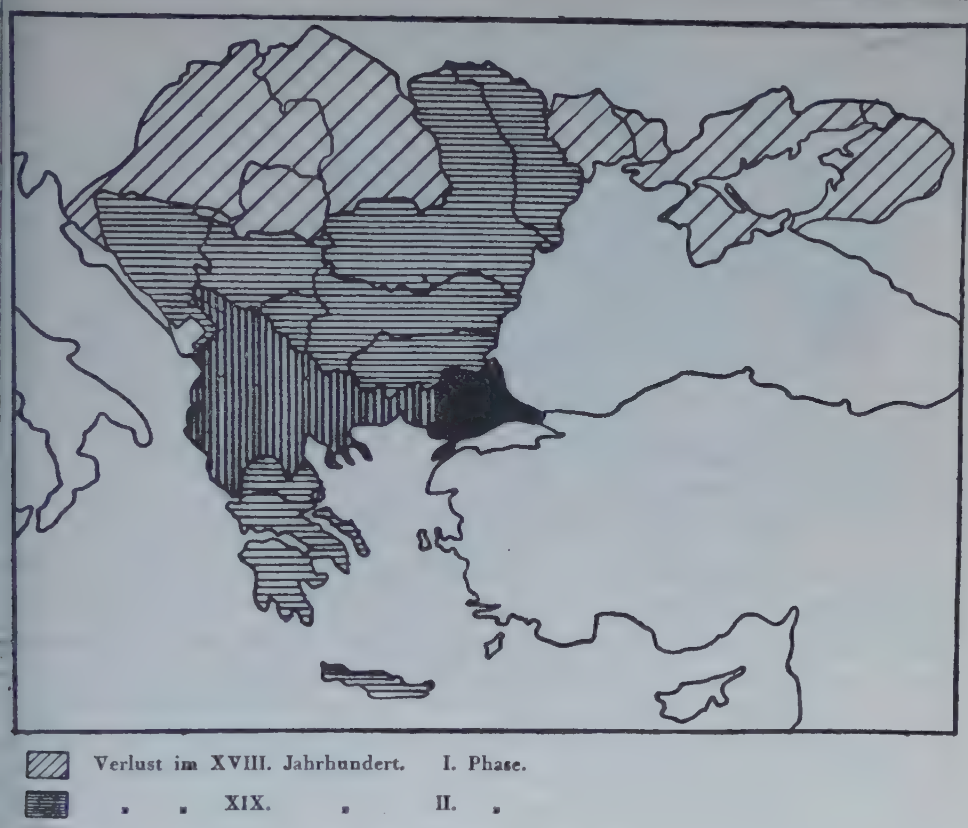


Abb. 1. Karte der territorialen Entwicklung der Türkei in Europa.



Verlust im XVIII. Jahrhundert. I. Phase.
„ „ XIX. „ II. „
„ „ XX. „ III. „
Das heutige Gebiet (1923).

Abb. 2. Karte des Zerfalls der Türkei in Europa.

der Türkei im Frieden zu Sévres als letzter europäischer Besitz zugesprochen wurde, durch eine weiße Linie abgetrennt erscheint. — Aus dem Wachstum und der Zertrümmerung der Europäischen Türkei ist also zu erkennen, daß sowohl die Expansion, wie auch die Zusammenschrumpfung des Reiches stets nach geographischen Bedingtheiten vor sich ging. Der politische Staatskern verliert immer erst die peripherischen Landschaften, diejenigen also, wo die politische Zentripetalkraft des Kernlandes der politischen Zentrifugalkraft der peripheren Gebiete am wenigsten entgegenzuwirken imstande ist.

2. Der Staatskern Griechenlands liegt im Süden in der Halbinsel Morea oder Peloponnes. Die Expansion vollzog sich hauptsächlich in nördlicher und östlicher Richtung. In der ersten Phase seiner territorialen Entwicklung vollzog sich seine Gebietserweiterung in nördlicher und östlicher

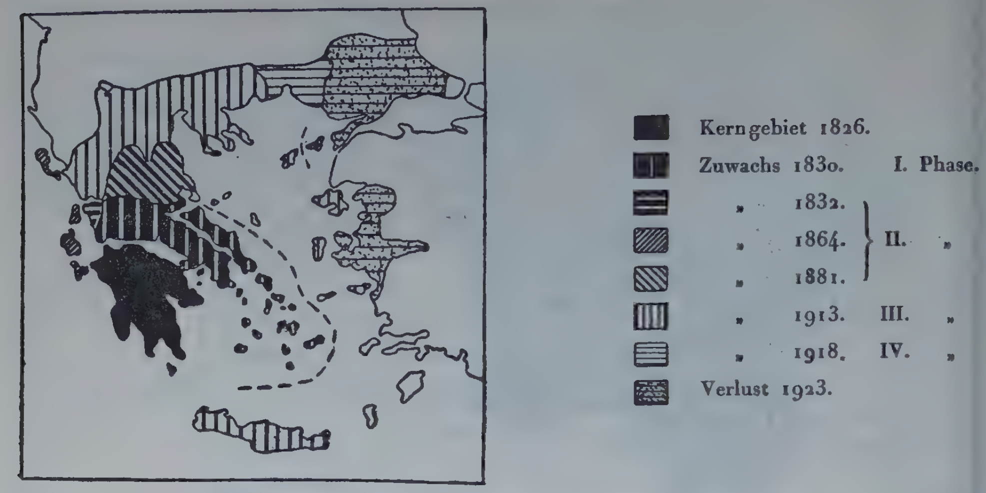
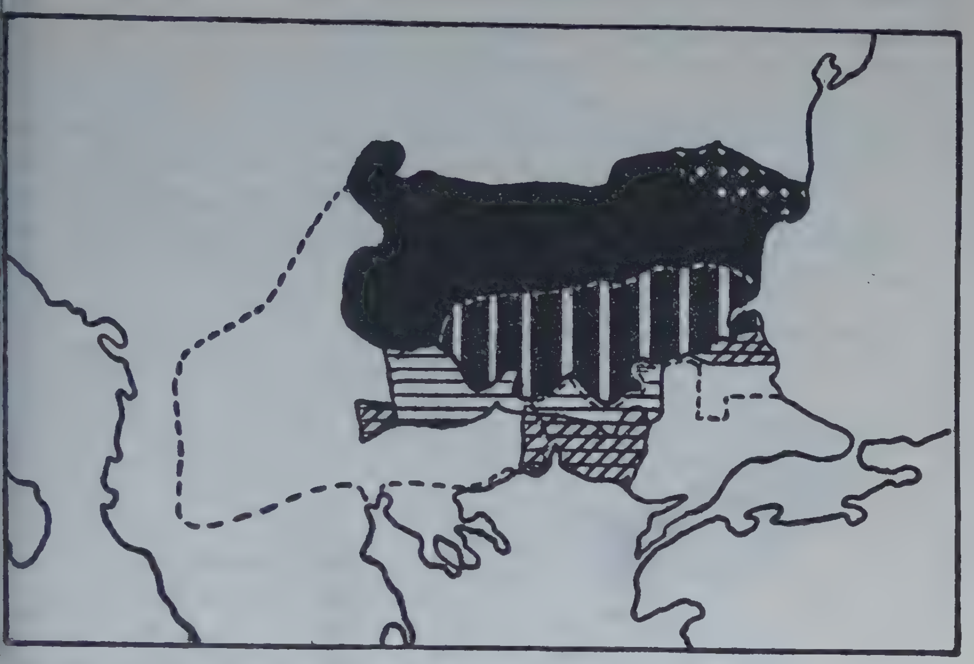


Abb. 3. Karte der territorialen Entwicklung Griechenlands.

Richtung, in der zweiten Phase in nördlicher und westlicher Richtung, in der dritten Phase in drei Richtungen, und zwar in der N-, O- und S-Richtung, und der vierten Phase vollzog sie sich noch einmal in den zwei Hauptexpansionsrichtungen (N und O), aber ohne daß diese Expansion von Dauer gewesen wäre, denn Griechenland verlor die thrazische Isthmuslandschaft und seine kleinasiatischen Erwerbungen in dem Frieden zu Lausanne zu Gunsten der Türkei. Als ägäischer Staat verfügt Griechenland also über ein Gebiet, das etwa sechsmal so groß ist, als der Staatkern Morea, 127 000 qkm gegen 22 000 qkm und es ist im Laufe eines Jahrhunderts zu seinem heutigen Umfange angewachsen.

3. Die Expansionsrichtungen Bulgariens sind denen Griechenlands entgegengesetzt. Aus seinem Kerngebiet, Donau-Bulgarien, hervorgewachsen, hat es als junges Staatsgebilde nur zwei Phasen aufzuweisen. In der ersten wurde das bis 1885 autonome Ost-Rumelien ans Kerngebiet Donau-Bulgarien angegliedert, und der zweiten Phase versuchte es sein Staatsgebiet im Süden und Westen zu vergrößern, um einerseits die freie ägäische Küste zu erreichen, andrerseits seiner Hauptstadt ein schützendes Vorland im Westen zu gewinnen. Im Weltkrieg ist Bulgarien aber vom Ägäischen Meere zurückgedrängt worden, wie auf der Karte schraffiert angegeben ist. Dieser junge Schwarzmeerstaat wuchs nach dem Balkankrieg von einem 62 000 qkm[8]) großen Kerngebiet zu einem Areal von 96 000 qkm, und dann zu einem solchen von 114 000 qkm an. Nach den Verlusten im Weltkrieg besitzt er jetzt ein Gebiet von 103 000 qkm. Die gestrichelte Linie auf der Karte zeigt Bulgarien nach den Bestimmungen des Friedens von San Stefano, nach wel-



Grenze laut dem Frieden von San Stefano, 1878.
Kerngebiet 1878.
Zuwachs 1885. I. Phase.
„ 1913. II. „
Verlust 1913.
„ 1918.

Abb. 4. Karte der territorialen Entwicklung Bulgariens.

chem es über ein Gebiet von 175 000 qkm hätte verfügen können. Auf dem Berliner Kongreß aber wurde sein Besitz auf Donau-Bulgarien beschränkt. In seiner territorialen Entwicklung wurde Bulgurien noch einmal gehemmt: Laut dem Londoner Frieden[9]) nach dem ersten Balkankrieg hoffte es einen Gebietszuwachs von 85 000 qkm zu erhalten, mußte sich aber zum Bukarester Frieden mit einem kleinen Zuwachs in Mazedonien und Thrazien begnügen und einen Teil der Dobrudscha an Rumänien abtreten.

4. Jugoslawiens Hauptexpansionsrichtung war von Anfang an nach Westen gerichtet. Es glückte ihm aber erst nach dem Weltkrieg, das Adriatische Meer zu erreichen. Aus dem Morawagebiet als Staatskern hervorgewachsen, erhielt es in der ersten Phase seiner territorialen Entwicklung im Süden das Nischgebiet und später (1913) das sog. Altserbien. In der zweiten Phase erhielt es (1918) die großen Gebietserweiterungen im Westen und

Norden samt einer kleinen Grenzberichtigung gegen Bulgarien im Süden. Jugoslawien bzw. Serbien hatte also erst eine südliche und nachher eine westliche und nördliche Expansionsrichtung. Der adriatische Staat Jugoslawien, der jetzt ein mittelgroßer Staat Europas mit 249 000 qkm ist, vergrößerte sein Kerngebiet innerhalb eines Jahrhunderts etwa ums sechsfache. Das Morawagebiet hatte nur noch 43 600 qkm[10]), nach dem Berliner Kongreß war Serbiens Besitz auf 48 300 qkm angewachsen und nach dem Balkankriege betrug er schon 87 300 qkm.



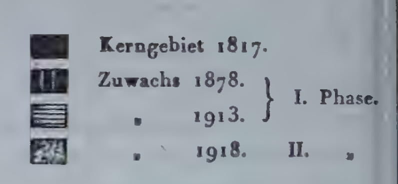


Abb. 5. Karte der territorialen Entwicklung Jugoslawiens.

Die kartographische Darstellung der territorialen Entwicklung der Staaten hat also den Vorteil, daß sie die Gebietsveränderungen flächenhaft zum Ausdruck bringt und geographisch entschieden ein anschaulicheres Bild bietet als Glockemeiers Kurvendarstellung.

Anmerkungen:

[1]) Gustav Braun, Die nordischen Staaten. Eine soziologische Länderkunde. Breslau 1924. S. 6.

[2]) R. Kjellén, Der Staat als Lebensform. Leipzig 1917, jetzt Berlin 1924.

[3]) A. Supan, Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie. 2. Aufl. Berlin-Leipzig 1922.

[4]) O. Maull, Griechisches Mittelmeergebiet. Breslau 1922.

[5]) G. Glockemeier, Werden und Vergehen von Staaten. Berlin 1923.

[6]) W. Vogel, Politische Geographie. (Aus Natur und Geisteswelt.) Leipzig-Berlin 1922. Seite 82.

[7]) G. Droysens, Allgemeiner historischer Handatlas. Bielefeld-Leipzig 1886.

[8]) A. Isirkoff, Bulgarien. Leipzig 1916.

[9]) A. Isirkoff, a. a. O.

[10]) Behm und Wagner, Die Bevölkerung der Erde. Peterm. Mitteil. Ergänzungsheft 35, Gotha 1874. S. 32—33.

K. WINTERNITZ:
DIE AMERIKANISCHE DURCHDRINGUNG CUBAS.

Der 20. Mai, der Tag der Unabhängigkeits-Erklärung Cuba's hat sich zum 23. Mal gejährt, und das amerikanische Experiment, gegen dessen Gelingen sich seinerzeit so viele Bedenken geltend gemacht hatten, ein Land, das Jahrhunderte hindurch in Unfreiheit gehalten, tief auf wirtschaftlicher Entwicklungsstufe stand, nach kaum zweijähriger Organisationsarbeit auf eigene Füße zu stellen, ist vollkommen gelungen. Cuba ist heute ein politischer und wirtschaftlicher Faktor von hoher Bedeutung und die Entwicklungskurve dieses kleinen, aber so reichen Landes dürfte unter dem neuen Regime des liberalen Präsidenten Machado stetig nach aufwärts führen. Gelingt es General Machado, dessen Persönlichkeit auch seinen Gegnern Achtung abzwingt, die Reinheit seiner Grundsätze im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes durchzusetzen, dann dürften Ruhe und Prosperität der Insel auf Jahre hinaus gesichert sein.

Als Cuba nach dreijährigem, verwüstendem Guerillakrieg finanziell zugrunde gerichtet, auf tiefer wirtschaftlicher Entwicklungsstufe, ohne politische Erfahrung als unabhängiger Staat ins Leben trat, schien seine Zukunft zweifelhaft, und Amerika sicherte sich durch das „Platt Amendement“, das ihm unter gewissen Voraussetzungen das Recht zur Intervention einräumt, in Verbindung mit militärischen Vorkehrungen gegen ein evtl. Fehlschlagen des Experimentes der Gründung der cubanischen Republik.

Wenn man die Entwicklung betrachtet, die das Land in kaum einem Vierteljahrhundert genommen hat und bedenkt, daß die natürlichen Hilfsquellen, vor allem der Reichtum an Edelhölzern und Metallen, zum geringsten Teil erschlossen sind, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß Cuba noch eines ungeheuren Aufschwunges fähig ist, und daß die Vereinigten Staaten immer mehr danach streben werden, ihre heutige wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in Cuba weiter zu befestigen.

Dieses kleine Land mit einer Bevölkerungszahl von nicht viel mehr als 3 Millionen importiert heute Waren im Werte von über 300 000 000 Dollar, von denen etwa 200 Millionen allein aus den Vereinigten Staaten kommen. Hauptsächlich sind es die Produkte der Konservenindustrie, Fett und Mehl, ferner elektrische Artikel, Maschinen, Autos, Eisenbahnmaterial, Zement, Papier und Bekleidungsmittel aller Art, die von Amerika kommen, und immer mehr stoßen amerikanische Exporteure und Fabrikanten in die Gebiete vor, die früher von europäischen Industrien monopolisiert wurden. Cuba hat als

Folge seines natürlichen Reichtums eine Aufnahmefähigkeit, die der eines europäischen Landes von fünf- bis sechsfacher Bevölkerungszahl gleichkommt und in Erkenntnis der enormen Absatz-Chancen stellen sich die Vereinigten Staaten immer mehr auf die Bedürfnisse dieses Marktes ein, den sie gänzlich erobern wollen. Es kommen ihnen dabei die speziellen Zollbegünstigungen zustatten, die es ihnen ermöglichen, um 20 bis 40 Prozent billiger einzuführen als alle anderen Länder, vor allem aber begünstigt sie die geographische Lage, deren Vorteile sie voll ausgenutzt haben. Kurze direkte Verbindung über Key West bei günstigen Durchfrachtraten, direkte Telephonverbindungen, rascher Post- und billiger Kabeldienst haben der Herstellung immer engerer Beziehungen zwischen Cuba und den Vereinigten Staaten den größten Nutzen geleistet. Auch das amerikanische Kapital hat sich in den Dienst dieser Durchdringungsarbeit gestellt und ist heute mit über einer Milliarde Dollar am Wirtschaftsleben des Landes beteiligt. Dementsprechend hat Cuba heute auch die stärkste amerikanische Kolonie von allen lateinamerikanischen Ländern und ein Großteil seiner Hauptreichtumsquellen, die Zuckerplantagen und -Fabriken, sind in amerikanischen Händen. Welch' enorme Fortschritte diese Schlüsselindustrie gemacht hat, geht daraus hervor, daß Cuba im Jahre 1912 kaum 1 Million Tonnen produzierte, während die letzte Ernte auf über 4 Millionen Tonnen geschätzt wird und damit mehr als 25 % der Weltzuckerproduktion erreicht. Dank seiner riesigen natürlichen Reichtümer, die eine stetige Zunahme der Exporte in Rohzucker, Molasse, Tabak, Kupfer- und Manganerzen, Früchten und Gemüsen gewährleisten, hat Cuba eine stark aktive Handelsbilanz, und wenn auch Wirkungen des Weltkrieges an Cuba nicht spurlos vorbeigegangen sind, und die wirtschaftliche Krisis von 1920/21 den Ruin vieler blühender Unternehmen herbeigeführt hat, so hat sich Cuba doch infolge seiner natürlichen Hilfsquellen, seiner glücklichen geographischen Lage und der Anziehungskraft, die es auf den Reiseverkehr ausübt, rasch wieder erholt und ist heute der vielleicht am heißesten umstrittene Boden für die Industrien aller Länder.

Wie lange es noch dauern wird, bis — mit Ausnahme gewisser Artikel, in denen Amerika nicht konkurrieren kann — die Vereinigten Staaten den europäischen Wettbewerb ganz geschlagen haben werden, läßt sich schwer voraussagen. Daß aber mit der Zeit Amerika das Feld behaupten wird, daran ist, wenn es in dem eingeschlagenen Tempo und mit der aufgewendeten Zähigkeit fortfährt, kaum zu zweifeln; denn die langfristigen Kredite, die viele amerikanische Häuser einräumen, im Verein mit den durch die zahlreichen und raschen Verschiffungslinien ermöglichten kurzen Lieferzeiten sind allein schon Vorteile, gegen die Europa, sofern es sich nicht um Waren handelt, in denen Amerika noch nicht auf derselben qualitativen Höhe ist, nur durch

starke Preisunterbietung ankämpfen kann, eine Notwendigkeit, der auch die deutsche Industrie immer weniger zu entsprechen in der Lage scheint.

Wenn trotzdem Amerika heute noch weit davon entfernt ist, den cubanischen Markt monopolisiert zu haben, so ist ein Hauptgrund darin zu suchen, daß die Cubaner, wenngleich sie den Vereinigten Staaten ihre Freiheit und ihre wirtschaftlichen Fortschritte verdanken, nur offiziell mit ihnen sympathisieren. Das Volk selbst mißtraut nicht nur ihren Absichten, sondern steht auch innerlich dem Amerikaner vielfach fremd, verständnislos, wenn nicht mit ausgesprochener Abneigung gegenüber. Wer einmal den Jubel gehört hat, der losbricht, wenn irgendwo das bekannte mexikanische Spottlied auf die amerikanische Expedition gegen General Villa gesungen wird, kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß Amerika innerlich bei den Cubanern keine Eroberung gemacht hat. Rein äußerlich wird alles Praktische von den Amerikanern übernommen, der lateinische Charakter aber bleibt unberührt, und die früher so verhaßten Spanier, von deren Gewalttaten noch so manches Denkmal spricht, sind heute die unbestrittenen Lieblinge der cubanischen Nation, deren vorherrschende Sympathie wieder ganz ihnen und dem spanischen Mutterland gehört.

ERNST SAMHABER: DER SCHIEDSSPRUCH ÜBER TACNA UND ARICA UND DIE CHILENISCHEN VERHÄLTNISSE

Die Art und Weise, wie sich im September vorigen Jahres die Übernahme der Staatsgewalt durch das Militär in Chile vollzog und die Ruhe, mit der die Republik diese Umwälzung hinnahm, schienen eine ruhige Entwicklung zu gewährleisten. Es kam aber in der Folgezeit zu größeren Reibungen, die ihren Höhepunkt in dem Staatsstreich vom 23. Januar dieses Jahres fanden.

Die ersten Reibungen traten ein zwischen den beiden Körperschaften, die nach dem Umsturz die Macht in den Händen hatten, der „junta militar", die vor allem aus den jüngeren Offizieren bestand, und der „junta de gobierno", bestehend aus den drei ältesten Offizieren des Heeres und der Flotte. Es kam zu einer Umgestaltung des aus Zivilisten bestehenden Ministeriums und zu einer Auflösung der junta militar; die junta del gobierno errang also scheinbar einen vollen Sieg. Das Ergebnis war ein stärkeres Hervortreten der konservativen Partei, die bisher an den Ereignissen nicht aktiv teilgenommen hatte, obwohl sie die Bewegung warm begrüßte.

Sie gedachte nun den halben Erfolg gründlich auszunutzen, vor allem hoffte sie, in den angekündigten Wahlen für die neue Präsidentschaft wie für eine „Constituyente" einen vollen Sieg zu erringen. In dieser Hoffnung stellte sie einen der eifrigsten Vorkämpfer der „Union", Errazuriz, ein Mitglied einer der ältesten und angesehensten Familien, als Präsidentschaftskandidaten auf.

Die Schwäche der Linksparteien war offenbar. Belastet durch die Mißwirtschaft vor dem Septemberumschwung, ihres Führers beraubt, der im Ausland weilte, ohne einen „zugkräftigen" Präsidentschaftskandidaten, konnte die Alianza liberal kaum auf einen Sieg in den Wahlen hoffen.

Da trat am 23. Januar ein vollständiger Umschwung ein, die Regimenter der Garnison in Santiago, geführt von den jüngeren Offizieren, rückten mit Waffengewalt vor die Regierungsgebäude und setzten die bisherige Regierung gefangen.

Die jungen Offiziere erklärten, die hohen Generäle, denen sie die Regierung anvertraut hatten, hätten das Programm der Septemberrevolution nicht erfüllt, statt der Mißwirtschaft ein Ende zu machen, hätten sie nur als Wegbahner der konservativen Partei gedient, jetzt wolle die Jugend des Offizierskorps das Programm selbst durchführen, und als der einzige Weg müßte so

schnell wie möglich der verfassungsmäßige Zustand wieder hergestellt werden, mit andern Worten, der Präsident wieder zurückgerufen werden.

Gegen diese Forderung wandte sich vor allem die Kriegsflotte, die mit bewaffnetem Widerstand gegen die gewaltsame Umwälzung drohte. Es gelang aber, dem Lande den Schrecken eines Bürgerkrieges zu ersparen, der Präsident Alessandri erklärte sich telegraphisch von Rom aus bereit, die Regierung unter der Bedingung zu übernehmen, daß das Militär zu seiner Pflicht zurückkehre und sich jeder Politik enthalte.

Den tieferen Grund, daß es zu dieser bewegten Fortentwicklung kam, sehe ich vor allem darin, daß die aufstrebenden — und auseinanderstrebenden Kräfte, die ich in einem früheren Artikel zu schildern suchte, stärker waren als die beharrenden. Die innere Stärke dieser neuen Kräfte zeigte sich auch darin, wie weit sie im Offizierskorps Fuß gefaßt hatten. Vor allem die jüngeren und die emporstrebenden Offiziere der Luftflotte stellten sich auf den Boden einer fortschrittlichen Entwicklung des Staatslebens.

Daneben aber muß man die Schärfe des Parteikampfes als eine der wichtigsten Ursachen der Wirren bezeichnen. Durch ganz Chile geht der Zwiespalt zwischen den beiden großen Parteien, der Union und der Alianza. Je weiter man sich nun von der Hauptstadt entfernt, desto erbitterter wird die Gegnerschaft. In jedem Orte fast besteht ein radikaler und ein konservativer Klub als die Zentren und die Hochburgen der beiden Parteien, die sich mit allen Kräften zu bekämpfen suchen, die andererseits bei einem Siege so eilig wie möglich alle Staatsposten durch Gesinnungsgenossen zu besetzen suchen.

Das ist eine Erscheinung, die, so weit ich beurteilen kann, durch das ganze lateinische Amerika geht, und sie ist geopolitisch so wichtig, daß ich doch auf ihre Ursachen eingehen will. Ihre Wurzeln sehe ich in der ungesunden Zentralisierung, weniger auf politischem als auf kulturellem Gebiet.

Wir dürfen nicht vergessen, daß Südamerika Kolonialland ist, ohne Geschichte, vor allem ohne kulturelle Geschichte. Es gibt hier keine alten Kulturzentren, die noch immer die alte Anziehung ausüben, wenn die Entwicklung über sie hinweggeschritten ist zu den einzelnen großen Zentren, den Millionenstädten. So findet die Zusammenballung in einzelnen Städten, wie sie durch die Industrieentwicklung und den Handel gefördert wird, keine Hemmung, Städte wie Buenos Aires und Santiago ziehen alle beweglichen Geister in ihren Bereich, nicht nur die wirtschaftlichen Elemente, auch die geistigen, seien es nun die politischen, seien es die wissenschaftlichen, seien es auch nur die Vergnügungen.

In Buenos Aires ist die Entwicklung weiter fortgeschritten als in Santiago, leben doch heute von fünf Argentiniern fast einer in der Hauptstadt, aber auch Chile befindet sich auf diesem Wege. Die Hauptstadt entwickelt sich,

die Provinz steht still oder geht sogar zurück. Ohne kulturelle Zentren ist sie nicht in der Lage, die reichgewordenen Söhne an sich zu fesseln, sie streben in die Hauptstadt, um dort ihr Geld zu verzehren. Die Folge ist ein empfindlicher Kapitalmangel, der es verhindert, daß dort Anlagen geschaffen werden, die mit der Zeit die Provinz entwickeln, der auch durch das Fortbleiben des Konsums, vor allem des Luxuskonsums die wirtschaftliche Entwicklung lahmlegt. Die natürliche Folge ist wiederum ein Abwandern der arbeitsamen Jugend, vor allem der männlichen Jugend in die wenigen großen Städte, und da immer wieder vor allem in die Hauptstadt. So finden wir vor allem in den entlegeneren Provinzen, z. B. in Chiloe ein ganz unglaubliches Zahlenverhältnis zwischen der männlichen und weiblichen Bevölkerung mit allen seinen ungesunden Folgen. Die Zurückbleibenden aber finden ihre geistige Beschäftigung in ihrer politischen Tätigkeit, die so Ausmaße annimmt, die sonst nicht erklärlich wären.

Gewiß spielen die sozialen Gegensätze und die traurige wirtschaftliche Lage weiter Bevölkerungskreise eine große Rolle im politischen Leben Chiles, aber wenn man näher zusieht, sind doch die schärfsten politischen Gegner oft Personen gleicher sozialer Stellung. Die Gegnerschaft ist weniger eine Folge der verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse als der „Weltanschauung", d. h. der Parteizugehörigkeit.

Das sollte sich bald nach der Rückkehr Alessandris zeigen.

Zunächst diente seine Wiedereinsetzung dazu, die inneren Gegensätze für den Augenblick zu überbrücken. Die Verhältnisse nahmen nach den Januartagen, in denen nur mit Mühe ein Bürgerkrieg vermieden wurde, beängstigende Formen an. Die allgemeine Unruhe führte einerseits auf Seiten der Arbeiterschaft zu übertriebenen sozialen Forderungen, nicht nur daß der Achtstundentag durchgeführt wurde, die Mieten sollten auf die Hälfte herabgesetzt werden usw. Andererseits kam es zu Unruhen im Heere bei den Unteroffizieren, die Machenschaften der Konservativen zugeschrieben wurden. Die einzige Möglichkeit, einem Chaos zu entgehen, war die Rückkehr zur Verfassung, des Präsidenten Alessandri zu seiner verfassungsmäßigen Stellung.

So konnte dieser inmitten tosenden Jubels in die Hauptstadt einziehen, aus der er vor einem halben Jahre als politischer Flüchtling hatte weichen müssen. Dazu, daß so weite Kreise ihm zujubelten, trug vor allem die Tatsache bei, daß kurz zuvor der Präsident Coolidge seinen Schiedsspruch in der Frage von Tacna und Arica veröffentlicht hatte, der für Chile sehr günstig ausgefallen war. Alessandri kann mit Recht für sich in Anspruch nehmen, daß er die Lösung dieser alten Streitfrage auf friedlichem Wege angestrebt und gegen den Widerstand sehr mächtiger Kreise durchgesetzt hatte.

Der pazifische Krieg zwischen Chile einerseits und Peru und Bolivien

andererseits hatte dazu geführt, daß Chile die Salpetergebiete im Norden in Besitz nahm. Auch die Provinzen Tacna und Arica besetzte es, doch sollte hier nach zehn Jahren die Bevölkerung entscheiden, welchem Staate diese Provinzen angehören sollten. Es kam aber zu keiner Abstimmung, und seit 1892 betrachten die Peruaner die Besetzung durch Chile als ungesetzlich und rechtswidrig.

Die Bedeutung der Gebiete ergibt schon ein Blick auf die Karte. Durch sie wird Bolivien vom Weltmeer abgeschnitten, die Eisenbahn, auf der Boliviens Zusammenhang mit der Welt beruht, endet in Arica auf chilenischem Gebiet.

Andererseits bedeuten diese Provinzen eine militärische Notwendigkeit für Chile, denn südlich von ihnen liegen die reichen Salpeterländer, von denen die Republik finanziell lebt. Diese Gebiete mit ihrem Wüstencharakter sind nicht in der Lage, ein Heer zu ernähren, eine Verteidigung müßte also diesseits oder jenseits von ihnen ihren Stand haben. Arica ist nun in der Lage, eine Armee von sich aus zu beköstigen, ohne auf die Zufuhr zur See aus dem Süden angewiesen zu sein. Dazu kommt, daß Arica der einzige wichtige Hafen im Norden Chiles ist, ganz unentbehrlich für die Flotte, die die Salpetergebiete schützen sollte.

Wirtschaftlich ist das Land im Aufblühen, sowohl durch den Handel nach Bolivien wie durch den sich hoffnungsvoll entwickelnden Anbau von Baumwolle, Reis, Gartenbau.

Die Bevölkerung war vor 30 Jahren noch überwiegend peruanisch, heute leben dort sehr viele Chilenen und auch die eingewanderten Ausländer, vor allem die Chinesen, sind ganz chilenisch gesinnt, selbst die Peruaner zweifeln nicht daran, daß eine Abstimmung zugunsten Chiles ausfallen würde.

Deswegen vertrat Peru den Standpunkt, daß eine Abstimmung heute eine „Farce“ wäre, durch die chilenische Bevölkerungspolitik unmöglich geworden, daß einfach die Gebiete zu Peru gehörten.

In seinem Schiedsspruch hat nun Coolidge (oder vielmehr richtiger der bisherige Staatssekretär Hughes) den chilenischen Standpunkt eingenommen, daß auch heute noch eine Abstimmung der Bevölkerung über die künftige Staatszugehörigkeit entscheiden soll. Nur das kleine und unbedeutende Gebiet von Tarata soll ohne Verzug an Peru zurückgegeben werden.

Wenn damit auch noch der Ausfall der Wahlen abgewartet werden muß, so kann man wohl ohne Gefahr eines Irrtums behaupten, daß sich die Bevölkerung ganz überwältigend für Chile aussprechen wird. In dieser Voraussicht haben auch die Peruaner den nordamerikanischen Präsidenten scharf angegriffen, während die Bekanntgabe des Schiedsspruches in Chile hellen Jubel hervorrief. Ein Widerschein dieses Jubels klang dann dem Präsidenten ent-

gegen, dem Chile heute die friedliche und glückliche Lösung des alten Streites verdankt.

Noch hat aber Alessandri zwei schwierige Probleme zu lösen, die glückliche Durchführung der Abstimmung und die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Chile, die er durch die Einberufung einer „Constituyente" durchzuführen gedenkt.

Über den Kampf um diese Constituyente wird besser ein gesonderter Aufsatz später handeln, wenn die Wahlen hinter uns liegen und wir klarer sehen, wie sich dieser eigenartige Versuch einer rein chilenischen Verfassung, wie sie angestrebt wird, auswirkt.

HUGO FRHR. V. LAMEZAN:

PROBLEME DES FERNEN OSTENS UND EUROPAS.

INSELREICH UND FESTLANDSMACHT.

Erst nach dem Kriege rücken die Probleme des fernen Ostens näher in den Gedankenkreis breiterer Schichten des deutschen Volkes. Und wie vor dem Kriege der Balkan der Wetterwinkel Europas, der Bosporus der Brennpunkt der europäischen Politik war, so sind heute unsere Blicke nach dem Osten Asiens gerichtet, wo wir die Entscheidung der Geschicke der heutigen Weltmächte erwarten. Die Hauptinteressen des mächtigsten Staates der westlichen alten Welt, des Britischen Reiches, und der neuen Welt, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, treffen sich im Stillen Ozean im Kampfe um den chinesischen Markt und in der Verteidigung ihres asiatischen Besitzes. Und zwischen den Interessensspähren dieser beiden Staaten steht die dritte Macht: Japan. Obwohl der kleinste und wirtschaftlich schwächste der Konkurrenzstaaten, ist Japan doch wirtschafts- und machtpolitisch am günstigsten zum Brennpunkt kommender politischer Ereignisse gelegen. Es sucht durch Anschluß an Rußland seine Basis zu vergrößern, und die Rassenverwandtschaft mit China erleichtert Japan das wirtschaftliche Vorgehen auf dem ostasiatischen Festlande und dadurch den Konkurrenzkampf gegen seine kapitalkräftigeren angelsächsischen Gegner.

Wenn wir den möglichen Einfluß der bestehenden Verhältnisse im fernen Osten auf die Zukunft der europäischen Politik betrachten wollen, so müssen wir zunächst in unser Gedächtnis die Einwirkungen zurückrufen, die vor dem Kriege Ostasien auf Europa hatte. Abgesehen vom wirtschaftlichen Kampf der Weltmächte der Vorkriegszeit um die Märkte Ostasiens, war die rein machtpolitische Tätigkeit der europäischen Staaten im fernen Osten von ausschlaggebender Bedeutung für die Mächtekonstellation im Weltkriege.

War doch in der nachbismarckschen Zeit der erste deutsche Schritt von weltpolitischer Bedeutung die Stellungnahme zum Frieden von Schimonoseki. Auf der Fahne Deutschlands unter Kaiser Wilhelm II. stand die Orientpolitik, dadurch kreuzten sich deutsche und russische Interessen am Bosporus. Deutschland unterstützte mit Erfolg mit Frankreich zusammen die russischen Bestrebungen im Frieden von Schimonoseki gegen Japan. Die führenden Staatsleute Deutschlands hofften mit diesem Schritte „dem Drahte nach Rußland wieder Strom zuzuführen“ und andererseits die Interessen russischer Politik vom nahen Orient nach dem fernen Osten abzuleiten. Tatsächlich wurden

die Expansionsbestrebungen Rußlands durch den Frieden von Schimonoseki nach seinen asiatischen Grenzen abgelenkt, und die russische Politik gegen Japan im fernen Osten gebunden. Da sich aber auch englische Expansionswege mit den russischen auf asiatischem Boden kreuzten, und anderseits Deutschland als Bundesgenosse Englands gegen das Zarenreich nicht mehr in Frage kam, muß man das englisch-japanische Bündnis vom Jahre 1902 als Folge des deutschen Verhaltens im Frieden von Schimonoseki ansehen. Das Bündnis mit England ermöglichte Japan seinen Krieg gegen Rußland; und den 1905 erneuerten Vertrag mit dem siegreichen Japan benutzte England, um seinen Einfluß auf Rußland auszuüben, seine Gegensätze in Persien mit dem Zarenreiche auszugleichen und russische Politik wieder auf den Balkan und auf die deutschen und österreichischen Grenzen zu konzentrieren. Die englische Politik wurde durch Erfolg gekrönt: Rußland trat endgültig in den Kreis der deutschfeindlichen Mächte. Das englisch-japanische Bündnis wurde so tatsächlich zur Grundlage der Einkreisungspolitik Englands gegen Deutschland.

Und wie sich vor dem Kriege die europäischen Festlandstaaten dem Einfluß der Politik im fernen Osten nicht entziehen konnten, um so weniger heute, wo bis auf England die europäischen Großmächte der Vorkriegszeit ihre Weltgeltung verloren haben, und nur drei Mächte die Geschicke der Welt in Händen halten. Denn Deutschland und Österreich sind als die Besiegten von jeder aktiven Politik ausgeschaltet; Frankreich, im Glauben die Vorherrschaft über die Kontinentalstaaten inne zu haben, hat aber im Westen und Norden England und seine Flotte, im Süden Spanien und Italien, die mit Großbritannien gleiche Interessen gegen Frankreich haben, und es ist kein Geheimnis, daß die Briten nur Deutschland die Waffe in die Hand zu drücken brauchen um französische Heere am Rhein zu binden. So wird auch Frankreich bei seiner Lage in Europa gut tun, sich von aktiver Weltpolitik fernzuhalten. Auch Rußland wird sich voraussichtlich vorläufig noch nicht an der Weltpolitik aktiv beteiligen können, wenn auch die Sowjetrepublik für den indischen Besitz Englands dieselbe Gefahr bedeuten wird wie vor dem Kriege das Zarenreich. Trotzdem wird Rußland im Bunde mit Japan heute schon ein wesentlicher Faktor sein, mit dem die angelsächsischen Reiche rechnen müssen.

In Betrachtung der Lage in Ostasien nach dem letzten Kriege ist die Lösung des englisch-japanischen Bündnisses am bemerkenswertesten. England schloß den Bund, wie schon erwähnt wurde, gegen Rußland und Deutschland. Während nach dem Kriege das Bündnis gegen Deutschland zwecklos wurde, hätte England das Interesse am Zusammenarbeiten mit Japan gegen Sowjetrußland nicht verlieren dürfen. Und wenn auch England in Japan einen

durch den Krieg stark gewordenen Nebenbuhler auf dem ostasiatischen Markt bekommen hat, der vielleicht auch eine gewisse Gefahr für seine indischen und australischen Besitzungen bildet, so dürfen wir doch nicht annehmen, daß England freiwillig das Bündnis gekündigt hat. Es ist anzunehmen, daß sich England bei der Erneuerung seines Bündnisses mit Japan im Jahre 1911 die Befreiung seiner Bündnispflichten im Falle eines japanisch-amerikanischen Konfliktes sicherte, um seinerseits auf die wohlwollende Neutralität der Vereinigten Staaten im Kriegsfall gegen Deutschland rechnen zu können. Wie vor dem Kriege England mit Rücksicht auf Amerika seine Bündnispflichten einschränken mußte, so mußte England nach dem Kriege auf den Druck von Amerika hin, sein Bündnis mit Japan lösen. Es bleibt nur die Frage, ob mit der offiziellen Kündigung des Vertrages auch alle geheimen Abmachungen als erledigt gelten können. Aber auf jeden Fall bleibt Japan der natürliche Bundesgenosse Englands gegen Rußland, und für Japan bleibt England eine Rückendeckung gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Es hat allerdings heute den Anschein, als ob sich die beiden angelsächsischen Großmächte gegen Japan vereinigten wollten. Aber der Grund für die Nachgiebigkeit Großbritanniens Amerika gegenüber, in ostasiatischen Fragen, ist nicht die Gemeinsamkeit gleichlaufender Interessen, sondern die absolute machtpolitische Ohnmacht der britischen Insel gegen den amerikanischen Festlandstaat. Während in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten vor dem Kriege die Insellage eines Landes ein Vorteil war, so verloren die Inselreiche durch die Entwicklung der Landverkehrswege an Bedeutung. Dazu kam, daß die starken Flotten der Inselreiche die Festlandstaaten zur Schaffung gleichwertiger Seestreitkräfte zwangen, um sich die Freiheit der Meere zu sichern.

Und so mußte England während des Weltkrieges die Erfahrung machen, daß durch Eingreifen der deutschen Unterseeboote die Schiffahrtsstraßen, seine Lebensnerven, bedroht wurden. Die Versorgung des englischen Mutterlandes mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln geriet durch Angriff von Teilen einer feindlichen Flotte, die nur ein Bruchteil ihrer eigenen war, ins Stocken. Würde heute aber England mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Waffen kreuzen, so wäre der Untergang des englischen Mutterlandes, und damit des Imperiums, unabwendbar. Das Kräfteverhältnis der amerikanischen und englischen Seemacht ist heute beinahe gleich. England kann sich nur kurze Zeit ohne Zufuhr von Übersee halten, seine Schiffahrtstraßen gehen über den atlantischen Ozean und sind hier dem Angriff der amerikanischen Seestreitkräfte ausgesetzt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika dagegen sind ein geschlossenes Wirtschaftssystem, das für seine Rüstungsindustrie und zur Lebensunterhaltung seiner Bevölkerung im Kriegsfall unabhängig von Über-

seezufuhr ist. Amerika könnte seine gesamten Kreuzerstreitkräfte auf den Angriff feindlicher Handelsschiffe lenken und über seine Flotte frei verfügen, während die britischen gesamten Seestreitkräfte durch die Verteidigung ihrer Schiffahrtstraßen gebunden wären.

Auf Grund dieser Erfahrung ist es zu verstehen, daß es englischer Politik daran gelegen ist, alle Reibungsflächen mit den Amerikanern wenigstens für den Augenblick zu glätten, bis im Britischen Reiche der alten Welt ein gleichwertiger machtpolitischer Gegner den Vereinigten Staaten von Nordamerika entsteht. Ob England allerdings in der Zeit dieser militärischen Ohnmacht so weit gehen wird, mit den Amerikanern gegen Japan Waffenbrüderschaft zu schließen, muß zweifelhaft erscheinen. Es ist nicht anzunehmen, daß Japan als Insel dem Wirtschaftskrieg Amerikas und seiner Seemacht standhalten kann, noch weniger natürlich, wenn sich England dem Waffengange der Vereinigten Staaten anschließen würde. Ein vernichtetes oder geschwächtes Japan würde aber die Interessengegensätze Amerikas und des Britischen Reiches noch schärfer hervortreten lassen und im angenommenen Falle würde England seines Einflusses auf Rußland über Japan verlustig gehen und der natürliche Feind Britisch-Indiens der willkommene Bundesgenosse der Vereinigten Staaten von Nordamerika werden. So muß es das Streben englischer Politik sein, vorläufig kriegerische Konflikte in Ostasien zu vermeiden helfen, denn nur ein starkes Japan ist für England bündnisfähig, auf der andern Seite muß es aber seine ganzen politischen Kräfte darauf konzentrieren, seine Handlungsfreiheit gegenüber Amerika wieder zu gewinnen.

Das englische Mutterland muß sich im Kriegsfall unabhängig machen von seinen Schiffahrtstraßen auf dem Atlantischen Ozean, es muß über den Kanal die kontinentale Verbindung zu seinem Reiche am Indischen Ozean suchen. Wie die englische Flotte vor dem Kriege maßgebend war für den Ausbau der Seestreitkräfte der Festlandstaaten, die auf Weltgeltung Anspruch machten, wie jede Heeresvermehrung eines Staates den Nachbarn zwang, gleiches zu tun, so zwingt das wirtschaftliche Rüstzeug der Vereinigten Staaten von Nordamerika, sein sich selbst genügendes Rohstoffgebiet und Wirtschaftssystem zu gleichen Maßnahmen die Staaten, die unabhängig von amerikanischer Oberhoheit sein wollen.

Ist doch schon der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg in erster Linie darauf zurückzuführen, daß es als Folge eines siegreichen Deutschlands einen kontinentalen Staatenbund in Europa mit Anschluß an Vorderasien voraussah, der unabhängig von Überseezufuhr seinem eigenen Wirtschaftssystem ein Gegenspieler werden könnte. Dieses Mitteleuropa, die Verwirklichung des deutschen Problems Berlin—Bagdad hätte auch den Bestand des Britischen Reiches bedroht, und der Schnittpunkt unseres Südost-Expansionsweges mit

dem englischen Probleme Kairo—Kolombo ist zur eigentlichen Ursache und zum Anlaß für den Ausbruch des Weltkrieges geworden. England hat der Ausgang des Krieges die Verwirklichung seiner Probleme Kap—Kairo und Kairo—Kolombo gebracht, und alle Länder am Indischen Ozean stehen mit nur geringen Ausnahmen unter englischer Oberhoheit. Aber dieses mächtige Staatsgebilde wird in einem Kriegsfall mit Amerika dem englischen Mutterlande keine Rettung bringen können, wenn es dem Britischen Reiche nicht gelingt, Produkte und Truppen trockenen Weges von und nach allen Punkten seines Festlandstaates am Indischen Ozean zu bringen, ohne die gefährdeten Schiffahrtsstraßen des Atlantischen Ozeans benutzen zu müssen. Nur dann wird auch England den Absonderungsbestrebungen einzelne seiner Kolonien der alten Welt wirksam entgegentreten und dem sowjetrussischen Einfluß auf die Grenzgebiete seines asiatischen Reiches Einhalt bieten können. Durch die Gründung sich selbst genügender Wirtschaftsgebiete und die Entwicklung der modernen Seestreitkräfte ist endgültig die Zeit vorbei, wo Kolonialreiche auf einer Seemacht ruhen, oder der Druck der Kriegsschiffe einer Inselmacht auf einen Festlandstaat genügt, um wirksame Politik zu treiben.

Um ein geschlossenes, sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet zu gründen, muß England die Vorherrschaft auf Europa anstreben. Es muß das deutsche Vorkriegsproblem Berlin—Bagdad erweitern zu dem Problem London—Berlin—Bagdad und muß versuchen, aus dem Mittelmeer ein englisches Meer zu machen, das im Kriegsfall feindlichen Schiffen verschlossen bleibt. Und wenn heute England Frankreich gewähren läßt, Deutschland immer mehr zu zerstören, so ist das nicht der Unverstand englischer Staatsleute oder Angst vor Frankreichs Macht, sondern der bewußte Wille der Briten, die deutsche Kraft durch Frankreich brechen zu lassen, um die Sympathie auf dem Kontinent nicht zu verlieren und im entscheidenden Augenblick seine Macht in Deutschland, dem Schlüsselpunkt Mitteleuropas, zu errichten. Naturgemäß hat England in erster Linie das Interesse, die deutschen Verkehrswege in seine Hand zu bekommen, die Flußläufe und Eisenbahnlinien in der Südost-Nordwest-Richtung, die über die Oststaaten und Balkanländer zum nahen Orient und dem Indiameerreich führen.

Die erfolgreiche Einkreisungspolitik Englands gegen Frankreich wurde schon oben erwähnt und sie wird dafür sorgen, daß die Pläne der Franzosen gegen den Willen Albions nicht in den Himmel wachsen werden. Spanien und Italien sind aber nicht nur die stillen Verbündeten Englands gegen Frankreich, sondern sie wissen ihre Interessen in Südamerika gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit England besser gewahrt als allein oder im Bunde mit einem andern Staate. So ist heute schon der Einfluß Englands auf die Großstaaten des europäischen Kontinents so bedeutend, daß es mit

er bewußten und unbewußten Mitarbeit deutscher und französischer Politiker ald am Ziele seiner Wünsche sein wird.

Die Balkanländer und der nahe Orient, soweit sie noch nicht unter engischem Einfluß stehen, werden sich dem britischen Machtgebiet einfügen nüssen, und damit wäre ein Wirtschaftsgebiet geschaffen, viel mächtiger als las augenblicklich bestehende amerikanische. Dann erst hat England wieder olle politische Handlungsfreiheit.

Es wurde schon erwähnt, daß der Zusammenschluß der angelsächsischen Mächte egen Japan nicht angenommen werden kann, so muß doch als Gefahrmoment ür diese noch der panasiatischen Union gedacht werden: des Zieles Sowjetrußlands, nit China und Japan eine wirtschaftliche und militärische Macht zu bilden. Zweifelos wäre dieses Machtgebiet für das Angelsachsentum von ungeheurer Gefahr, aber vir müssen in Betracht ziehen, daß Sowjetrußland sein Ziel mit dem Kommunisnus erreichen will, der nach den heutigen Erfahrungen den wirtschaftlichen ufbau eines Landes oder eines Gebietes nicht fördert; dazu kommt der Mangel n Zivilisation und moderner Kultur der breiten Schichten der asiatischen Bevölkerung. So werden nach menschlicher Voraussicht bis zur Verwirkichung des panasiatischen Uniongedankens Zeiträume vergehen, in denen die Würfel zwischen den angelsächsischen Machtgebieten schon gefallen sein verden. Gerade die Märkte Chinas und später, wenn der Kommunismus eine lem fremden Kapital dienende Form angenommen hat, auch Rußlands werden n der Hauptsache die Reibungsflächen zwischen dem britischen und amerikanichen Reiche sein; es ist der Kampf um die Beteiligung der Kapitalien zum virtschaftlichen Aufbau — der panasiatischen Union.

Trotz modernster Landverbindungen, trotz sich selbst genügender kontinentaler Wirtschaftsgebiete, wird sich der Handel der Mächte auf den Meeren abpielen, und die Seestreitkräfte werden in einem Kriege wie früher die Aufabe haben, die feindliche Handelsschiffahrt zu stören oder zu verhindern und lie Alleinherrschaft der Meere oder wichtiger Meeresteile zu gewinnen suchen. Die chinesische Südsee ist die Seefront zwischen den beiden angelsächsischen Reichen. Auf der einen Seite der vorgeschobenste Posten Amerikas, die Philippinen mit der starken Seefestung Manila, und auf der englischen Seite eben Hongkong Singapore, dessen Ausbau als stärkster Flottenstützpunkt m Mittelpunkt britischer Innenpolitik steht. Der Kampf um die Herrschaft ler chinesischen Südsee, wird auch den Wirtschaftskrieg um den chinesischen Markt entscheiden; und ein Sieg der Seestreitkräfte Britanniens im chinesichen Meer würde nicht nur seinem Handel mit China die Schiffahrtsstraßen reigeben, sondern auch den Besitz Australiens und Neuseelands sichern, wie mgekehrt bei einem Sieg Amerikas sich das Britische Reich auf sein kontientales Wirtschaftsgebiet beschränken müßte.

Es sind Probleme, Ansichten, die hier zur Erörterung stehen, deren Richtigkeit nur die Zukunft beweisen kann. Wir werden aber gut tun, unsere Gedanken öfters von den politischen Tagesfragen unseres Vaterlandes zu lösen, unsern Blick auf andere Länder, andere Erdteile zu richten und deren verschiedensten Entwicklungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen. Nur dann werden wir für unser Deutschland den richtigen Weg finden und es vor völliger Versklavung oder Untergang bewahren können.

ROBERT SIEGER:
DIE GRENZE IN DER POLITISCHEN GEOGRAPHIE.

Ratzel hat die Lehre von der politischen Grenze aus den Zusammenhängen, n denen sie vorher in wenig fruchtbarer Weise gepflegt worden war, herausgehoben und in den Rahmen einer allgemeinen geographischen, von ihm großzügig biologisch aufgefaßten Grenzlehre gestellt. Wenn sie auch grundsätzlich alle Grenzen umfaßt — sowohl Bewegungsgrenzen im engeren Sinn, als Eigenschafts- und Raumgrenzen, die sich doch auch als Grenzen der Verbreitung auffassen lassen — alle Grenzen, die sich in Natur und Menschenwelt der Beobachtung darbieten, so sind doch manche Teilgebiete noch wenig ausgebaut. Auch im Bereich der politischen Geographie, die alle Grenzen politischer Räume und politischer Körper zu beachten hat, ist den Staatsgrenzen fast allein das Augenmerk zugewendet worden. Die inneren Grenzen, in denen Supan bloße Verwaltungsgrenzen sehen wollte, während doch Gemeinden, Gaue, Provinzen und Länder als Keimzellen und Organe der Staaten oft hervorragende Bedeutung für deren Werden und Bestand haben, die Besitzgrenzen, die Grenzen verschiedener politischer Körper, selbst der Völker und Nationen, haben nur ungleichmäßige Behandlung, oft recht nebenher gefunden. Und selbst die Staatsgrenze erscheint vielen als ein weniger wichtiges Objekt der politischen Geographie. Wenn die Engländer den Kernpunkt dieser Wissenschaft in der Grenzlehre sehen und ihre politisch-geographische Literatur sich wesentlich mit den Fragen beschäftigt, wie politische Grenzen als geographische Tatsachen „sind und gewesen sind“ (Fawcett, Frontiers 1921, S. 3), aber auch wie sie geworden sind und wie sie zweckmäßig gezogen werden, so sollte man meinen, daß unser deutsches Volk, das tagtäglich unter den ihm aufgezwungenen Grenzen leidet, sich solchen Studien mit besonderem Eifer hingäbe. Aber wer sich mit der Erforschung der politischen Grenze beschäftigt — und es ist da eine nicht ganz geringe Zahl von Geographen zu nennen — der weiß auch, wie wenig Widerhall die Ergebnisse seiner Untersuchungen finden, wie wenig sie politisch verwertet werden. Man stößt vielfach geradezu auf Ablehnung, wenn man diesen Ergebnissen einen Wert für Wissenschaft und Praxis zuschreibt. In fachwissenschaftlichen Kreisen heißt es, nicht auf die Grenzen, die Berührungslinien zwischen den politischen Räumen komme es an, sondern auf diese Räume selbst, ihre Art, Form und Größe und ihre Erfüllung. Bei Politikern aber herrscht entweder die Ansicht, Grenzen seien etwas reinpolitisches, der Ausdruck der jeweiligen Machtverhältnisse, deren Dynamik sich unabhängig von der Natur vollziehe — oder aber, man lebt in

einer veralteten Doktrin von der idealen, der „natürlichen" Grenze und glaubt mit deren schematischer Anwendung alle weiteren Fragen erledigt zu haben.

Die politische Geographie findet ohne Zweifel ihr Kerngebiet in der Betrachtung der politischer Räume. Diese selbst, aber auch ihre Beziehung zu den politischen Körpern — also das Verhältnis zwischen den politischen Teilen der Erdoberfläche und den politischen Teilen der Menschheit [1]) — ferner das Verhältnis der politischen Räume und der politischen Körper zu den natürlichen Räumen sind Hauptgegenstände unseres Fachs. Aber wi wir an sie herantreten, stoßen wir auf die Grenzen und ihre Probleme. Vielfach ist die Grenze der einfachste Ausdruck, der Index, ja das Inlegral des in ihrer Mannigfaltigkeit oft verwirrenden Beziehungen, das beste Hilfsmittel der Vergleichung. Aber an der Berührungslinie oder Übergangszone treten auch die Eigenschaften des Begrenzten und Begrenzenden am deutlichsten hervor, erhellt und verschärft durch den Gegensatz. Und an der Berührung ist auch die gegenseitige Beeinflussung, in Verbindung und Abwehr, am stärksten. Ratzel nennt die Grenze ein „peripherisches Organ", dem al solchem eine erhebliche Selbständigkeit zukommt. Als peripherisches Gebiet kann sie so starke Eigenart und solche Größe erreichen, daß sie eine Sonderstellung erlangt und je nach dem Maßstab der Betrachtung als Grenzgürtel oder als eigene Einheit niedriger Ordnung erscheinen mag. Das spiegelt sich auch in dem Wechsel der politischen Zugehörigkeit gewisser Grenzländer wie Polen, Burgund, Elsaß-Lothringen, Schonen. All diese Tatsachen lehren uns, daß man die Grenze ebensowenig in völliger Loslösung von dem umschlossenen Raum betrachten darf, wie diesen ohne Rücksicht auf jene. Aber sie lassen auch die Bedeutung der Grenzgeographie nicht gering erscheinen.

Ebenso wenig verliert sie dadurch an Wichtigkeit, daß die Grenzsetzung ein menschlicher Willensakt und dieser durch die jeweiligen Machtverhältnisse bedingt ist. Ob nun in Übereinstimmung aller Beteiligten gezogen oder einem Teil von ihnen aufgezwungen, kann sich die politische Grenze an die Landesnatur mehr oder weniger anlehnen oder sich von ihr entfernen; sie kann den Grenzen natürlicher Räume entsprechen oder widersprechen. Je nachdem dies oder jenes der Fall ist, wird sich eine Grenzlegung leichter und dauernder behaupten oder künstlicher Verstärkung und kräftigen Schutzes bedürfen. Je nach den verschiedenen Zwecken, die den Völkern und Staatsmännern bewußt und unbewußt bei der Grenzlegung vorschwebten, strebten sie bestimmte, in der Natur gegebene Zonen und Linien, die Ränder natürlicher Landschaften, und Gebiete mit bestimmten Wesenszügen an. So sind die natürlichen Eigenschaften der Grenzgebiete vielfach maßgebend geworden für die Bestimmung des Grenzverlaufs und für die Wirkungen der Grenze. Umso weniger darf die politische Geographie sie vernachlässigen.

Sie würde es sich aber sträflich bequem machen, wenn sie schematisieren und ein einziges als allgemein giltig vorausgesetztes Kriterium für die Güte und Zweckmäßigkeit politischer Grenzen aufstellen wollte. Das geschieht, wie erwähnt, sehr häufig von den Politikern. Wasserscheiden im Gebirge, Flüsse in der Ebene, mit mehr Recht die Meeresküsten bezeichnet man kurzweg als die natürlichen Grenzen oder die Naturgrenzen. So hat Italien die Hauptwasserscheide der Alpen als die gottgewollte Grenze beansprucht und als solche bekommen. Kjellén lehrte, von Ratzels Erkenntnissen in die Anschauungsweise früherer Zeiten zurückfallend, daß die Wasserscheide, die Grenze der Stromgebiete, die natürliche sei. Wasserscheidegrenzen gäben dem Staat die Individualität, wie die nationale Einheit ihm die Persönlichkeit gebe. Erst allmählich hat er diese Lehre etwas eingeschränkt. Frankreich sieht in dem Rheingraben und Rheinlauf seine natürliche Grenze; sobald es sie aber erreicht hatte, warf es jedesmal den Blick auf das Stromgebiet der Ebene und sah die natürliche Grenze in der Wasserscheide, die dieses umrahmt. Auch Italien hat die gottgewollte Grenze an allen wichtigen Berg- und Talpässen überschritten. Das zeigt uns, daß die Wasserscheide doch nicht überall und allen Zwecken der Grenzsetzung Genüge leistet, sondern vielmehr ein oft nur vorläufiges Ziel imperalistischer Eroberungsabsichten darstellt. Sie ist ja auch ihrem Ursprung nach eine Grenze gewesen, die man in noch unbeherrschtes oder ungeteiltes, vielfach unbekanntes Land legte. Das Mittelalter konnte nicht wie die neuzeitliche Abgrenzung von Kolonien und Interessensphären sich der Meridiane und Parallelkreise bedienen. Der Verlauf von Bächen oder die Mitte des Waldes, die nicht zu bestimmen war, erwiesen sich als wenig zweckmäßig. Die Wasserscheide aber ließ sich im erst zu erschließenden Rodungsland gut zur Abgrenzung verwenden. Sie war leicht zu finden und im Ganzen deutlich. So wurde sie die gewöhnliche Grenze bei Teilungen und Schenkungen aller Art. In der Neuzeit kam der eingelebten Gewohnheit der Irrtum von Buache und seinen Nachfolgern zu gute, die die Hauptwasserscheiden für die höchsten Erhebungen der Erde hielten, was z. B. gerade der Himalaya widerlegt. Wo aber eine Grenze im Gebirge naturwüchsig, aus der Ausdehnung der Siedlung und dem Zusammentreffen der Anrainer mit oder ohne Streit geschichtlich erwachsen, mehr „geworden", als „gesetzt" ist. da treten die Wasserscheiden an ihr sehr zurück: Flußdurchbrüche, Paßhöhen, Schluchten, Nebenwasserscheiden boten die meistbenutzten natürlichen Anhaltspunkte. Das habe ich für die Alpen seit vielen Jahren eingehend erwiesen[2]) — es trifft aber überall zu. Das Dogma von den Flußgrenzen in den Ebenen steht auf ebenso schwachen Füßen. Verkehrsreiche schiffbare Flüsse können nur Naturvölker trennen. Moderne Staaten werden durch sie namentlich wirtschaftlich eng verbunden

und streben daher über Flußgrenzen hinaus. Und selbst das Meer ist an Stellen, wo es mehr verknüpft, als abschreckt, von langdauernden Staatenbildungen überschritten worden; das Römerreich, das britische „Vereinigte Königreich", die Verbindung Norwegens und Südschwedens mit Dänemark genügen als Beispiele.

Versagen also die von Staatsrechtlern noch heute gern vertretenen Anschauungen über Wasserscheiden und Flüsse vor der historischen Kritik, so halten sie der geographischen noch weniger Stand. Nicht auf die Wasserscheide kommt es an, sondern auf die Erhebung, die Ungangbarkeit, die Menschenleere und andere begrenzende Eigenschaften, nicht auf den Fluß, sondern auf seine Breite, sein Gefäll, seine Unschiffbarkeit und Unüberschreitbarkeit usw., es handelt sich also um die Verkehrsschranken, die gern als Grenzen aufgesucht werden. Diese aber liegen vielfach in anderen Gebieten und an anderen Stellen, z. B. an Engpässen, wie jene, die den Himalaya durchbrechen. Es wäre nun aber ebenso einseitig, zu sagen: „Die natürlichen Verkehrshindernisse sind die natürlichen Grenzen." Denn die verschiedenen Zwecke der Grenzsetzung, die sich nach den Völkern, ihrer Kultur und ihrer geschichtlich-politischen Einstellung ungleich stark geltend machen, können auch andere ebenso wertvolle Anhaltspunkte für die Grenzlegung empfehlenswert erscheinen lassen. Es ist überhaupt unzulässig, zu sagen: „ein Staat hat seine natürlichen Grenzen erreicht oder nicht" und „hier ist die (erreichte oder angestrebte) natürliche Grenze dieses Staats." Denn die Natur schreibt nicht vor, sie verbietet, erschwert, begünstigt eine Grenzführung, zwingt sie aber nicht auf. Die menschliche Zwecksetzung entscheidet vielmehr; wenn sie sich natürlicher Vorteile versichern will, wählt sie zwischen den verschiedenortigen und verschiedenartigen natürlichen Begünstigungen. In diesem Sinne, aber nur in diesem, haben jene Historiker Recht, welche sagen: „es gibt keine natürlichen Grenzen." Es gibt eben so gut wie nirgends eine einzigmögliche, sondern überall der Art nach verschiedene. Deren Wert für die Grenzführung zu kennzeichnen, ist eine oft schwere, aber lohnende Aufgabe der politischen Geographie.

Die Erörterung der Einwände, die gegen eine intensive Pflege der politischen Grenzgeographie erhoben werden, zeigt uns somit, daß im Gegenteil hier ein Komplex wichtiger Fragen vorliegt. Sie zeigt aber auch, daß uns noch eine Vorbedingung zu ungestörter Arbeit großenteils fehlt, eine klare, einteilige Terminologie. Eine solche ist aber nur zu gewinnen, wenn wir alle Ansprüche, die nur ganz allgemein eine Beziehung zur Natur enthalten, ausschließlich in dieser allgemeinen Bedeutung verwenden und darauf verzichten, ihnen besondere aufzulegen. In diesem Sinne habe ich natürliche, naturgemäße, naturgegebene, zuletzt auch Naturgrenze, Ausdrücke, denen auch ich

z. T. engere Bedeutungen gegeben hatte, von solchen befreit und bitte sie fortan ohne solche, die ja nicht jeder Leser gegenwärtig hat, zu verwenden.[3]) An ihrer Stelle stehen uns einzelne scharfumschriebene, schon durch ihren Wortlaut eindeutige Bezeichnungen zu Gebote, aber auch eine große Zahl von Wendungen und Umschreibungen, die den jeweiligen Sachverhalt unzweideutig darstellen. Ich will hier nur die wichtigsten, von mir und anderen vertretenen Termini erklären und verwenden.

Wenden wir uns dem Inhalt der Grenzlehre zu, so stoßen wir auf Ratzels grundlegende Unterscheidung zwischen Grenzsaum und Grenzlinie, der im Ganzen der Gebrauch von Frontier und Boundary bei den politischen Geographen englischer Zunge entspricht. Ihre Außerachtlassung kann zu großer Verwirrung führen und es ist besser, sie wird übertrieben, als sie wird verschleiert. Der Grenzsaum ist nach Ratzel das Wirkliche, die Grenzlinie die Abstraktion davon. Das gilt in der Natur fast ausnahmslos; natürlich ist Saum und Linie relativ zu nehmen, Säume wie ein Wald oder Sumpf oder verwildeter Fluß u. dgl. können sich streckenweise linienhaft verschmälern, hier und da haben wir auch im kleinen scharfe Grenzen in der Natur, etwa an Waldrainen und anderen Grenzen von Vegetationsformationen, bei sogenannten „geomorphologischen"[4]), aber die Regel gilt. Im besonderen steht die politische Grenzlinie als Abstraktion, noch dazu als rechtliche und rechtsverbindliche Festlegung, der veränderlicheren und gürtelhaften Form der in der Natur vorhandenen Grenzen scharf gegenüber. Die menschliche Zwecksetzung hat fast immer eine solche natürliche Zone im Auge, die Grenzen der Naturvölker und primitiven Staaten und Gürtel. Die Grenzlinie ist bisweilen in ihnen geschichtlich erwachsen, dann vom Rechtsstaat festgelegt worden; bisweilen ist sie im Saum von den Staatsmächten gezogen worden, ehe noch die beiderseitige Siedlung in ihm zusammenwuchs; in vielen Fällen ist sie innerhalb des Saumes verschoben worden Sich ausdehnende oder sich vergleichende Staaten können sie mit Bedacht in einen naturgegebenen, erstrebenswert erscheinenden Saum gelegt haben. Sie kann auch ohne Rücksicht auf solche gezogen sein, nicht blos, wo natürliche Grenzsäume fehlten, sondern auch über sie hinaus, z. B. in einem sog. „Glacis" vor dem natürlichen Saum. Es ist also zunächst ein ursprünglicher politische Grenzsaum vorhanden, wenn auch nicht überall. Ausnahmsweise sind solche später geschaffen worden, in Form von halb unabhängigen Zwischengebieten, oder wie Penck dartat, durch die Verwüstung der Grenzgebiete von Ludwig XIV. Damit ist auf eine von Ratzel klargelegte Gewohnheit der Naturvölker zurückgegriffen worden, die durch Siedlungsverbot (oft mit Marktverkehr im Grenzsaum verbunden) oder durch Verwüstung natürliche Grenzsäume verstärken oder fehlende künstlich ersetzen. Eine andere Art politischen Grenz-

saums, den man als sekundären bezeichnen muß, habe ich aus der Funktion des Grenzgebiets als peripherischem Organ abgeleitet und als bestehend erwiesen. Es ist das die gegenseitige politische, wirtschaftliche, kulturelle Beeinflussungs- und Durchdringungszone, die sich überall beiderseits der Grenzlinie entwickelt und selbst von der Verwaltung in gewissen Beziehungen z. B. als zoll-, monopol-, verkehrsrechtliches Grenzgebiet anerkannt werden kann. Ist der Einfluß von beiden Seiten her nicht gleich stark, so kann sich dieser sekundäre politische Grenzsaum ungleich weit auf der einen und der anderen Seite erstrecken; das ist z. B. dort der Fall, wo die Staatsgrenze sich nicht mit der nationalen deckt und eine starke Irredentabewegung auf eine schwache Staatsgewalt stößt. Dann kann er geradezu einseitig werden und spätere Verschiebungen der Staatsgrenze vorbereiten. Man denke an die italienische Irredenta. Das Studium solcher Beeinflussungszonen fesselt vor allem dem Geopolitiker im engeren Wortsinne, ist aber auch ein bisher übersehener Gegenstand der politischen Geographie.

Weit umfangreicher sind die Probleme, die sich an das Verhältnis der politischen Grenzlinie zu den natürlichen Grenzsäumen knüpfen. Wir können diese mit Sölch als Erdraumgrenzen bezeichnen und haben damit schon gesagt, daß hier Raum- und Grenzbetrachtung eng verbunden sind. Für die Grenzgeographie lautet die Fragestellung: Verläuft die politische Grenzlinie in einer naturgegebenen Grenzzone? Wir können die Erdoberfläche nach den verschiedensten Gesichtspunkten: Gliederung, Klima, Flora, Bodenart und vielen anderen, in Erdräume teilen, die als solche deutlich begrenzt und erkennbar sind. Das Verhältnis der Grenzlinie zu allen diesen ist Gegenstand der politisch-geographischen Länderkunde. Gewisse Arten treten aber besonders hervor. Und zwar sind drei Arten herauszuheben. Einmal finden wir oft, daß von den zahlreichen Grenzgürteln, die sich der länderkundlichen Untersuchung ergeben, viele sich auf engem Raum zusammendrängen, d. h. einander nahelaufen oder sich kreuzen. Dann können wir ihre Anhäufungszone als eine Landschaftsgrenze bezeichnen. Sie umschließt einen Erdraum, in dem viele geographische Faktoren anders sind als außerhalb. Vogel nennt ihn Charakterlandschaft, Sidaritsch Landschaftseinheit, Sölch Chore. Dieser spricht von Geochoren, die sowohl nach physischen wie nach anthropogeographischen Faktoren scharf ausgeprägt sind, neben bloßen Physio- und Kultur- oder Anthropochoren. Ich habe sie als gleichartige oder auch einheitliche Naturgebiete bezeichnet und halte das nach wie vor für die unzweideutigste und gemeinverständlichste Bezeichnung. Maull hat die natürliche Begründung der heutigen Grenzen Griechenlands in dem Zusammenfallen eines Bündels von Grenzzonen auf engem Raum gesehen. Eine zweite Art von Erdraumgrenzen, die sich der politischen Grenzführung bieten und

von ihr oft benutzt worden sind, haben wir bei der Kritik der Wasserscheiden als Grenze schon kennen gelernt. Es sind die Naturschranken oder Verkehrs- und Bewegungshindernisse, welche natürliche Bewegungsgebiete, also anthropogeographisch gefaßt, natürliche Verkehrsgebiete umhegen. Eine dritte Art sind die Grenzen harmonischer Naturgebiete, das sind solche Erdräume, in denen sich in einer bezeichnenden, sie von der Umgebung unterscheidenden Eigenart gewisse tragende Typen begegnen und durchdringen oder aber allmählich mit einer gewissen Regelmäßigkeit in einander übergehen. Ersteres ist z. B. der Fall in Park- oder Inselberglandschaften, letzteres in Gebirgsländern, deren Höhenregionen einen solchen Übergang nach oben ohne scharfe Absätze darstellen, oder in Becken-, Insel-, Küstenländern, wenn ein ebenso allmählicher Übergang von außen nach innen erfolgt. Die natürlichen Verkehrsgebiete und die harmonischen Naturgebiete hat Sidaritsch als „Lebensräume" den „Landschaftseinheiten", Vogel als „Zwecklandschaften" den „Charakterlandschaften" gegenübergestellt.

Das leitet uns über zu dem Verhältnis, das zwischen den natürlichen Grenzzonen und den von ihnen umschlossenen Erdräumen auf der einen, den Zwecken und Zielen des Menschen bei der Grenzlegung auf der andern Seite besteht. Diese sind verschieden nach Ort, Zeit, kultureller Entwicklung, Anlage und Denkart der Völker. Insbesondere kommen in Betracht: deutliche Scheidung der staatlichen Herrschaftsgebiete, Sicherung gegen Feinde, wirtschaftliche Gemeinsamkeit oder völkische Einheit innerhalb des Staatsgebiets, leichte Zugänge zur Nachbarschaft (also ungehemmter Außenverkehr), leichte Überwachung und Regelung des Außenverkehrs. Ihre Anforderungen widersprechen einander zum Teil; bald steht der eine, bald der andere im Vordergrund. Daher erscheinen dem Staate auch nicht immer die gleichen Erdräume als Staatsboden erwünscht, ganz abgesehen vom Wachstum der Staaten, das von Erdräumen niedriger zu solchen höherer Ordnung hinstrebt. Gewöhnlich stellt man einander „Schutzgrenzen" und „Verkehrsgrenzen" gegenüber. Jene erleichtern die Verteidigung, erschweren aber, ja unterbinden den Verkehr. Sie lehnen sich an natürliche Verkehrsschranken an, also Gebirge, Urwald, Wüste, Sumpf, in gewissem Sinne das Meer usw. Verkehrs grenzen in ihrer schärfsten Ausprägung erlauben allseitig freie Bewegung, sind aber offen und ungeschützt. Sie werden daher nur ausnahmsweise angestrebt und sie haben auch nur wenig Beziehungen zu Erdraumgrenzen, etwa solchen von Räumen mit bestimmten, von denen der Umwelt verschiedenen natürlichen Produktionen. In der Regel aber liegen sie innerhalb einheitlicher Landschaften, sind also keine Landschaftsgrenzen, wie die Grenzen gleichartiger Naturgebiete es sind. Ihre Schutzlosigkeit beeinträchtigt ihren Wert selbst dann, wenn die Kraft des Staats starke Befestigung und militärische

Beherrschung ermöglicht, wobei allerdings die freie Verkehrsbewegung leidet. Auch die Zersplitterung des Verkehrs über allseits offene Grenzen wird leicht nachteilig. Ebenso stellen die natürlichen Verkehrsschranken an sich keine Landschaftsgrenzen dar, obwohl sie (und das vermehrt dann ihren Wert) oft mit solchen ganz oder nahe zusammenfallen. Sie sind Bewegungsgrenzen für alle Organismen oder viele davon, bisweilen auch für Luftströmungen, und auch das verstärkt ihre Bedeutung als Grenzen menschlicher Lebensräume. Vielfach sind sie auch in ihrem Kern unbewohnbar oder nur schwach besiedelbar. Dieser Zug ist sogar für die meisten zonalen Verkehrsschranken bezeichnend. Vor allem aber bieten sie dem Staat in ausgedehntem Maße Schutz gegen Überfälle und leichte Möglichkeit der Verteidigung. Diesem Wert steht als Negativposten die Absperrung vom Verkehr, die wirtschaftliche Isolierung, die kulturellen Nachteile der Absonderung usw. gegenüber. Instinktiv hat daher die Politik höher stehender Völker sich von solchen Verkehrsschranken als Grenzen abgewendet, die als Schutzgrenzen die besten sind, den absperrenden. Man sieht eine Zwischenform zwischen ihnen und den reinen, offenen Verkehrsgrenzen als die beste oder doch als sehr gute Grenze an. Aber die Bezeichnungen, die ich vorgeschlagen habe, sind noch nicht Gemeingut. Neben die verkehrhemmende reine Schutzgrenze mit ihrer Absperrung und die verkehrzersplitternde ungeschützte reine Verkehrsgrenze stelle ich die verkehrvermittelnde. Auch sie ist an Verkehrsschranken gebunden, aber nicht an abschließende; zwischen den Mauern sind breite, geschützte und gut überwachbare, aber nicht allzuzahlreiche Pforten, deren jede daher erhebliche relative und auch absolute Bedeutung hat. Dazu kommt die Anforderung, daß innerhalb des umschlossenen natürlichen Verkehrsgebiets der Innenverkehr nicht durch innere Verkehrshindernisse beeinträchtigt wird. Im Gegensatz zu einer unzugänglichen Küste, einer Gebirgsmauer nach Art des zentralen Himalaya, aber auch zu einer allzu hafenreichen Küste, die ihren einzelnen Häfen kein genügendes Hinterland bietet und einer allseits gleich zugänglichen Flachlandschaft ist verkehrsvermittelnd in diesem Sinne eine Gebirgsküste mit wenigen, aber von weither zugänglichen Häfen und ein Hochgebirge mit guten Talaus- und Paßübergängen. Verkehrshemmend sind z. B. die Pyrenäen, verkehrsvermittelnd die Alpen. Wenn Vogel von strategisch-kommerziellen Zwecklandschaften spricht, so trifft dieser Ausdruck nicht so sehr die natürlichen Verkehrsgebiete im Ganzen, als jene mit vermittelnden Grenzen. Sie sind wohl diejenigen, an die sich die politische Abgrenzung am liebsten anlehnt.

Stehen wirtschaftliche Zwecksetzungen im Vordergrund, so mag man nach gleichartigen Naturgebieten ausschauen, die ja auch eine gleichartige Lebensweise der ganzen Bevölkerung ermöglichen, also z. B. für aus-

gesprochene Ackerbau- oder Viehzuchtländer günstige Grundlagen geben. Aber der großzügigen Einheitlichkeit des Wirtschaftslebens steht die große Gefahr gegenüber, die in der Verlockung zur „Monokultur" liegt. Je höher man die wirtschaftliche Autarkie einschätzt, destomehr wird man nach harmonischen Naturgebieten streben. Ihr Hauptvorteil ist ja das zumeist erreichbare hohe Maß von Autarkie. Vogel nennt sie deshalb „wirtschaftsharmonische Zwecklandschaften." Aber in ihrem Begriff liegt dieses wirtschaftliche Moment nicht notwendig; die vereinigten „tragenden Naturtypen", von denen Kjellén sprach, brauchen nicht durchaus wirtschaftsförderlich zu sein.

Völkische Einheit als Zweck der politischen Grenzziehung tritt heute wenigstens theoretisch sehr hervor. Dabei handelt es sich aber nicht mehr um das Verhältnis der politischen Grenzlinie zu natürlichen Grenzzonen, sondern um den gegenwärtig wichtigsten Einzelfall aus der Problemgruppe, die ihr Verhältnis zu den politischen Körpern und deren Grenzen umfaßt. In diese gehört auch das Verhältnis zu konfessionellen Grenzen und anderen heute im Hintergrund stehenden. Ich kann an dieser Stelle hierüber auf meine Ausführungen im vorigen Jahrgang dieser Zeitschrift[5]) verweisen.

Sehr umfassend sind die Probleme der Morphologie der politischen Grenze. Zunächst ist der Verlauf der Grenzlinie im Grenzsaum und zu ihm zu beachten. In ihm kann sie seine bezeichnenden Eigenschaften, insbesondere seine trennende Kraft, stärker hervorheben oder abschwächen. Läuft sie z. B. auf dem Hauptkamm eines Gebirges oder am Hange, über die schlechtesten oder offensten Durchgänge, teilt sie den Grenzsaum gleichmäßig oder ungleichmäßig auf die Anrainer auf, weist sie dem einen oder anderen die bequemere und sicherere Anstiegsseite zu, zerschneidet sie Siedlungen oder doch deren engere Marktgebiete oder gleicht sie sich den örtlichen Bedürfnissen an u. dgl., so wird sie den Zwecken der Nachbarn in sehr verschiedenem Maße gerecht werden. Sie kann auch am Rande des natürlichen Grenzsaums oder abseits von ihm verlaufen. So bieten sich vielseitige Beziehungen, die für die Bewertung der Grenze nicht belanglos sind.

Noch weniger sind dies die Eigenschaften der Grenzlinie an sich. Ihr Verlauf entscheidet vor allem darüber, ob der rechtliche Zweck der Grenzsetzung, die deutliche Sonderung der Hoheitsgebiete, als mehr oder weniger erreicht gelten kann. Eine deutliche und immer wieder leicht erkennbare Grenze ist vor allem dort vorhanden, wo sie sich an unverrückbare Anhaltspunkte in der Natur — Punkte, Linien, kleine Flächen — die sich gut herausheben, anlehnt, wo sie also naturentlehnt ist. Das gilt auch dort, wo sie keiner natürlichen Grenzzone folgt, also keine Erdräume von bestimmter Eigenart trennt. Naturentlehnte Grenzen sind entweder morphologische, etwa

Gipfel, Kämme, Gräben, Runsen im Gebirg, Rinnen und Bäche, Mulden, Furchen, Hügel und Hügelreihen im Flachland, oder Formationsränder, wie ein Waldrain. Geht die Grenze ohne solche natürlichen Anhalte durchs Land, so kann sie sehr verschieden gezogen sein, sich an astronomische Linien, Mauern, Besitzgrenzen halten oder nicht, auf große Strecken gerade oder vielfach geknickt verlaufen. Je nachdem, namentlich auch je nach der Eigenart ihrer streckenweisen Träger, hat sie verschiedene Eigenschaften, insbesondere auch eine ungleiche Gliederung, und wirkt verschieden auf die abgegrenzten Gebiete. Auch die Art, wie sie ersichtlich gemacht, bezeichnet, versteint, befestigt und sonstwie künstlich geschützt wurde, ist eine Tatsache der Erdoberfläche, die geographisch festzulegen und in ihren politischen Wirkungen zu verfolgen ist.

Weniger als die für manche Gebiete gut durchgearbeitete Morphologie der Grenzlinie ist diejenige des Grenzsaums gepflegt worden. Auch er hat verschiedene Eigenschaften und Gliederungswerte, je nach seinem Träger, seiner Erhebung, seiner Breite, inneren Gliederung u. dgl. m. Insbesondere ist auf die anökumenischen Gebiete im Grenzsaum geachtet worden, zuerst eingehender von Maull in seiner Darstellung der bayerischen Alpengrenze[6]); sehr eigenartig hat kürzlich Paschinger[7]) den Grenzsaum Kärntens behandelt. Anökumenische Gebiete beginnt man endlich, wie früher in Volksdichtkarten, so auch in politischen und Sprachenkarten sorgsam auszuscheiden.

Hervorheben will ich in dieser nicht lückenlosen Zusammenfassung endlich auch die sogenannte Grenzgliederung. Die mannigfachen Vorteile, die ein einfacher Grenzverlauf an sich hat, wie die Nachteile eines vielgewundenen oder gezackten bis zur Auflockerung in Enklaven oder Exklaven bedürfen keiner Hervorhebung. Sie werden selbstverständlich oft durch die Wirkungen der Lageverhältnisse, etwa der Anlehnung an eine natürliche Grenzzone aufgewogen. Ich halte für den zweckmäßigsten Ausdruck der Grenzgliederung die von mir in der Penck-Festschrift zuerst aufgestellte „Grenzverlängerung". Für den Gesamtumfang eines politischen Gebiets bezeichnet sie die Differenz zwischen der Grenzlinie und dem Umfang des flächengleichen Kreises, die man auch in Prozent des letzteren ausdrücken kann. Für einzelne Grenzstrecken ist sie die Differenz der Grenzlinie gegen die Luftlinie zwischen den Endpunkten. Ihr Wert liegt besonders darin, daß sie sich teilen läßt. Man kann die Verlängerung der Grenze durch einzelne Vor- oder Einsprünge herausheben. Man kann die Grenzverlängerung durch die Biegungen des Saumes (also seiner Symmetrale) von jener durch die dazukommenden Windungen der Grenzlinie sondern. Man kann die Grenzverlängerung durch verschieden große Glieder unterscheiden. Man kann ermitteln, welche Verlängerungen der Linie innerhalb eines Saums durch ihre wechselnden Träger, welche Verlängerungen

es Saums durch die verschiedene Beschaffenheit seiner Teilstrecken bedingt erden und somit vielerlei Vergleiche anstellen, die auch das Wesen der renze erhellen. Man kann ermitteln, welche Verlängerungen in Saum und inie und im ganzen einzelne Kriege und Verträge bewirkten, wenn die Endunkte der betreffenden Strecke unverändert blieben usw. Neben der Grenzerlängerung ist auch das Verhältnis der Grenzlinie zum Areal des Gebiets ei entsprechender Vorsicht der Auswertung ein lehrreicher Wert.

So bietet die raumwissenschaftliche Behandlung der Grenzen vielerlei Aufchluß für die politische Geographie und für die Geopolitik und verdient nicht ie Geringzschätzung, auf die sie vielfach, namentlich bei Politikern stößt.

Anmerkungen

So habe ich mich in einem Vortrag auf dem Deutschen Geographentag zu Breslau 1925 ausgedrückt, der in diesen Verhandlungen erscheinen soll.

Literatur bei Sieger, Die neuen Grenzen in den Alpen, Zeitschr. d. D. u. Ö. Alpenvereins 1923.

Von der umfassenden terminologischen Literatur seien nur erwähnt: Penck, Die österreichische Alpengrenze, Stuttgart 1916; Penck, Über politische Grenzen, Rektorsrede, Berlin 1917; Vogel, Politische Geographie; Sölch, Die Auffassung der natürlichen Grenzen in der wissenschaftlichen Geographie, Innsbruck 1924; Sidaritsch, Pet. Mitt. 1923, 256 ff.; Sieger, Zeitschr. Ges. f. Erdk., Berlin 1917 und 1918; Pet. Mitt. 1923, 252 ff., 1925, 57 ff., nun auch Maull, Politische Geographie.

4) Scharfetter in der Festschrift „Zur Geographie der deutschen Alpen", Wien 1924, 54 ff.

5) I 101 f., 202 (wichtige Druckfehlerberichtigung).

6) Maull, Die bayerische Alpengrenze, Diss. Marburg 1910, und Pet. Mitt. 1910 II, Seite 294 ff. u. Tafel 47.

7) Paschinger, Die Kärntner Grenze in Diagrammen, Kartographische Zeitschrift 1922, 72 f.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ HAMBURG

Produktion und Verteilung der Edelmetalle in der Welt

1. Die Goldproduktion der Welt[1])

in Unzen zu je 31,10 gr

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Südafrikanische Union	9 597 634	9 149 073	7 009 858	8 128 722	8 158 455	8 798 700
Vereinigte Staaten	2 511 243	2 502 632	2 363 075	2 422 006	2 476 166	4 299 800
Kanada	1 516 360	1 233 341	1 263 364	926 329	765 007	803 000
Mexiko	792 401	776 808	748 291	684 634	735 078	829 800
Australien	699 910	724 396	767 614	767 571	971 403	2 225 700
Rhodesia	629 000	649 082	655 296	586 908	553 067	690 500
Brit. Indien	433 750	422 307	438 015	432 723	499 068	589 100
Rußland und Sibirien	350 000[2])	250 673	146 700	43 177	57 225	1 282 300
Kolumbien	.	275 738	275 737	290 250	280 575	143 800
Japan	250 000[2])	255 460	241 993	237 106	248 181	174 800
Brit. Westafrika	200 500[2])	200 565	213 395	203 606	230 948	384 900
Neu-Seeland	133 000	155 000	144 117	135 720	124 375	343 600
Brasilien	.	144 675	146 668	134 482	125 775	109 100
Peru	.	120 372	81 436	77 385	62 757	23 800
Korea	122 000[2])	121 433	127 892	130 893	76 000	173 300
China	100 000[2])	100 000	100 000	100 000	125 000	177 000
Niederl. Indien	100 000[2])	110 885	104 295	94 168	90 920	163 900
Belgisch Kongo	91 300[2])	91 306	68 351	65 715	96 804	44 300
Chile	.	64 397	79 828	45 139	43 538	8 500
Französ. Guiana	.	44 624	48 772	48 375	43 538	—
Ecuador	.	42 000[2])	42 456	36 259	36 281	19 700
Rumänien	42 290	48 225	42 984	41 409	.	—
Brit. Malaienstaaten	29 000[2])	29 025	29 025	24 188	29 025	65 400
Formosa	22 000[2])	21 958[2])	21 958	28 455	13 500	39 400
Venezuela	.	17 361[2])	17 361	30 253	18 839	21 500
Frankreich	.	16 943	16 493	8 906	900	102 900
Madagaskar	16 000[2])	16 139	18 582	14 660	16 686	60 800
Niederl. Guiana	.	12 731	11 992	11 285	12 506	—
Brit. Guiana	.	6 173	10 876	12 828	9 675	—
Tschechoslowakei	.	4 822	8 294	11 413	87 61	.
Österreich	.	739	546	161	—	105 400

2. Die Goldproduktion nach Erdteilen[1])

in Unzen

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
uropa	410 000[2])	331 531	224 761	113 297	76 034	1 515 800
ordamerika	4 820 004	4 512 781	4 374 730	4 032 969	3 976 351	5 932 500
Iittelamerika	100 000[2])	96 750	120 937	120 937	145 125	131 700
üdamerika	750 000[2])	733 142	719 500	690 513	638 584	563 700
sien	1 076 750	1 077 847	1 084 102	1 078 170	1 111 060	1 407 500
frika	10 584 434	10 155 025	8 009 069	9 044 595	9 082 865	10 024 800
ustralien und Ozeanien	832 910	879 396	911 731	903 291	1 095 778	2 569 300
Veltproduktion	18 574 098	17 786 472	15 444 830	15 983 772	16 128 698	22 145 300
dito in kg	577 654,4	553 159,2	480 334,2	497 095,3	501 509,1	688 797
„ in Mill. $	383,9	365,2	319,6	330,2	336,9	457,8

3. Die Silberproduktion der Welt[1])

in Unzen zu je 31,10 gr

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Iexiko	91 437 944	90 810 855	81 076 899	64 465 347	66 516 354	55 486 400
Vereinigte Staaten	64 221 655	66 163 338	56 240 048	53 052 441	55 361 573	66 801 500
Kanada	20 243 846	18 601 744	18 626 439	13 543 198	13 330 357	31 524 700
Peru	18 800 000	18 654 362	13 169 765	9 853 910	9 196 282	9 617 100
ustralien	10 422 000	13 291 210	11 108 734	4 908 680	1 710 854	16 081 900
Bolivien und Chile	9 000 000	8 550 317	8 082 700	5 000 000	4 828 086	3 932 600
ndien	5 800 000	4 863 066	4 244 304	3 587 587	2 906 397	125 200
Deutschland (einschließlich Oberschlesien)	.	3 667 447	3 615 525	3 387 420	3 305 020	6 182 400
apan	3 534 943	3 554 750	3 886 301	4 185 504	4 889 540	4 700 400
Spanien und Portugal		2 842 060	2 778 210	2 679 349	2 956 546	4 237 200
Niederl. Indien	1 500 000[2])	1 408 973	1 109 657	1 021 994	1 027 956	466 000
Südafrikanische Union	1 399 526	1 373 930	1 115 676	830 329	892 593	952 900
Tschecho-Slowakai	.	900 200	875 187	703 056	680 069	—
Neuseeland	578 090	514 655	376 000	454 000	454 000	
talien	.	306 582	215 405	219 392	297 452	423 900
Norwegen	.	297 934	205 760	202 115	323 172	300 600
Frankreich	.	213 025	347 220	392 873	321 500	1 005 300
Rußland	.	192 900	150 000	40 000	50 000	.
Rhodesia	166 675	161 492	179 399	161 383	164 865	121 500
Algier	.	.	.	.	150 000	.
China	100 000[2])	100 000	1 00 000	40 000	50 000	.
Ecuador	75 000[2])	75 000	75 000	75 000	35 000	.

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Rumänien	.	64 300	62 821	94 450	.	.
Korea	40 000[2])	39 281	10 835	2 958	1 200	15 000
Groß-Britannien	33 700	34 625	29 885	12 229	76 344	128 000
Argentinien	30 000[2])	30 000	25 000	25 000	30 000	35 300
Brasilien	30 000	26 613	25 700	33 000	30 000	28 400
Serbien	.	24 526	26 813	15 946	15 000	28 800
Schweden	.	15 046	9 645	13 342	22 569	33 300
Österreich	.	14 178	8 583	15 000	13 985	2 104 100
Belgisch-Kongo	9 000[2])	8 745	6 559	5 819	10 674	1 500
Türkei	.	8 037	8 073	100 000	100 000	1 509 100
Columbien	3 000[2])	3 150	3 150	500 000	480 000	587 700

4. Die Silberproduktion nach Erdteilen[1])

in Unzen

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Europa	10 000 000[2])	8 780 896	8 517 214	8 070 072	8 382 592	16 757 100
Nordamerika	175 903 445	175 575 937	155 943 386	131 060 986	135 208 284	153 812 600
Mittelamerika	3 500 000	3 000 000	2 500 000	2 000 000	2 700 000	2 135 600
Südamerika	27 952 000	27 354 642	21 398 185	15 500 610	14 611 368	14 274 800
Asien	10 999 943	9 989 507	9 374 987	8 868 005	8 900 272	5 358 400
Afrika	1 580 301	1 545 167	1 314 996	1 010 893	1 233 248	1 075 900
Australien und Ozeanien	11 000 000	13 805 865	11 484 734	5 362 680	2 164 854	17 057 500
Weltproduktion	240 935 689	240 052 014	210 533 502	171 873 246	173 200 618	210 472 000
dito in kg	7 493 099	7 465 617	6 547 591	5 345 257	5 386 539	6 546 000

5. Die Silberprägung der Welt[3])

	Münzeinheit	1923		1922	
		Wert in Münzeinheiten	Silberverbrauch in Unzen	Wert in Münzeinheiten	Silberverbrauch in Unzen
China	Dollar	127 850 796	96 861 585	148 255 131	100 928 641
Vereinigte Staaten	"	66 283 000	50 781 282	84 325 031	65 217 584
Mexiko	Peso	35 280 000	13 611 024	12 970 595	33 620 000
Großbritannien	Pfund	6 331 618	11 512 040	6 318 281	11 487 790
Schweiz	Franken	50 000 000	7 233 792	1 600 000	214 762
Indien	Rupie	7 770 500	2 464 859	5 336 281	1 834 347
Frz. Indochina	Piaster	3 539 000	2 089 440	11 970 811	8 702 718

	Münz-einheit	1923 Wert in Münz-einheiten	1923 Silber-verbrauch in Unzen	1922 Wert in Münz-einheiten	1922 Silber-verbrauch in Unzen
Niederlande	Gulden	8 050 000	1 863 414	15 170 000	3 511 551
Danzig	Gulden	10 000 000	1 205 625	—	—
Peru	Pfund	236 900	952 042	23 201	93 241
Südafrik. Union	»	265 422	772 172	—	—
Lettland	Lat	5 000 000	671 146	—	—
Costa Rica	Colon	696 923	403 268	—	—
Ägypten	Pfund	100 000	375 092	—	—
Österreich	Krone	495 900	372 895	27 400	20 596
Siam	Tical	954 000	299 043	—	—
Columbien	Peso	379 735	274 695	2 099 000	1 518 364
Kenya	Schilling	4 370 000	198 637	41 846 549	3 923 114
Schweden	Krone	746 277	143 956	403 642	77 862
Dänemark	»	406 714	78 455	—	—
Ceylon	Rupie	351 000	72 394	500 000	103 125
Japan	Yen	—	—	38 160 000	11 925 667
Persien	Kran	—	—	12 883 101	1 715 868
Australien	Pfund	—	—	396 400	1 333 346
Ital. Somaliland	Rupie	—	—	2 000 000	687 500
Venezuela	Bolivar	—	—	3 200 000	429 524
Chile	Peso	—	—	2 717 716	393 185
Brasilien	Milreis	—	—	719 140	83 233
Abessinien	Dollar	—	—	49 438	37 261
Tunis	Franc	1 811	153	1 811	243
Brit. Guiana	Pfund	200	673	—	—
Gesamtprägung			192 237 682		227 210 117
Silberverbrauch zu Prägungszwecken in % der Silberproduktion des betreffenden Jahres			80,1 %		108 %

6. Die Verteilung des Weltgoldschatzes[4])

Die Goldreserven der Zentralnotenbanken einzelner Länder umgerechnet in Millionen Dollar

	1924	1919	1913
Vereinigte Staaten	4 547,4	2 787,7	1 924,3
Großbritannien	757,0	583,2	170,2
Frankreich	710,4	694,8	678,8
Japan[8])	585,7	349,9	64,9
Spanien	489,3	472,0	92,5
Argentinien[7])	435,8	299,1	224,9
Italien[5])	218,3	203,4	288,1
Niederlande	202,8	256,2	60,9
Kanada[6])	192,5	192,2	142,5
Deutschland	180,9	259,5	278,6
Australien	121,2	116,7	21,8
Indien	108,6	96,2	72,7
Schweiz	97,6	99,7	32,8
Rußland	73,0	?	786,8
Schweden	63,5	75,3	27,3
Dänemark	56,1	60,8	19,6
Brasilien	53,7	15,5	53,2
Belgien	52,5	51,4	59,1
Norwegen	39,4	39,5	12,8
Tschechoslowakei	31,7	4,0	—
Rumänien	26,0	0,2	29,2
Polen	19,9	1,6	—
Ägypten	16,5	16,3	10,4
Finnland	8,3	8,3	6,9
Bulgarien	7,7	7,1	10,6
Österreich	1,5	45,1	251,4

7. Die Platinproduktion der Welt in Unzen

	1924	1923	1922	1921	1913	1912
Rußland	40 000	38 000	22 000	6 500	250 000	300 000
Kolumbien	45 000	42 000	40 000	32 000	15 000	12 000
Australien	.	.	.	2 000	1 704	1 389
Vereinigte Staaten	.	609	1 008	977	483	721
Kanada	.	1 217	469	292	50	30
Japan	.	.	.	231	.	.
Brit. Indien	—	—	—	—	58	57
Niederl. Indien	.	.	.	.	183	200
Weltproduktion	88 000[2])	84 000[2])	65 000[2])	42 000	267 478	314 397
dito in kg	2 736	2 612	2 022	1 306	8 320	9 779

Anmerkungen

1) Zusammengestellt nach „Year Book of the American Bureau of Metal Statistics“, „Bulletin mensuel de l'Institut Internationale de Statistique“, „Der Edelmetallhandel im Jahre 1923“ von Jacob & Scheidt A. G. Berlin und „Annual Bullion Letter“ von Samuel Montagu & Co., London.

2) Geschätzt auf Grund der Vorjahrsproduktion und den Nachrichten über Veränderung der Produktionsverhältnisse.

3) Zusammengestellt nach dem amtl. Bericht des U. S. Direktor of the Mint. Der Weltsilberverbrauch zu Prägungszwecken schwankte in den letzten 10 Jahren zwischen 155 und 298 Mill. Unzen.

4) Zusammengestellt nach Annual Bullion Letter, Bulletin mensuel de statistique, The Economist, Federal Reserve Bulletin.

5) Einschließlich nationaler Reserve.

6) Minister of finance and chartered banks.

7) Regierungskonversionsfond.

8) Einschließlich Regierungsreserve.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Der 1. Oktober 1925 könnte ein Festtag für Kontinentaleuropa sein, denn an diesem Tage wird der Damm des Rove-Tunnels gesprengt und damit die direkte Verbindung von Marseille nach den Welthäfen an der Nordsee hergestellt. Die Schiffe laufen von Marseille durch den 8 km langen unterirdischen Rove-Kanal in den Etang de Berre und setzen von hier aus ihren Weg in dem alten, jetzt erweiterten Kanal von Martigues bzw. Port de Bouc nach Arles an der Rhône fort. Das unstete, für die Schiffahrt so ungünstige Rhône-Delta ist damit endgültig überwunden, die abseits der Mündung gelegene Metropole des westlichen Mittelmeeres, Marseille, durch Rhône—Doubs—Rhein mit der Nordsee verbunden. Was die Natur vorgezeichnet, ist dank menschlicher Arbeit jetzt zur Tat geworden: Europa verfügt nunmehr über eine brauchbare meridionale Wasserstraße, die den gesamten Kontinent durchquert. — Mit seiner Höhe von 14½ m ist der unterirdische Kanal von Rove der größte (nicht der längste) Tunnel der Welt. Während beim Gotthard-Tunnel 1 Million Kubikmeter Erdreich fortgeschafft werden mußten, beim Simplon 1,6 Millionen Kubikmeter, machte der Rove-Tunnel eine Erdbewegung von 2,3 Millionen Kubikmeter nötig.

In anderen Kontinenten würden alle Teilgebiete des Großraumes die Vollendung eines solchen Werkes feiern in der Gewißheit, daß der Verkehr des Gesamtgebietes dadurch erheblich befruchtet wird. In dem unglückseligen Europa ist davon keine Rede. Für absehbare Zeit wird Marseille nicht die mediterrane Ausfallspforte des mitteleuropäischen Handelsverkehrs werden, weil Neid und Haß die Völker mehr denn je trennt und die Staatsgrenzen jetzt erst recht zu zyklopenhaften Zollmauern ausgestaltet werden.

Bei dem völligen Fehlen eines Gemeinschaftsgeistes, der allseitigen bewußten Betonung nationalegoistischer Ziele versteht es sich von selbst, daß der Kampf um die „Vereinigten Staaten von Europa“ ein verzweifelt harter sein wird und in dieser Generation schwerlich mehr entschieden werden kann. Die Not ist immer noch nicht groß genug, um der Masse der Völker und ihren augenblicklichen Machthabern die Augen zu öffnen. Gerade die Nation, die den Rove-Kanal schuf, beraubt diesen durch engstirnigen Chauvinismus seiner eigentlichen paneuropäischen Bedeutung, indem sie auch unter Painlevé-Briand kein anderes Ziel verfolgt, als Deutschland niederzuhalten und nach der Herrschaft über ganz Europa zu streben. Jämmerliche Angst selbst vor dem völlig entwaffneten Deutschland führte der stärksten Militärmacht der Welt die Hand, als es galt, der deutschen Luftschiffahrt neue, unerträgliche Sklavenketten anzulegen. Wirtschaftliche Mißgunst führte zu der Einfuhrsperre für deutsche Kohle. Völkischer Haß und schlechtes Gewissen bewirkten die Entfernung der deutschen Sprache im Religionsunterricht der evangelischen Volksschulen des Elsaß. Die Verhandlungen über den Sicherheitspakt kommen auf den toten Punkt, nicht zum wenigsten, weil Frankreich auf eigene Sanktionen, auf Durchmarschrecht usw. nicht verzichten will und den Pakt, wie vorauszusehen, lediglich als ein Mittel betrachtet, die Torheiten von Versailles zu vermehren und zu verewigen. Was besagt es gegenüber allen diesen Tatsachen, daß Frankreich seinem Versprechen gemäß und lediglich im Interesse seines internationalen Prestiges endlich das

Sanktionsgebiet“ geräumt hat? Wir sind ge-
viß in Punkto Worthalten seitens der Entente
icht verwöhnt; aber wir haben wirklich keinen
Grund, der Grande Nation für Liquidierung
hres unerhörten, mittelalterlich anmutenden
läuberunternehmens etwa noch dankbar zu sein.

Indem wir das scharf betonen, erklären wir
ugleich, daß wir frei von jeglichem Haß gegen
as französische Volk sind und jederzeit für
ine deutsche Belange wahrende Verständigungs-
olitik eintreten. Schmerz erfüllt uns, wenn
vir sehen, daß die beiden großen festländischen
Mächte den Weg zueinander nicht finden
önnen, obwohl sie politisch, wirtschaftlich und
ulturell das gegebene Mittelstück für die „Ver-
inigten Staaten von Europa“ darstellen. Mit
Gefühlen aber treibt man keine Politik. Die
leutschen Belange erheischen nachgerade, daß
vir, selbstverständlich ohne mit dem zerbroche-
ien Säbel zu rasseln, klar und bündig erklären:
Wenn die Westmächte unser berech-
igtes Verlangen nach Freiheit und
Gleichberechtigung immer und immer
vieder unerfüllt lassen, wenn sie uns
iach wie vor zu der Rolle einer Sklaven-
iation degradieren wollen, dann
nachen wir eben einen Strich unter
lie gesamte, auf den Westen hoffende
Politik, unter Völkerbunds- und Pakt-
olitik und versuchen, durch innige
Zusammenarbeit mit dem Osten unsere
Zukunft zu sichern. Niemand weiß besser als
ch, daß dieser Weg auch recht dornenvoll sein
vird. Der Fluch unserer geopolitischen Mittel-
age aber ist es, daß wir alles daran setzen
nüssen, um nicht zwischen Ost und West zer-
ieben zu werden. Wir können und wollen
icht dem Westen solange nachlaufen, bis
chließlich der Osten erklärt, nun habe er für
ns kein Interesse mehr. Vergessen wir in
inserer Politik niemals, daß mindestens in
virtschaftlicher Beziehung unsere Zukunft im
Osten, nicht im Westen liegt! Überhören wir
uch nicht die Warnung, die für uns in dem
Telegramm des gewiß nicht prodeutschen
General Smuths liegt: „Der Pakt läuft genau
wie das Genfer Protokoll darauf hinaus, die
Versailler „Neuordnung“ Europas zu verewigen
und die friedliche Reform unerträglicher Be-
stimmungen unmöglich zu machen.“

Einer östlichen Orientierung Deutschlands
stehen, wir sprachen es schon oben aus, gewiß
nicht geringe Hindernisse im Weg. Wir er-
wähnen als erstes die leidige Zerrissenheit
des deutschen Volkes und den empörenden
Tiefstand der persönlichen und sozialen Ethik.
Man kann zu der Frage des Hochschutzzolles
stehen wie man will; die Art und Weise, wie
die Gesetze zustande kamen und die Szenen,
die sich hierbei im Reichstage abspielten, blei-
ben in jedem Falle tief beschämend. Wie soll
das Ausland Vertrauen zu uns haben, wie soll
ein deutscher Staatsmann eine zukunftsbeständige
Außenpolitik einschlagen, wenn im Innern jeder
gegen jeden kämpft, wenn die verschiedenen
Gruppen des Volkes sich nicht nur wegen der
Staatsform, sondern sogar wegen der Reichs-
farben im wahrsten Sinne des Wortes den Krieg
bis aufs Messer erklären, wenn der Arbeiter im
Studenten, der Student im Arbeiter seinen Tod-
feind sieht, wenn veraltete Dogmen erstarrter Par-
teien über die Belange des Vaterlandes gestellt
werden und politischer Mord in den Augen vieler
Deutschen keineswegs als verabscheuungswürdig
gilt? Wir wünschten dringend, daß sich der
Reichsinnenminister als verantwortlicher Hüter
einer nach allen Seiten gleich strengen Ord-
nung energischer betätigte als bisher. — Im
Interesse einer inneren Einheit bleibt weiter zu
wünschen, daß die Unterschiede in der Lebens-
haltung der einzelnen Volksschichten auf ein
geringeres Maß zurückgeführt werden und dem
Luxus auf der ganzen Linie der Kampf erklärt
wird. Wir sind ein armes Volk geworden,
können aber eine Nation nur bleiben, wenn
alle gleichermaßen diese Volksnot tragen.
Außenpolitik und Innenpolitik sind viel enger
miteinander verbunden, als es die deutschen

Staatslenker anscheinend wahrhaben wollen. Gerechtigkeit, Bescheidenheit, Anstand und Menschlichkeit im Innern tun not, wenn wir mit sittlichem Recht dasselbe für uns vom Ausland verlangen wollen.

Das zweite Hindernis einer Ostorientierung erblicken wir in der Tatsache, daß die mitteldeutsche Braunkohle ihre volle Anziehungskraft noch nicht ausgeübt hat und der industrielle Schwerpunkt des deutschen Wirtschaftslebens einstweilen noch immer im Westen liegt. Dadurch ergeben sich mannigfache Bindungen zwischen Westdeutschland, Lothringen, Luxemburg, Frankreich und Belgien, die ohne schwere Störung des gesamten deutschen Wirtschaftsorganismus nicht zerrissen werden dürfen. Aufgabe der deutschen Staatslenker wird es infolgedessen sein, auch im Falle einer Ostorientierung mit den westlichen Nachbarn zu ähnlichen Vereinbarungen zu gelangen, wie sie in dem glücklich am 11. Juli unterzeichneten deutsch-französischen Abkommen über die Saar enthalten sind. Daß dies möglich ist, kann bei dem in der Tat vorliegenden gegenseitigen Interesse kaum bezweifelt werden. Überdies läßt sich im Augenblick gar nicht absehen, welch einschneidende Veränderungen der Wirtschaftsstruktur die neuen chemischen Entdeckungen einer Umwandlung von Kohle in Öl zeitigen werden.

Ein Zusammengehen mit der führenden Macht Osteuropas wird weiterhin durch die Tatsache erschwert, daß Deutschland und Rußland nicht mehr unmittelbar aneinander grenzen, sondern durch einen Gürtel mehr oder minder ententefreundlicher Pufferstaaten getrennt sind. Dieser unzweifelhafte Nachteil spielt im Zeitalter des Luftverkehrs gewiß nicht mehr die Rolle wie ehedem und ließe sich durch Ausgestaltung des Ostsee-Verkehrs bis zu einem gewissen Grade wett machen; in jedem Falle aber ist hier ein Minus nicht zu übersehen. Indessen die Sache hat auch ihre guten Seiten. Bei der Verschiedenartigkeit der Kultur, der sozialpolitischen Einstellung usw. der beiden Partner, ist es mindestens für den Anfang nicht schädlich, wenn das Zusammengehen nicht ganz zu stürmisch erfolgt und eine Überflutung Deutschlands durch russische Emissäre infolge der Pufferstaaten etwas gehemmt wird. Im übrigen besteht wohl Einigkeit hierüber: auf die Dauer sind die Pufferstaaten in ihrer jetzigen Form nicht lebensfähig. Sie haben nur die Wahl, entweder in eine zwischeneuropäische bzw. paneuropäische Union mit kulturautonomen, völkischen Gliedstaaten aufzugehen oder zwischen Rußland und Deutschland zerrieben zu werden. — Diese Warnung richten wir erneut und vor allem an Polen und Litauen. Gewiß ist es schwer zu tadeln, daß unsere Reichsregierung nichts getan hat, um die schändliche Wiener Konvention vom 30. August 1924 über die Regelung der Optanten abzuändern oder außer Kraft zu setzen; sicherlich verdient unsere Reichsregierung weiterhin schwere Vorwürfe, daß sie von Menschlichkeit und polnischer Nächstenliebe geträumt hat, statt die denkbar beste Aufnahme der deutschen Optanten rechtzeitig und genügend vorzubereiten. Aber die Verantwortung dafür, daß überhaupt in unserer Zeit Tausende und Abertausende von Menschen lediglich um ihres völkischen Bekenntnisses willen von Haus und Hof vertrieben wurden, trägt trotz allem allein Polen, dieser buntscheckige Nationalitätenstaat, dessen wirtschaftlicher und sozialer Verfall durch die Annahme des minderheitenfeindlichen Agrargesetzes, durch das Einfuhrverbot nun auch für österreichische Waren u. a. m. nicht aufgehalten, sondern umgekehrt beschleunigt werden wird. — Mit Litauen droht uns die im Memelland betriebene Politik früher oder später in schwere Konflikte zu bringen. Das Verbot der Einreise deutscher Richter, die Verfügung, daß man sich eher mit einheimischen Rechtshilfen zu begnügen habe, auch wenn diese nicht akademisch geschult sind (!), die Vergewaltigung der Deutschen hin-

sichtlich der Stationsbezeichnungen, des Telefon-Adreßbuches usw., all diese sture und vertragswidrige Litauisierung stellt eine Tyrannei dar, die wir im Augenblick zwar hinnehmen müssen, die uns aber im Hinblick auf die Zukunft gewiß nicht für Litauen einnehmen kann. Selbstbestimmung für alle Völker, sofern — es nicht Deutsche sind! Wo bleibt der ehrenwerte Völkerbund?

Das letzte Hindernis endlich, daß ein Zusammengehen Deutschlands mit Rußland erschwert, ist in der politischen Ideologie und politischen Praxis der Sowjet-Union begründet. So wie die Dinge jetzt liegen, sind die Partner gar zu verschieden, um sich ehrlich die Hand reichen zu können. Gewiß, von dem einstigen Radikal-Kommunismus bröckelt ständig mehr ab: die Staatsbetriebe werden nach streng privatwirtschaftlichen Grundsätzen organisiert, Privathandel ist wieder in größerem Umfange zugelassen, das Konzessionsgeschäft blüht, sogar die kapitalistischste aller kapitalistischen Unsitten, die Lotterie, ist im Sowjetreich wieder eingeführt. Aber dennoch! In Deutschland bewegen sich die geriebensten Kaufleute der Sowjets im Schutze der Exterritorialität frei und ungehindert, kaufen und verkaufen nach Herzenslust, während der deutsche Kaufmann nur in seltenen Ausnahmefällen überhaupt die Einreiseerlaubnis nach Rußland erhält und, wenn ihm das wirklich geglückt ist, in Rußland alles andere denn frei ist, ja jeden Augenblick fürchten muß, wegen „Wirtschaftsspionage" festgesetzt zu werden. Soll das hochindustrielle Deutschland im Herzen Europas mit der überwiegend agrarischen Sowjet-Union im Osten zusammenarbeiten, so muß gerade bezüglich des Handels in irgend einer Form Gleichberechtigung geschaffen werden. — Des weiteren müssen sich die russische Regierung und der Komintern darüber klar sein, daß ein Zusammengehen niemals eine Sowjetisierung Deutschlands bedeuten dar und bedeuten wird. Eines schickt sich nicht für alle! Rußland soll Rußland bleiben und seinen Idealen nachgehen. Wir aber sind wir und richten uns unser Haus nach den Idealen unserer Kultur, gemäß den Gesetzen unseres Lebensraumes und unserer Geschichte ein. — Ich zweifle im Ernst nicht daran, daß Rußland auf derartige Bedingungen eingehen und sie (vergl. Japan) im Großen und Ganzen loyal erfüllen würde. Alles Spielen der Sowjets mit dem Gedanken der Autarkie und der freiwilligen splendid isolation täuscht uns nicht darüber hinweg, daß Sowjet-Rußland ohne innige Zusammenarbeit wenigstens mit einem Teil des industriellen Westens auf die Dauer nicht auskommen kann. Wer aber steht dann dem russischen Staate näher als Deutschland? Von allen Völkern versteht das deutsche die russische Seele am besten; durch lange Jahrhunderte waren die beiden Nationen aufrichtige Freunde; in ihrer Wirtschaftsstruktur ergänzen sich beide Staaten in der glücklichsten Weise, und beide können sich mit dem ehrlichen Wunsch begegnen, sich gegenseitig Freiheit und Gleichberechtigung zu garantieren. Folgen wir drum dem Beispiel Japans, suchen wir durch freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem Osten das zu erreichen, was uns der Westen nicht gewähren will: Freiheit, Arbeit und Fortschritt. Ein solcher Zusammenschluß von Deutschland und Rußland wird sich selbstverständlich frei von jeder Spitze gegen den Westen zu halten haben. Wir wollen den westeuropäischen Staaten nur solange den Rücken kehren, wie ihre Völker willig das Joch des Chauvinismus und europäischen Partikularismus tragen. In dem Maße, wie sie zur Vernunft kommen und bei aller Liebe zur Heimat europäisch denken lernen, sollen sie uns willkommen sein als neue nationale Zellen des übernationalen Großorganismus Europa.

Wenn wir unser Berichtsgebiet weiterhin überblicken, um geopolitisch bedeutsame Ereignisse zu suchen, so stellen wir die Aufhebung des Paßzwanges im Verkehr zwischen dem Deutschen

Reich und seiner im Augenblick zwangsweise ferngehaltenen Südostmark voran. Heil Dir, österreichisches Bruderland! Längst zwar hätte der Paßzwang fallen sollen; aber freuen wir uns heute, daß wir nun endlich wieder einen Schritt nähergekommen sind. Wir wollen auf beiden Seiten nicht locker lassen, bis schließlich der Erfolg unser ist. Und wenn die Welt voll Teufel wär', das Recht muß uns doch bleiben! Wir wollen den Staat aller Deutschen, den großdeutschen Volksstaat.

So sehr wir uns von jeher bemüht haben und weiterhin bemühen werden, Parteipolitik und konfessionellen Hader von dieser Zeitschrift fernzuhalten, so notwendig ist es leider, heute einmal auf die deutsche Belange seltsam vernachlässigende Politik der Kurie einzugehen. Der Papst muß wissen, mit welch fanatischem und unchristlichem Haß die Polen das Deutschtum verfolgen. Um so befremdlicher wirkt es, daß er dem Schlußsatz von Artikel 3 des polnischen Konkordats zugestimmt hat: „Die Machtbefugnisse des apostolischen Nuntius in Polen werden sich auch auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig erstrecken". In einer großen Katholikenversammlung in Danzig ist deshalb mit Recht beschlossen worden, unverzüglich eine Eingabe an den Papst zu richten und ihn zu bitten, das Gebiet der Freien Stadt zu einem eigenen Bistum zu erheben und „dieses Bistum jetzt und in Zukunft mit einem Priester als Oberhirten zu besetzen, welcher der nationalen Eigenheit der katholischen Mehrheit in jeder Weise und zu jeder Zeit Rechnung trägt".

Die Kurie sollte doch allmählich einsehen, daß sie im eigenen Interesse in der Behandlung völkisch-nationaler Belange etwas vorsichtiger als bisher sein muß. Am 6. Juli, dem Tage, an dem vor 510 Jahren Magister Huß in Konstanz als Ketzer verbrannt wurde, ist auf den tschechischen Regierungsgebäuden, aber auch auf vielen katholischen Kirchen der Tschechei die Hussitenflagge aufgezogen worden. Der Papst verfügte daraufhin die Abreise des Nuntius aus der Tschechoslowakei, und die Prager Regierung berief ihren Gesandten aus Rom zurück. Erfolg: Die tschechischen Nationalsozialisten peitschten das Volk gegen Rom auf und agitierten derartig zum Eintritt in die tschechoslowakische Nationalkirche, daß diese in den letzten Wochen einen Zuzug von mehreren Zehntausenden aufzuweisen hatte. — Der ungemein geschickte Präsident Masaryk wird zweifellos auch hier wieder einen Ausweg finden. Aber der Probleme gibt es in diesem Musterstaat völkischer Selbstbestimmung immer mehr. Ob man den Widerstand der völkischen Minderheiten mit der neuen, die Rechte der Minoritäten noch mehr knebelnden Wahlordnung endgültig wird brechen können? Ob man Deutschland wirklich dahin bringt, den durch das Versailler Diktat erzwungenen tschechischen Freihafenzonen in Hamburg und Stettin staatliche Souveränitätsrechte zuzuerkennen?

Im skandinavischen Norden herrscht, nachdem man von der Sorge um das Schicksal Amundsens glücklich befreit ist, wieder behagliche Ruhe. Am 14. August wurde in Longyearcity in der Advent Bai die Einverleibung Spitzbergens und der Bäreninsel in das Königreich Norwegen feierlich proklamiert. Spitzbergen trägt von nun ab den alten norwegischen Namen Svalbard.

In England verdunkeln schwere Wolken noch immer den politischen Horizont. Das über die ganze Welt verteilte Reich zusammenzuhalten, begegnet stetig größeren Schwierigkeiten, vor allem weil die Dominions und Indien ganz und gar nicht mehr gewillt sind, nach der Londoner Pfeife zu tanzen (Einspruch gegen das Genfer Protokoll, Widerstand gegen den Pakt usw.). Überdies verschlingt die maritime Rüstung derartige Riesensummen, daß selbst die Konservativen sich dazu entschließen mußten, die Flottenbaupläne der Admiralität

etwas zu beschneiden (sieben Ersatzkreuzer für die nächsten zwei Jahre). Die enormen Kosten der Empire-Politik wären schließlich noch zu ertragen, wenn nicht die Wirtschaft und namentlich der Kohlenbergbau so arg daniederliegen würden. Fast schien es, als sei die große Aussperrung der Bergarbeiter und infolgedessen der Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter nicht mehr zu vermeiden, da griff die Regierung mit einer Subvention ein. Man will Zeit gewinnen, den Betrieb und die Organisation verbessern usw. Ob dem Übel damit auf die Dauer zu steuern sein wird? Wie heißt es doch in der Denkschrift des Essener Zechenverbandes an die Reichsregierung: „Der Weltkohlenmarkt befindet sich in einer Dauerkrise, deren Ende nicht abzusehen ist. In fast allen Kohlenländern ist die Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaues außerordentlich gewachsen, während gleichzeitig die Aufnahmefähigkeit für Kohle zurückgegangen ist, und zwar nicht nur vorübergehend infolge des allgemeinen Daniederliegens der Industrie in allen Ländern, sondern auch dauernd, infolge der zunehmenden Verwendung von Öl für Schiffs- und andere Zwecke und wegen der allgemeinen sorgfältigeren Ausnutzung aller Kraftquellen, wobei nicht nur an die Nutzbarmachung der Wasserkräfte und die fortschreitende Elektrifizierung, sondern auch an die kohlensparende Brennstoffwirtschaft gedacht ist.“ In der Tat, wie die gesamte Industrie namentlich Europas leidet auch der Kohlenbergbau an Überproduktion. Wir werden wohl oder übel abbauen müssen, reduzieren oder gar ausmerzen vor allem diejenigen Betriebe, die in der Hochkonjunktur des Krieges oder der Inflation ihre Riesenverdienste ziellos in Erweiterungsbauten angelegt haben und nun, wo der Hochbedarf vorüber, mehr als gut produzieren.

Selbstverständlich spielt auch der Rückgang der Kohlenfeuerung im Schiffsverkehr wesentlich mit. Es wird gut sein, sich die folgenden Angaben einzuprägen, die die bedeutsame Umstellung ziffernmäßig belegen (Wirtschaftsdienst 1925, Heft 29, S. 1116).

In % der Welthandelsflotte machten aus

	1914	1924	1925
Schiffe mit Segelantrieb	8,06	3,92	3,50
Motorantrieb	0,45	3,09	4,20
Ölfeuerung	2,65	26,79	27,54
Kohlenfeuerung	88,84	66,20	64,76

Neben diesem allen empfängt England in der gegenwärtigen Kohlenkrisis schließlich nur die Quittung für seine kurzsichtige Kriegspolitik. Es ist viel zu wenig bekannt, daß über 80 % der englischen Kohlenausfuhr nach europäischen Ländern gehen.

Kohlenausfuhr Englands 1924 nach verschiedenen Ländern (t)

Deutschland	6 934 000
Frankreich	14 768 000
Italien	6 814 000
Schweden	3 607 000
Dänemark	3 608 000
andere europäische Länder	16 100 000
zusammen	51 831 000
Amerika	4 858 000
Asien	275 000
Afrika	3 543 000
andere Länder	2 133 000
insgesamt	62 640 000

(ohne Koks und Briketts).

England hat also durch den Weltkrieg seine besten Kohlenkunden ruiniert, und da es Deutschland zu Reparationslieferungen zwang, statt den Ausfall der nordfranzösischen Gruben durch eigene Lieferungen wettzumachen, so trägt es selbst die Hauptschuld daran, daß ihm die Abnehmer für seine Kohlen fehlen. Der Wahnsinn von Versailles rächt sich an den eigenen Vätern dieses „Friedensvertrages“.

Äußert sich die große europäische Krisis in England hauptsächlich in einer schweren Erschütterung seiner Wirtschaft, so spielen für Frankreich vor allem die politischen Nöte

die Hauptrolle. Der „Spaziergang nach dem Rif“ artet immer mehr in einen ebenso blutigen wie finanziell kostspieligen Kolonialkrieg aus. Die nächsten Wochen werden nun die lang vorbereitete französische Generaloffensive bringen. Ob es indessen gelingt, Abd el Krim mit einem Schlage niederzuringen und damit die Rif-Frage aus der Welt zu schaffen, kann billig bezweifelt werden. — Inzwischen sind auch in Syrien ernste Unruhen entbrannt. Die Franzosen geben zu, daß sie die Kämpfe mit den Drusen bisher 800 Tote, Vermißte und Gefangene gekostet haben und daß umfangreiches Kriegsgerät in die Hände der Aufständischen gefallen ist. Die von den Drusen belagerte Festung Sweida ist bis heute noch nicht entsetzt. General Sarrail berichtet übrigens, daß auf die Eingeborenen-Regimenter wenig Verlaß sei und auch die aus Madagaskar herbeigeführten Kolonialsoldaten den Gehorsam verweigert hätten. Beginnt die Krisis allmählich auf alle Teile des französischen Kolonialreiches überzugreifen? Es wäre kein Wunder, denn die beiden Mächte, die uns Deutschen die Fähigkeit zum Kolonisieren abgesprochen haben, betreiben die „Erziehung primitiver Völkerstämme“ mit einer „Menschlichkeit“, die nachgerade zum Himmel schreit und mit Naturnotwendigkeit zu Aufständen führen muß.

Auf der Septembertagung des Völkerbundsrates wird u. a. die Beschwerde der Türkei gegen die Maßnahmen der britischen Mandatsregierung im Irak, speziell das Vorgehen im Gebiet von Mossul verhandelt werden. Der Völkerbund hat bekanntlich eine Kommission nach Mossul entsandt, bestehend aus dem Schweden v. Wiersen, dem Ungarn Teleki und dem Belgier Paulis. Die Kommission sollte die geographischen, ethnischen, historischen, wirtschaftlichen, strategischen und politischen Verhältnisse des Mossul-Gebietes untersuchen, um dem Völkerbund einwandfreies Material für die Entscheidung über die Zukunft des Mossul-Gebietes zu liefern. Als die drei Herren nun ihre Arbeiten an Ort und Stelle begannen, bestürmten sie eine Reihe von Stämmen mit der Bitte, das Land der Türkei zuzuweisen. Einige Wochen nach Abreise der Kommission erschienen dann mehrere britische Flugzeuge, bombardierten die Dörfer jener Stämme und töteten eine große Anzahl der Eingeborenen. Die Überlebenden wurden hinterher verhaftet, nach Mossul und Bagdad abgeführt und ins Gefängnis geworfen. — Die englische Antwort auf die türkische Anklage gibt „Luftdemonstrationen“ und „Repressiv-Maßregeln“ gegen unbotmäßige Stämme zu. Eine feine Sache das, „Luftdemonstrationen“. Über Australien, Tasmanien, Neuseeland usw. verhängte man einst in der Wirkung ähnliche „Landdemonstrationen“. Man hat also Übung in diesem Geschäft! Und in Mossul handelt es sich um wichtige Ölfelder, die „selbstverständlich“ lieber menschenleer sein, als an die Türkei verloren gehen können.

Eine solche Saat muß aufgehen und furchtbare Früchte tragen. Wehe Europa!

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Gleich lehrreich für die geopolitische Aufmachung heikler Fragen wie für die Lokalbehandlung einer gefährlichen Sturmecke des indopazifischen Raumes ist die Abrechnung mit einem vom französischen Kolonialstandpunkt meisterhaft geschriebenen Aufsatz im „Temps“ (11. 7. 1925), in dem sich der französische Gesandte in Siam Fernand Pila mit den neuen Übereinkommen Frankreichs und Siams beschäftigt.

Es ist vorbildlich, wie dieser elegant geschriebene Aufsatz sogar sehr unangenehme Wahrheiten für das französisch-siamesische Verhältnis zuzugeben weiß, und dennoch so, daß die Interessen seines Landes gewahrt bleiben, scheinbar sogar, daß nicht einmal im französischen Leser seine Vorstellung von Prestige gestört wird und dennoch eine Auffassungsänderung der hinterindischen Gesamtverhältnisse suggeriert ist. Es wird den Franzosen nichts weniger nahegelegt, als das Vollnehmen eines wichtigen hinterindischen Nachbarn, den man im Grunde bis vor kurzem mißhandelt hatte, dem man den größten Teil seines Gebietes, seinen Zusammenhang mit dem chinesischen Kulturreich entriß, dem gegenüber man erst — gezwungen durch das Vorgehen Japans und der Vereinigten Staaten — widerwillig genug eine maßerweckende Vorzugsbehandlung (Exterritorialität) der eigenen Landsleute in einem zehnjährigen Übergangsstadium aufgab. An einzelnen Stellen nur kommt die wahre Seelenstimmung des Kolonial-Franzosen zum Ausdruck, so, wenn gleich zu Beginn von der „agression rifaine" gesprochen wird, die enthüllte, „wie an den Grenzen unserer wertvollsten Kolonien große Gefahren aufsteigen könnten". Als ob sich nicht wirklich die Franzosen von 1830 bis heute unausgesetzt in „agression" den wirklich nichts von ihnen wollenden Riffkabylen genähert hätten! Eine Warnung vor der Phraseologie französischer Geopolitik steht hier, wie sie nicht deutlicher sein kann. Auch der Freundschaftsvertrag, Handels- und Schiffahrtsvertrag Frankreichs mit Siam selbst — wirklich ein großer Erfolg klugen Einlenkens in letzter Stunde — ist sehr geeignet, uns zu denken zu geben; und natürlich werden die vierzehn französischen Juristen, die augenblicklich Siams Gesetzgebung „europäisieren", damit es in zehn Jahren auch die Jurisdiction über Franzosen ausüben könne, Rechtsanschauung und Rechtsapparat der hinterindischen Macht so zu durchdringen wissen, daß sie ihr auf lange Zeit den Stempel aufdrücken. Die bescheidene Erhöhung seiner ad valorem-Zölle, die man dem rohstoffreichen, nach Fertigwaren hungrigen Gebiet mit seinen über zehn Millionen Verbrauchern zugestanden hat, noch dazu an die Zustimmung aller anderen Fremdmächte geknüpft, ist nur eine bescheidene Gegenleistung. Wie treffend spricht Fernand Pila von dem „Gefühl der Unsicherheit", das noch nicht ganz verschwunden sei, nach den Beraubungen, die Siam 1907 und 1909 durch beide Westmächte erfuhr; wie deutlich zeigt er, daß dieses Land auf einer Grenzstrecke von mehr als 2400 km von dem indochinesischen Machtraum Frankreichs „eingekastelt" (emboité) sei, und deshalb gute Beziehungen Frankreichs zu Siam ein Leitziel beider angesichts der großen Unsicherheit sein müßte, die mehr und mehr sich jenes Teiles der Welt bemächtige. Da schaffe denn die Geographie beiden Ländern die glücklichsten Bedingungen zur Ergänzung. „Die Regierungen von Bangkok und Hanoi sind natürliche Verbündete und ihre Allianz kann sich wirksam innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen betätigen." So wird eine zum Teil bereits geglückte, zum Teil durch diese Fanfare weitergetriebene Annäherung angekündigt, und es entspricht in der ganzen Einstellung der herrschenden siamesischen Kreise tatsächlich vieles einer Umstellung auf Frankreich, nicht zuletzt die größere Furcht vor den beiden Inselreichen, dem anglo-indischen wie dem japanischen, von der ich manche wunderliche Ausstrahlung schon im Jahre 1908—1910 bemerken konnte. Vieles an französischer Art nimmt den Siamesen an, und die klug versteckte Drohung im Aufsatz des Gesandten mit dem Drittel Chinesen unter der Einwohnerzahl von Bangkok, den vier Millionen Chinesen, bei wachsender Einwanderzahl, in fast allen kleinen und mittleren Betrieben unter den zehn Millionen Siams i. G tut sicher auch ihre Schuldigkeit.

Wir haben diese Verhältnisse schon im Juni

Bericht, S. 445, vom englischen Standpunkt (Nunn) beleuchtet. Nun haben sie sich weiter entwickelt und zu Vorabschlüssen von großer Tragweite geführt. Indochina mit Siam zusammen ist ein ganz anderer Machtfaktor im fernen Südosten, als das isoliert fast wehrlose französisch-pazifische Kolonialreich vorher war, aber auch der letzte hinterindische noch freie Reststaat. Wie gern würden wir ähnliche Aufsätze deutscher Gesandter über ihre Arbeitsgebiete begrüßen, wie gern sie noch viel vorteilhafter und förderlicher kommentieren, als wir dieses kleine Meisterstück französischer Überseepolitik beleuchten, auf daß man es besser sehe.

Auch an anderer Stelle lenkt ein freundlicher Zufallsfund Licht auf dunkle Wege.

Die Abwehrreaktion des japanischen Nationalismus gegen die Industrialisierung ist stark stimmungsmäßig beeinflußt, deshalb in ihrem geopolitischen Gewicht schwer faßbar und doch sehr wichtig für die Zukunft des Reiches angesichts der Zersplitterung der augenblicklichen Parlamentsmehrheit, der Unsicherheit aller leitenden Kreise und der völligen Unberechenbarkeit der Wirkung des allgemeinen Wahlrechts bei der nächsten Wahl.

Diese nationale Reaktion ist selbstverständlich im Weltnachrichtenspiegel derselben ungünstigen Behandlung und Verständnislosigkeit ausgesetzt wie alles, was der Internationalisierung Gegengewichte schafft, z. B. der Fascismus in Italien, der neben allem Internationalismus doch auch vorhandene großslawische und imperialistische Zug in den Sowjets oder die vaterländischen Bestrebungen in Deutschland und Österreich.

Angesichts dieser Lage ist es besonders nützlich, wenn ein auf transpazifischen Ausgleich, auf übervölkische und zwischenstaatliche Demokratie eingestelltes Blatt wie der „Transpacific“ (Tokio, 30. 5. 25) Licht- und Schattenseiten der im Wesentlichen die nationale Reaktion tragenden Verbände zusammenstellt. Der Vorkämpfer der Industrialisierung und Kosmopolitisierung Japans prüfte in seinem Spektrum die zwei Hauptgruppen: die vor dem Weltkriege bereits bestehenden alt-imperialistischen Kreise und die erst durch die überstürzte Industrialisierung während des Weltkrieges auf den Plan gerufenen Kräfte der Beharrung, wenn er auch beide Gruppen all „anachronistisch“ ablehnen muß, da sie gemeinsam durch die Silbenzeichen für die beiden wichtigsten altjapanischen Staatstugenden verbunden seien: „Chiu-Ko“ (Vaterlandstreue und Familienpietät).

Es ist ein Zeichen für die ungeheure innere Strukturveränderung Japans, für das Durchdringen der sogenannten „Horizontalbewegung“, daß ein Blatt, das sich doch im allgemeinen bemüht, Jungjapan nach dem Sinn zu schreiben, gegen den Kern der altjapanischen Staatsphilosophie, Staatsleitung und Volkstreue solche Töne für zeitgemäß hält. In dieser Weise werden als Vorkriegsverbände (hauptsächlich zur Verstützung einer nationalen Regierungspolitik gegründet) hingestellt: Kokuryu Kwai (Schwarzdrachen-Gesellschaft) v. 1901 und Kokusuikwai (vaterlandsliebende Heimatwehr-Gesellschaft), dann Roninkwai (v. 1908) und die scheinbar verschwundene Genyo-Sha. Mehr aus der Abneigung gegen die japanische Linke, die sozialistische und Arbeiterbewegung, die Überindustrialisierung hervorgegangen seien die Nachkriegsbildungen: Kokufukwai (Gesellschaft für Heimat-Gebräuche), die Taikakwai (Großer National-Kultur-Verband), Taikosha (Großer Taten-Bund), Sekkaboshidan (Roth-Abwehr-Kreis) und Hakko-Sha. Vom westlichen Hauptquartier der Kokusui-Kwai wird völlige Abhängigkeit von der Seyu-Honto, der Spaltungsgründung der früheren Mehrheitspartei der Seyukai behauptet, wie denn die Polizei selber dem Frager zugab, daß gegen 30 Verbände „politisch reaktionärer oder gewalttätiger Natur“ bestünden, die vielfach untereinander verfilzt und natürlich auch poli-

ische Werkzeuge einflußreicher und bemittelter
Kreise seien.

Daß die betreffenden Vereine ausgerechnet
lem bezahlten Vertreter eines von amerikani-
chem Geld in Tokio unterhaltenen Blattes
gegenüber zurückhaltend waren, wird wohl nur
hm selbst verwunderlich sein. Dennoch ist
gerade das Gute, was ein solcher Beobachter an
hnen lassen muß, das Wesentliche, weil es uns
loch einen Fingerzeig darüber gibt, wie stark
und gefürchtet die Kräfte sind, die hinter ihnen
tehen, und auf welche Überraschungen auch
ler flache Optimismus jung-japanischer Über-
ieferungs-Flucht bei der jähen Vergrößerung
ler Wählerzahl gefaßt sein muß. Gleichmäßige
Abneigung gegen die augenblicklich ver-
brauchten Parteien der Rechten und Linken,
begreifliche Scheu, ihren Gegnern ihre wirk-
ichen Absichten auf die Nase zu binden,
eidenschaftliches Bekenntnis zum nationalen
Gedanken, Abstoßung einseitiger sozialistischer
wie kapitalistischer Einflüsse zu Gunsten eines
mittleren Weges ausgleichender Gerechtigkeit,
Hochhaltung der Grundlagen des alten japani-
chen Staatsgefühls — das sind alles eher
ympathische, als unerfreuliche Züge, gerade
wenn sie vom Gegner berichtet werden.

„Obwohl wir 20 000 Kameraden (d. Taika-
Kwai) über das Land verteilt haben, sind wir
ier im Hauptquartier nur etwa 70; wir ver-
assen uns allerdings mehr auf solche Truppe
glänzend trainierter junger Leute mit einem
isernen Willen, als auf große Zahlen. Wir
ühlen uns allerdings der fascistischen Bewegung
n Italien innerlich verwandt." „Dai Nihon
hugi" (Großjapanischer Geist) und „Taisho
shin" (Rechtserneuerung) kehren als Schlag-
worte wiederholt wieder. Jedenfalls zeigt sich
lar, daß der Bewegung zu übertriebener
ndustrialisierung und Überfremdung auch
ndere Kräfte des immer noch gesunden Rassen-
nd Volkskörpers gegenüberstehen, wenn er
un den Sprung ins Dunkle zum allgemeinen
Wahlrecht macht, genau 70 Jahre nach seinem
Sprung aus völlig abgeschlossenem Mittelalter
in die Welt des frühen Industriezeitalters vor
der Gründung des Bismarckschen Reiches.

„Wer ist der wahre Feind von China?"
fragt in einer seiner jüngsten Nummern der
North China Herald, und stellt vier allerdings
dem Sowjetbunde peinliche Tatsachen auf, an
denen Jungchina heute gern vorübersieht:

1. Die immer noch von den Sowjets still-
schweigend anerkannte mongolische Autonomie,
und den Vorgang, daß seit Murawiew Amurski
die weiten Landstriche am Amur den Chinesen
abrang, keine Nation den Diebstahl eines gleich
großen Landstrichs mehr vollführt habe (aus-
genommen Angloindien in Tibet, wäre viel
leicht hinzuzufügen).

2. In seinem Protest gegen die Daonan—
Tsitsiker Eisenbahn hat Genosse Karachan die
ganze Frage der Einflußsphären wieder aufge-
rissen, die China so mühsam einzuschläfern
suchte. Rußland poche auf seinen Machtbereich
in der Nordmandschurei, in dem China keine
andre Bahn bauen dürfe, und habe so die ganze
Konzessionsjägerei und Hemmung natürlichen
Fortschritts des Vorkrieges wachgerufen. Nur
das Hineinhetzen Chinas in den Weltkrieg
scheint nach Reinsch, Russell und Reid vor
andern Türen zu liegen, und sicherm Ver-
nehmen nach besitzt Frankreich noch Kwant-
schuawan, wie England am Yangtse noch
manches Restchen seiner Einflußsphäre?

3. In der Geschäftsführung der Ostchinesi-
schen Bahn hat Rußland entgültig sein Ab-
kommen mit China gebrochen, daß 50 % der
Beamten Chinesen sein sollten, und benützt die
Bahn als Kampfmittel gegen die chinesischen
Zollhäfen und Zutreiber für die russischen,
zum Nutzen Rußlands, nicht Chinas.

An dem Vorwurf ist Wahres. Die Vereinigten
Staaten von Amerika, England und Frankreich
haben immer nur zum Nutzen Chinas, nicht
zum eigenen gearbeitet, — wenn man sie
hört.

4. Rußland wolle nicht mit China weiter verhandeln, obwohl es allen andern Vertragsrevisionen nahelege.

„Wenn Rußland Erfolg in Asien hat, welchen Preis wird China dafür zu zahlen haben?" Zwischen Teufel und Tiefsee ist nie lustige und leichte Wahl, das könnte der Brite aus dem eignen Sprichwort wissen, aber manchmal scheint der Teufel wahrhaftig barmherziger (wenigstens sind die Asiaten langsam zu dieser Erkenntnis durch manches Fegfeuer gekommen).

Der Moskau—Peking-Flug ist ein Erfolg gewesen. Von den vier in Peking gelandeten russischen Flugzeugen sind zwei nach Japan weitergeflogen, und werden sich dann in Peking dem rückkehrenden Geschwader anschließen.

Ein Gegenflug Japan—Moskau wird vom japanischen Asahi-Konzern geplant.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Fast wichtiger als die einfache Verfolgung des Weges geopolitischer Entwicklung von Etappe zu Etappe ist die Aufzeigung der großen Entwicklungstendenzen, gleichgültig ob das Ziel, das sie sich stecken, erreicht wird oder nicht. Denn in ihnen künden sich die Entwicklungskräfte an, deren einzelne naturgemäß sich nicht frei entfalten kann, sondern schon bei der ersten Regung in Wettbewerb mit andersgerichteten Energieäußerungen treten muß. Die Entwicklung selbst kann darum immer nur die Resultierende im Parallelogramm sich bekämpfender Kräfte sein. Während Europa noch hofft, die Vereinigten Staaten von Amerika zum Beitritt zu dem geplanten Sicherheitspakt bewegen zu können, um diesem eine möglichst breite Basis und eine stärkere Konsolidierung zu geben, betont Amerika immer wieder, bei allem angeblichen Interesse für die politische Entwicklung Europas, nicht von seiner traditionellen Politik der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten abweichen zu können. In Wirklichkeit ist diese Politik nicht so sehr in der Tradition verankert, wie Amerika vorgibt. In der Zeit seines jungaufsteigenden Imperialismus hatte es sie aufgegeben, um den deutschen Konkurrenten mit niederringen zu helfen, um auch das übrige Europa in seinem politischen Prestige zu schwächen, und um Gesamteuropa als wirtschaftliche Position zu erobern. Ein beachtenswerter Teilsieg war das Ergebnis. Allein gerade in dieser letzten Tatsache ist die Erklärung für Amerikas Verhalten seit dem Ende des Weltkrieges zu sehen. Wenn heute die offiziellen Vertreter der Vereinigten Staaten, Coolidge selbst, ferner William Casile, der Direktor der westeuropäischen Abteilung des Staatsdepartements, und andere erklären, daß Amerika nicht die Verpflichtung eingehen könne, mit Waffengewalt die Grenzen der europäischen Völker zu verteidigen und sich lediglich darauf beschränken müsse, deren Abmachungen unter dem Gesichtspunkte der nationalan Rechte zu kritisieren, ihnen zuzustimmen oder sie zu verwerfen, so drückt sich darin viel Halbheit aus, kein voller Verzicht auf die errungene politische Position und anderweitig doch eine vorsichtige Zurückhaltung gegenüber allen regionalen Fragen Europas. Und tatsächlich werden mit solchen Äußerungen die Beweggründe für die Grundrichtung des Verhaltens der Vereinigten Staaten gegenüber Europa, die durchaus auf dieser Linie zu suchen sind, nur zum allerkleinsten Teile aufgedeckt. Die vorgeschützte Politik des Desinteressements gegenüber diesen angeblich für Amerika untergeordneten innereuropäischen Fragen ist in Wirklichkeit eine Politik der Vorsicht und Zu

rückhaltung gegenüber ungleich Größerem. Schon am Ende des Weltkrieges und besonders nach der kurzen Folgezeit erwies sich das zunächst durch deutsche Waffen niedergerungene und dann durch die Ententekoalition dank amerikanischer Hilfe zertrümmerte Europa garnicht als ein solches hoffnungsloses Chaos, wie es im ersten Augenblick schien: im Osten gebärdete sich, einen osteuropäisch-asiatischen Riesenraum zusammenschließend, der Bolschewismus nicht weniger imperialistisch als das Zarentum; im Westen stieg Frankreichs Militärmacht auf, und Englands Klammerstellung vor dem kontinentalen Europa war nur noch verstärkt worden und hatte ihren altbritischen Rückhalt nicht eingebüßt. Und selbst die Besiegten zeigten sich, je mehr Zeit verstrich, nicht so kraftlos, wie zunächst irrigerweise weltweit angenommen wurde. Der allgemeine Zustand in Europa ist aber seit dem Weltkriege der: eine verhängnisvolle Umlagerung der potentiellen Energie hat stattgefunden; neue Reservoire potentieller politischer Energie haben sich gebildet, aber keinerlei Niveauausgleich ist bisher erfolgt. Die politische Energie droht dort überall sich in kinetische umzuwandeln und verheerend überzufließen in die mit dem Weltkrieg entstandenen Depressionen politischer Kraft. Erst jetzt ist die europäische Menschheit dabei, mit Sicherheitspakten das gefährdete Land einzudeichen und zugleich auch die Kraftreservoire. fest zu umwallen, ohne daß heute schon zu übersehen ist, ob Erfolg diese schwere Arbeit krönen wird. Europa ist ein Chaos und nicht dem Untergange geweiht, den manche glaubten prophezeien zu müssen; allein es ist noch in der ersten Phase des Wiederaufbaus, und leider fehlt bei dieser Arbeit der einheitliche Bauplan. Das Baumaterial liegt ungefügt nebeneinander, und es ist ungleichartig, denn Altes und Neues muß bei dem Bau verwendet werden. Der Baugrund wird durchzogen von Bebenrissen eines aktiven politischen Bebenherdes. Europa ist eine politische Schnitterzone ersten Ranges. Es ist eine Zone von Gefahren, deren Größe kaum zu überblicken ist. Diesen vielfältigen Gefahren suchen die Vereinigten Staaten fernzubleiben, indem sie Europa sich selbst überlassen und dort ihren Einfluß lediglich von der Höhe ihrer Finanzposition aus geltend machen.

In gewissem Grade parallel zu dieser Tendenz politischer Selbstbescheidung im Vergleich zur regionalen Expansion während der ausgesprochen imperialistischen Phase der Union geht die Kurve der politischen Aktivität des einzelnen Staatsangehörigen, die in der Wahlbeteiligung ihren treffenden Ausdruck findet. Während noch vor 40 Jahren die Union mit einer Wahlbeteiligung von 80 % fast an der Spitze aller anderen Länder stand, und während auch heute in den meisten anderen Staaten noch 70 bis 80 % und mehr erreicht werden, haben in diesem Jahr nur 50 % der Vereinsstaatler gewählt. Fast nur Südamerika zeigt ähnlich geringe Prozentsätze, die aber vielfach in der Schwerüberwindbarkeit der Entfernungen und in dem Analphabetentum ihren Grund haben.

Dieser Verzicht auf weiteren Einfluß in Europa wird begünstigt durch die weltinsulare Lageposition der Vereinigten Staaten. Amerikas Rückzug ist ein Akt der Selbbesinnung und des Kräftesammelns, der Konzentrierung, gewisser zeitlicher Selbstbescheidung; und er ist ein Vorgang, der ähnlichen Prozessen anderer Inselstaaten, besonders Englands und Japans, gleichzusetzen ist. Gefordert wird er durch die Weltsorgen der Vereinigten Staaten, deren Interessensphären viel weniger im Westteil der Alten Welt als im pazifischen Raum und auf seinem pazifischen Gegengestade zu suchen sind. Und um der scharfen Konkurrenz der gleichfalls am pazifischen Raum interessierten großen Mächte widerstehen zu können, gilt es zunächst, jede politische Zersplitterung zu vermeiden und kräftigste Konsolidierung in Amerika selbst vorzunehmen. „Panamerika“ ist hierfür das

politische Rezept. Panamerika ist nicht etwa gleichzusetzen mit einem Imperialismus der Union, sondern es bedeutet die Einigung der beiden Amerika unter der Führung der Vereinigten Staaten. Panamerika steht damit z. T. in schroffem Gegensatz zu einem vereinsstaatlichen Imperialismus, der sich um die Wende des Jahrhunderts tatsächlich zu entfalten begann; und es läßt sich verfolgen, wie die Vereinigten Staaten zugunsten der Überwindung dieses Imperialismus in Amerika selbst mehrere geschickte Schritte getan haben. Dahin ist der Verzicht auf mehrere wichtige Positionen im Raume des amerikanischen Mittelmeergebiets zu rechnen, die das Verhältnis der Union zu Lateinamerika so günstig gestaltet hat, als es der Gegensatz der Rasse, Kultur, Lebensauffassungen zwischen dem germanischen und romanischen Amerika zuläßt. So ist, wenn auch sehr spät, vor kürzerer Zeit der „Isla dos Pinos"-Vertrag ratifiziert und die Pinieninsel an Cuba zurückgegeben worden, das schon lange vorher selbständig geworden war. Vor vier Jahren erhielt ebenso Columbia für die durch Roosevelt inszenierte Loßreißung Panamas eine finanzielle Entschädigung. Eine ähnliche Bedeutung kommt der Zurücknahme der vereinsstaatlichen Truppen aus Nicaragua und San Domingo zu. Eine Revision des Vertrags der Union mit der Republik Panama, nach dem sie bisher berechtigt war, zur Verteidigung der Kanalzone das gesamte Gebiet der Republik zu besetzen, steht bevor.

Allein auch die Organisation Panamerikas selbst, die bisher im wesentlichen in der Veranstaltung gemeinsamer Kongresse, von denen der letzte in diesem Juni in Panama stattfand, und in dem Ausbau der panamerikanischen Bahn bestand, erfreut sich weiterer Ausgestaltung. Dahin gehört die Errichtung einer panamerikanischen Universität in Miami, einer Vorstadt von Buenos Aires, deren Aufgabe sein soll, die Beziehungen zwischen Nord- und Südamerika zu studieren und zu verstärken; und noch in diesem Sommer soll eine aus den Vertretern aller amerikanischen Staaten zusammengesetzte Juristenkommission in Rio de Janeiro zusammentreten, um die Vorarbeiten für ein amerikanisches Völkerrecht zu leisten und damit die rechtliche Basis für einen panamerikanischen Völkerbund zu schaffen, derart, daß Krieg zwischen den einzelnen amerikanischen Staaten in Zukunft unmöglich sein soll. Innerhalb dieser Organisation spielt der „Pan-American Court of Justice" die entscheidende Rolle eines Schiedsgerichts, das die zwischen den einzelnen Mitgliedern des Völkerbundes abgeschlossenen Verträge zu interpretieren und alle Beschwerden, die bei ihm vorgebracht werden, zu untersuchen hat. Alle regionale Entwicklung in Amerika hemmend, wäre die gegenseitige Garantie der Territorien, die jeden künftigen Landerwerb und jede Eroberung ausgeschlossen erscheinen läßt. Für die Vereinigten Staaten bedeutete damit der Beitritt zum panamerikanischen Völkerbund den Verzicht auf jeden sich regional auswirkenden Imperialismus in Amerika selbst.

Kaum würde dagegen der Wirtschaftsimperialismus der Union davon berührt, der aber zugleich die wichtigsten Grundfesten für einen panamerikanischen Bau bietet. So ist doch fast die Hälfte (44,4 %) des in ausländischen Werten angelegten Kapitals, das mit Ausnahme der den fremden Regierungen gewährten Anleihen auf etwa 9,1 Milliarden Dollar berechnet wird, in Zentral- und Südamerika investiert. Weitere 27,1 % entfallen auf Kanada; auf Europa dagegen kommen nur 20,9 %, auf Asien und Ozeanien lediglich 7,6 %.

Trotz des augenblicklich vorherrschenden Grundzugs regionaler Selbstbescheidung regen sich doch auch in Amerika expansive Kräfte, die z. T. recht merkwürdiger Natur sind. So hat Kanada geglaubt, zu einer Annektion des Nordpols schreiten zu müssen, denn gemäß eines Antrags der Regierung, den das kanadische Unterhaus annahm, beansprucht

Kanada alles Land bis zum Nordpol, gleichgültig ob es entdeckt sei oder nicht; und nur mit der Erlaubnis der kanadischen Regierung werden künftighin Forschungsreisende in diese Gebiete vorstoßen können. Ganz ohne Zweifel haben die inzwischen durchgeführten (Amundsen) und geplanten (Mc Milland u. a.) Reisen und das große Interesse, das die Welt der Flugstraße über den Nordpol als einer sowohl entfernungsmäßig — die Fahrtdauer von Westeuropa nach Ostasien wird auf 5 bis 6 Tage berechnet — wie klimatisch (im Hinblick auf den geringen Gasverlust) günstigen Route entgegenbringt, diese Schritte veranlaßt. Allein auch theoretische Erwägungen, wie die Berechnung eines hypothetischen Landes im Nordwesten des kanadischen Archipels durch Harris, haben sicher dazu gedrängt. Es ist ein typischer Fall, wie politische Eventualgrenzen gezogen werden, die der empirischen Erkenntnis in vielleicht nicht gerade günstiger Weise vorgreifen. Sollte die noch zu entschleiernde Verteilung von Land und Meer um den Pol die Erwartungen und Maßnahmen Kanadas rechtfertigen und damit auch nur der Anspruch auf eine kanadische Position geschaffen werden, so wäre das im Interesse der politischen Gestaltung der Welt in hohen Breiten höchst bedauerlich. Denn kein Raum eignet sich bei dem völligen Mangel aller wirtschaftlichen und Siedlungsinteressen in diesen Gebieten so sehr zur Absteckung einer internationalen Zone, die dem Verkehr zwischen den Staaten rückhaltlos freizugeben wäre, wie diese. Ein Anspruch Kanadas müßte dagegen eine solche Entwicklung stören; und es ist nicht recht zu verstehen, warum nicht andere Staaten inzwischen für die Internationalisierung der Arktis eingetreten sind.

Friede im Inneren, doch vermehrter Schutz nach außen! Das ist ein weiterer sich wiederholender Grundzug im Amerika des Augenblickes. Immer noch gilt es, strittige Grenzen aus der Welt zu schaffen. Ein in La Paz zwischen Argentinien und Bolivien geschlossener Vertrag hat solche Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Staaten beendigt. Die Regelung zwischen Chile und Peru wegen Tacna und Arica steht, nachdem auch Peru der Volksabstimmung zugestimmt hat, nahe bevor. Nach außen suchen sowohl Mexiko wie Argentinien durch Ausbau ihrer Flotte ihrer immer größeren Weltverknüpfung Rechnung zu tragen und sich auch entsprechende Weltgeltung zur See zu verschaffen. Mexiko will seine Golfflotte um fünf Kriegsschiffe vermehren; Argentinien plant den Ankauf von vier bis sechs Unterseebooten und einigen Spezialschiffen. Der wirtschaftlichen Verknüpfung dient die Errichtung des Freihafens Colonia in Uruguay, neben dem die argentinische Regierung eine Freihafenzone in Buenos Aires plant.

Vom mexikanischen wie vom deutschen Standpunkt aus ist das ehrliche Mühen der beiden Staaten um ein gutes fruchtbares Einvernehmen, Besuch des Kreuzers „Berlin", Mexikoreisen deutscher Wissenschaftler, Kaufleute und Industrieller, deutsche Mustermesse in Mexiko, Studium der mexikanischen Rechtspflege durch deutsche Juristen, andauernde deutsche Einwanderung und die ernste Arbeit Mexikos an der Festigung und dem weiteren Ausbau, Errichtung einer Staatsbank (Banco Unico), Neuordnung der Handelsvertretungen im Ausland, die jeweils einen Handelsvertreter den Gesandtschaften attachiert, straffe Organisation der mexikanischen Exporteure, seines bis vor kurzem noch schwer erschütterten Staatsgebäudes in hohem Grade beachtens- und begrüßenswert. Mit Recht ist der Staat auf die Einheit des Staatswillens bedacht, er führt darum die Aufteilung nordamerikanischer Latifundien weiter, verweist Geistliche, die sich in der Ausübung ihres Berufes im Gegensatz zum Staate stellen, des Landes und sperrt seine Grenzen gegen kommunistische Einwanderung. Die Wirtschaftslage wird im allgemeinen als normal und z. T. als durchaus günstig bezeichnet.

Auch Paraguay plant wie Mexiko die Errichtung einer Staatsbank, die sich die europäischen Zentralbanken zum Vorbild nimmt.

Der Umsturz in Ecuador entpuppt sich als eine schwere innere Krise, für die die allgemeine schlechte Wirtschaftslage — niedrige Kakaopreise, Verluste der Pflanzer durch das verheerende Auftreten des Schädlings Escoba de la Bruja und schwere Regenfälle, Entwertung des Suare — den Resonanzboden abgegeben, bei dem aber die Politik Ecuadors in der Frage des Ankaufs der lebenswichtigen Bahnlinie Guayaquil-Quito die Hauptrolle gespielt hat. Diese Route war infolge einer von Ecuador in ungünstigster Weise vergebenen Staatskonzession so fest in die Hand einer nordamerikanischen Gesellschaft geraten, daß der Einfluß des Staates keine praktische Geltung mehr hatte. Als darum in der ersten Hälfte dieses Jahres 100 km der Bahn durch Regengüsse zerstört waren und die Gesellschaft erklärte, daß sie keine Mittel zur Wiederherstellung besäße, waren die Verkehrszustände unhaltbar geworden; denn der Hafen Guayaquil war vom Hinterland abgeschnitten und die Hauptstadt einer raschen Verbindung mit der Küste beraubt. Die Reise, streckenweise zu Maultier, dauerte nun von der Küste zur Hauptstadt sechs Tage. Der Ausweg konnte nur durch den Ankauf der Aktien gefunden werden. Die Mißbilligung dieses Ankaufs durch den Präsidenten Córdova hat eine heftige Diskussion und Kritik des ausländischen Einflusses ausgelöst und zu dem Umsturz geführt.

Chile plant, den Anregungen des Präsidenten Alessandri folgend, eine Dezentralisation der Verwaltung, die vornehmlich in der Schaffung von Provinzialtagen bestehen soll. Es ist eine Reform, die außerordentlich heilsam zu wirken vermag in einem Lande, dessen einzelne Landschaften so gar verschiedene Lebensinteressen äußern.

Columbias Importstruktur ist charakteristisch für den Fall aller lateinamerikanischen Länder. Während kurz nach dem Krieg Nordamerika den Markt fast vollkommen beherrschte, traten sehr bald wieder England und Deutschland mit ihm in Wettbewerb, so daß im Jahre 1924 die Rangordnung der Einfuhrländer — Vereinigte Staaten, England, Deutschland, Frankreich — wohl noch die Spitzenstellung der Union, aber nicht mehr deren unbedingte Vorherrschaft zeigt.

K. HAUSHOFER:
LITERATURBERICHT AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Unter den geopolitischen Neuerscheinungen des indopazifischen Lebensraums stehen diesmal einige Arbeiten von Indern und Japanern sowie das große Unternehmen von Krause's Geschichte Ostasiens (Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht, 1925) beherrschend im Vordergrund. Indem wir uns einen Hinweis auf die geopolitische Bedeutung der zusammenfassenden Darstellung von Krause — einer langjährigen Forderung deutscher Ostasienpolitik — für den Abschluß dieses Literaturberichts vorbehalten, greifen wir zunächst aus dem einheimischen Schrifttum eine höchst konzentrierte Arbeit heraus:

Dr. Taraknath Das (Verfasser von „Is Japan a menace to Asia?“): „India in World Politics“, New York, B. W. Huebsch 1923.

Ihr Leitzug geht schon aus der Widmung hervor: „Der Sache des Weltfriedens in Gerechtigkeit und Freiheit für alle Völker.“ Es ist ein außerordentlich fesselnder Versuch, die Vergewaltigung des indischen Selbstbestimmungs-

rechts in Zusammenhang mit allen größeren Erschütterungen des Weltfriedens seit dem Eindringen britischer Macht in Indien und mit den andern Kraftfeldern des Planeten zu bringen, an vielen Stellen von überzeugender Kraft, mit schönem Aufbau aus geopolitischer Logik heraus geschaffen. Zunächst werden nach einer geschichtlichen Einleitung, auf geschichtlichem Wege die einzelnen geographischen Sturmfelder isoliert: das anglo-französische, das anglo-russische, das anglo-deutsche und anglo-türkische, soweit sie entscheidende Antriebe und Wendungen aus der anglo-indischen Reichspolitik erfahren. Dann folgt eine Untersuchung der Westzugänge zum indischen Lebensraum und ihrer Geopolitik, des Verhältnisses der indischen Fragen zu den asiatischen Mächten, zu Amerika, und endlich ein zwingender Schluß auf Indiens Rolle, falls es sich zu einer Weltmacht erheben kann.

Das Ganze ist aus einer umfassenden, von innen her erwachsenen und nachher in den Angelsachsenländern nachgeprüften Kenntnis der Verhältnisse, wie aller in der Selbstbestimmungsbewegung stehenden Menschen geschrieben und könnte für Inder wohl geradezu ein Handbuch für ihr eigenes Hineinwachsen in weiträumige weltpolitische Betrachtungsweise sein. Für deutsche Leser — denen es hoffentlich baldmöglichst in Übersetzung zugänglich gemacht wird — bringt es eine Zusammenfassung gerade der Unterlagen für die außenpolitische Wirkungsmöglichkeit einer großindischen Aufrichtungsbewegung, deren Kenntnis ihnen in der Regel völlig fehlt, so daß sie indische Fragen, die doch sehr gegenwärtig und gegenständlich sind, wie durch Schleier sehen — aus Philologie und Philosophie gewoben. Es ist kein Märchenbuch, kein Dichtertraum und keine Phantasterei, wie sie leider über Indien noch am ehesten auf dem deutschen Büchermarkt Leser finden, aber es ist das Buch eines hellsehenden praktischen Staatsmannes. Hier haben wir einen der Männer von der Art, die jetzt Gandhi langsam das Steuer aus den Händen winden, um in zäh angebahnten Kompromissen auf dem Weg durch tätige Mitarbeit und inneren Aufbau zur Unabhängigkeit zu kommen, die sie durch rein passive „Noncooperation" nie erlangen würden. Denn der passive Widerstand kann immer nur ein Mittel zur Erlangung der Selbstbestimmung in einzelnen ganz bestimmt begrenzten Zeitabschnitten sein, niemals kann eine dauernde fakirmäßige Einstellung zur freien Entfaltung der Völkerpersönlichkeit in ihren Lebensraum führen. Daß die Gesamtmenschheit, gerade auch mit ihrem echten Friedensbedürfnis, ihre Rechnung bei solcher Entfaltungsmöglichkeit für ihre großen Völker finden könnte, beweist ihr der Inder D a s überzeugend.

Brij Narain: „The Population of India", Rama Krishna und Sons Anarkali-Lahore 1925 (Auslieferung durch R. L. Prager, Berlin NW 7, Mittelstr. 21). Rp. 4: M. 6.

Eine vergleichende Studie nennt der Wirtschaftslehrer des Sanatana Dharma College in Lahore zu bescheiden seine ganz ausgezeichnete Untersuchung über die Einflüsse auf die Bevölkerungsbewegung in Indien, mit ihrer geradezu furchtbaren Kinder- und Alterssterblichkeit, der Froherute und der Nachlese, womit der Tod einem allzu dichten Wachstum begegnet. Immer drohender fragt der Inder von heute, warum die durchschnittliche Lebensdauer in seinem einst als Paradies der Erde betrachteten Lande geringer ist, als in jedem europäischen (27:43:), warum das durchschnittliche Lebensrecht in den europäischen Ländern zunimmt und in seinem Lebensraum abnimmt.

Furchtbarer als irgendwo sonst in weiten Lebensräumen ist die Dezimierung durch endemische und pandemische Seuchen in Indien, trotz allgemeiner Frühehe und einer hohen Geburtenzahl. Wie erklärt sich diese Tatsache, abgesehen von den Gefahren des Klimas, der hygienischen Unberatenheit weiter Volkskreise,

der mangelnden öffentlichen Gesundheitspflege in Dorf und Stadt? Ist Indien wirklich übervölkert, im Ganzen oder in Teilen? Auf alle diese Fragen sucht Brij Narain die Antwort, und gibt dabei allerdings auf 212 Seiten konzentrierte Darstellungen des indischen Leides, verhalten und würdig, wie es der Mann der Wissenschaft soll. Dennoch ist es ein erschütterndes Buch, und wer furchtbaren Möglichkeiten in's Gesicht sehen kann, der betrachte vergleichend, was aus Indien ward, und was aus Mitteleuropa noch werden kann. Hinter einem scheinbar rein bevölkerungswissenschaftlichen Thema birgt sich ein Buch von bedeutendem geopolitischem Wurf; wie es denn überhaupt zur Eigenart der politischen indischen Literatur von heute gehört, daß sie sich in sehr einfachen Ausgabenformen, fast künstlich in schlichtem Faltenwurf bergen muß.

Von tiefem Eindruck wird namentlich auf jeden Bevölkerungspolitiker der Abschnitt über die sprungweise Bevölkerungsbewegung (I) mit seinen Nachweisen über die verheerenden Eingriffe von Hungersnot, Dürren, Pest, Cholera, Influenza sein, sowie der große regionale Unterschied, nach dem sich ohne Eingriffe die Bevölkerung in Bengalen in 86, die in den Nordwestprovinzen aber erst in 200 Jahren verdoppeln würde. Die Zeit von 1881—1891 ist für ganz Indien eine Erholungsperiode ohne größeren Rückschlag gewesen; ihr entsprach relative politische Ruhe. Dann machte sich der Zusammenhang zwischen Dürren, Niederschlagsschwankungen und politischer Unruhe wieder geltend. 1918 und 19 machten zwei ausgebliebene Monsune und die Influenza zusammen den Bevölkerungszuwachs von 7 Jahren zunichte! Der Weltkrieg selbst hatte Indien nur unerhebliche Verluste gebracht (58 238), während doch im ganzen 480 000 Inder unter Waffen oder in militärischen Arbeitsverhältnissen standen. Auf Rechnung der Influenzaepidemie kamen in der unterernährten Bevölkerung 8½ Millionen Tote, die statistisch erfaßt werden konnten, in Wirklichkeit — da über ein Viertel der Bevölkerung unerfaßt blieb — wahrscheinlich noch viel mehr: 12—13 Millionen! Also mehr, als die blutigen Verluste der kriegführenden Mächte Europas, mehr als der Geburtenausfall dieser Mächte von 1914—1918, abgesehen von Rußland.

Daraus erhellt, mit welcher elementaren Gewalt Klimaschwankungen in rein landwirtschaftlichen Volksverdichtungen das Übermaß regulieren!

Das geopolitisch Wertvolle an Brij Narains Darstellung ist, daß er die Einstellung des Inders zu diesen anthropogeographischen Tatsachen, wenn auch verhalten, so doch ungeschminkt gibt und auf diese Weise namentlich allen unseren staatswissenschaftlichen, geographischen und soziologischen Instituten ein Erkennungsmittel schafft, an dem sie nicht vorübergehen sollten, und eine Möglichkeit, indische Zahlen auf ihren geopolitischen Brauchbarkeitsgehalt und ihren „Imponderabilien"-Wert zu prüfen.

Auch die Erforschung der Frage des gegenseitigen Verhältnisses der Menschenzahl auf den Einzelhaushalt ist sehr lehrreich; fast fünf Köpfe treffen auf ihn in Indien; sehr hoch ist die Kopfstärke des Durchschnitts-Haushalts in den beiden Uralataier-Staaten: Bulgarien (5,69) und Japan (5,36); in den slavischen: Serbien mit 6,15, Rußland mit 5,70; am niedersten in Frankreich mit 3,5; Deutschland hat noch 4,5, ähnlich den meisten seiner germanischen Nachbarn. Die verstädterte Bevölkerung Indiens verhält sich zur ländlichen wie etwa 9 zu 91, was den Unterschied in der europäischen und indischen Bevölkerungsstruktur zeigt. Natürlich kann im engen Rahmen dieser Besprechung nur ein Streiflicht auf den hohen Erkenntniswert gerade dieses Buches geworfen werden — das nirgends fehlen dürfte, wo wissenschaftliche Politik getrieben wird.

Gleichfalls von einem Inder stammt:

Mohammad Barakatullah (Bhopal, Indien): „The Kilafat", London 1924, in Zürich gedruckt.

Der Verfasser untersucht die Geschichte, die Gründe für den Verfall und die geistigen Wiederaufrichtungsmöglichkeiten des Kalifats, dessen Fragen in der indischen Islamwelt vielleicht ein viel tieferes Echo wecken, als in der nah-östlichen, in der sie weit mehr mit weltlichen Machtfragen verquickt und deshalb vergänglich wie diese erscheinen. Er gipfelt in dem Verlangen nach einer rein geistigen Spitzenorganisation des Islam, den Forderungen, die an sie zu stellen seien. Sein Buch ist — etwa noch zusammengehalten mit Lothrop Stoddards „New World of Islam" — ein vortrefflicher Schlüssel zu der Beurteilung der wichtigen Frage, wie viel wirkliches Leben noch hinter panislamischen Bewegungen und den Verjüngungsmöglichkeiten der Hauptreligion des nahen und mittleren Ostens steckt; es ist auch deshalb wertvoll, weil es Zahlen und Raumanschauungen der neuen Islamforschung zusammenstellt, die sonst für geopolitischen Gebrauch nur mühsam zusammenzufinden sind.

Kishio Satomi: „Ein neues Licht aus Osten: Der Nichirenismus." Übersetzt von Käthe Franke. Berlin 1923.

Ein religionsgeographisch interessanter Versuch, den Nichirenismus aus dem buddhistischen Gesamtgefüge herausgehoben darzustellen. Leider zeigt gerade diese Form des Buddhismus nicht die schöne Toleranz und Weitherzigkeit, wie die andern Weltanschauungsformen des ostasiatischen Erdraums, sondern behauptet mehr, als sie beweist, daß sie den einzigen zuverlässigen Weg zur Erlösung gepachtet hat — worin sie sich gerade als Raumerscheinung unvorteilhaft vom Gesamtgepräge ihres Lebensraums unterscheidet.

K. Ogata (Professor der Handelshochschule Tokio): Die Genossenschaftsbewegung in Japan. Mit Vorrede von Sidney Webb. Berlin 1925, R. L. Prager.

Die erste zusammenfassende, dem Europäer zugängliche Arbeit über das japanische Genossenschaftswesen mußte schon deshalb von großer Bedeutung für uns sein, weil wir in Ostasien vielleicht den am meisten unmittelbaren Übergang eines sehr früh entwickelten Genossenschaftswesens in die heutigen Formen, ohne Abreißen der Überlieferung vor uns sehen. Der stärker entwickelte gemeinwirtschaftliche Sinn der ostasiatischen staatlichen Lebensformen, auskristallisiert in der China und Japan sehr stark beeinflussenden chinesischen Staatsphilosophie, mag der Hauptgrund dafür sein. Gewiß aber sind diese vom Westen doch recht verschiedenen evolutionären Entwicklungsformen genossenschaftlicher Landnützung und Seenützung, gemeinschaftlichen Besitzes überhaupt an die Eigenart des ostasiatischen Landbaus gebunden — also vielfach der Reiskultur in den Monsunländern, einer höher entwickelten gemeinsamen Wasserwirtschaft, der vorwiegenden Meerernährung — und auf diese Weise geopolitischer Betrachtungsweise ganz besonders zugänglich. Ist doch z. B. der Typ des russischen „Mir" und der ostasiatischen Gemeinwirtschaftsform so grundverschieden in seinen Ausstrahlungen, wie etwa die blutige Umwälzung der Sowjets von der Evolution des japanischen Kaiserstaates. Es ist auch an dem Werk von Ogata besonders wohltuend, wie sorgfältig er an die Geschichte der „musin", der japanischen älteren Genossenschaften anknüpft, deren es heute noch 1 600 098 gibt, und daß er nicht mit der Flachheit vieler moderner japanischer Wirtschafter dem Sozialgefüge der eigenen Vergangenheit verständnislos gegenübersteht.

Tatsächlich ist denn auch die Betrachtung auf Seite 3 und 4 über die Gründe, warum die wurzelechten Ansätze zur Genossenschaftsbildung gegenüber den aus der Fremde eingeführten von den japanischen Gesetzgebern vernachlässigt worden sind — eine der Stellen, die am meisten nachzudenken geben. Ist es denn mit dem Parlamentarismus der Westmächte in Deutschland oder mit dem westlichen Marxismus in Rußland anders gegangen?

Gerade die uralten Fischereigenossenschaften mit ihren mehr als 450 000 Mitgliedern und

die Seeerzeugnisgilden mit fast 350 000 sind geopolitisch zweifellos der interessanteste Teil der japanischen Gilden- und Genossenschaftsentwicklung, wenn man von den landwirtschaftlichen absieht, die auf Reisbau, gemeinsame Waldwirtschaft und Wasserbau gegründet sind. Nicht das, was aus dem internationalen gemeinsamen Brei wieder in die Einzelschüsseln mühsam destilliert und abgeleitet wird, sondern was die einzelnen Lebensräume an Originalbeiträgen zur gemeinsamen Brühe stiften, das ist das ursprünglich Wertvolle; aus ihm wird Neues und für den Gesamtfortschritt Wesentliches gewonnen. Das andere ist vielfach Breittreten schon verarbeiteten Quarks. Ein „bemerkenswerter Zug" des japanischen Genossenschaftswesens (S. 79) ist, daß ihm alle weltanschauungsmäßigen Spaltungen fehlen, was mit der größeren Toleranz Ostasiens im Vergleich zu Europa zusammenhängt (man stelle nur die verwandten Bewegungen in Belgien und Italien, aber auch Deutschland gegenüber)!

Im ganzen bedeutet das Buch von Ogata weit mehr, als eine Darstellung der Genossenschaftsbewegung in Japan: es ist nicht eine vergleichende Darstellung der Einfügung der japanischen in die der übrigen Welt, sondern bringt darüber hinaus Einblicke von größtem Wert in die japanische Wirtschaftspsychologie, Bevölkerungsstruktur und Volksseele, die sonst nicht in deutscher Sprache zu finden sind.

L. F. Rushbrook Williams: „India in 1923—24", Calcutta 1924

zeigt einen unter den augenblicklichen Verhältnissen sehr schwierigen und nur mit vollendetem Takt durchführbaren Versuch, in sachlicher Haltung, unter Benutzung von sprechend und klar angeordneten Diagrammen, eine Aufstellung des indischen äußeren und inneren Fragenkomplexes für das Parlament nach Sect. 26 der Government of India Acte zu geben. Der Erfolg ist ein Ehrenmal für die wissenschaftliche Leistung wie die geopolitische Darstellungsfähigkeit des anglo-indischen Zentral-Veröffentlichungsdienstes in Calcutta. Es wird noch sehr lange dauern, bis eine weiter fortschreitende Indisierung etwa dieses Dienstzweiges den wichtigen Lebensraum annähernd mit gleicher Sachtreue wird bedienen können, mit der Indien weit über alle andern Selbstkontrollversuche asiatischer Mächte hervorragt. Es wird auch von Japan nur sehr stellenweise erreicht und von ganz wenigen Ämtern in Europa und Amerika übertroffen, die mit ganz anders unbeschränkten Mitteln arbeiten, wie z. B. Washington, oder aber in kleineren, leichter überschaubaren Räumen.

Die Riesenleistung des im Grunde gar nicht zahlenstarken anglo-indischen Beamtenkörpers tritt dem Wissenden auf fast jeder Seite des Handbuches entgegen, das so frei als möglich von Zweckbestimmung und Voraussetzung abgefaßt ist und eine vorzügliche geopolitische Übersicht bietet.

J. M. Martin: Le shintoisme religion nationale; Hongkong 1924, 1 Bd.

versucht, die zahlreichen Theorien und Einzelforschungen über den Ursprung und Werdegang der japanischen Rasse in Zusammenhang zu bringen und hat deshalb geopolitische Bedeutung, weil der Streit über den Prozentsatz südlichen und nordischen Blutes in der Zusammensetzung der Inselrasse (die ja zweifellos eine ähnliche Neubildung ist, wie die englische, und etwa von gleichem Alter wie die deutsche) mit der Verbreiterung des Wahlrechts erneute Bedeutung gewinnt. Niemand kann voraussagen, wie die große Erweiterung der Wählerzahl die künftige Haltung Japans bestimmen wird, wie weit das Gleichgewicht, das jetzt zugunsten der südwestlichen Klane und Stämme gehalten wurde, sich wieder verschiebt; und deshalb sind alle Anhaltspunkte, die sich aus der Zusammensetzung der Rasse wenigstens ahnen lassen, so bedeutungsvoll.

Mit tiefem Bedauern kann auch hier nur wieder gesagt werden, wie schade es ist, daß der wissenschaftliche Nachlaß von Baelz

mmer noch nicht gesammelt wurde, und wie erdienstvoll es wäre, wenn das deutsche Ausandinstitut, wie verlautet, diese Pietätspflicht gegen einen der hervorragendsten Auslandsdeutschen des 19. Jahrhunderts erfüllen würde. Man könnte dann sehen, wie weit er mit einen Beobachtungen — die der angesehene Leibarzt des Meiji-Kaisers und Freund der führenden Genro allerdings leichter machen konnte, als andere — seiner Zeit voraus war und welchen Wert seine japanische Landeskenntnis für eine verständnisvolle deutsche Ostasienpolitik hätte haben können.

F. E. A. Krause: Geschichte Ostasiens, I. Bd. Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen 1925

gibt endlich den seit langem schmerzlich entbehrten Aufbau einer Geschichte Ostasiens aus den Grundlagen heraus, so zusammengedrängt, daß auch der nicht fachwissenschaftlich vorbereitete Leser sie erfassen kann und doch so genügend begründet, daß neben aller temperamentvollen Eigenwilligkeit der Darstellung und einer stark persönlichen Auffassung in allen wesentlichen Zügen Unanfechtbares hingestellt wird. Welcher Mut dazu gehörte, das schildert der Verfasser sehr treffend in der Einleitung. Daß der Geograph schmerzlich einen ähnlichen geographischen Unterbau vermißt, wie ihn Nachod seiner leider Torso gebliebenen Geschichte von Japan unterlegt hat, wird begreiflich scheinen, und ein Hinweis auf diesen verdienstvollen deutschen Vorgänger hätte nicht geschadet. Richtig ist, daß die Beschäftigung mit der chinesischen Geschichte weit mehr zu einem panasiatischen Universalismus der Anlage zwingt, als die leichter örtlich zusammenzubauende japanische. Geopolitisch am meisten fesselnd ist die Art, wie sich eine starke und temperamentvolle Persönlichkeit ordnend mit dem ungefügen Riesenstoff der chinesischen Geschichte und ihren von Mythen und Hypothesen umwucherten Anfängen herumschlägt und sich ihren Richtweg schafft, vielleicht nicht den allein gehbaren, aber doch einen, auf dem sich gut folgen läßt, und längs dessen eine Ordnung gelingt. Eine solche einmal geschaffen zu haben, ist ein Hauptverdienst des Werkes, mit dem man natürlich um Einzelheiten rechten kann, aber erst, wenn man es ehrlich durchgearbeitet hat. Diese Durcharbeitung ist eine Voraussetzung für jeden, der ernsthaft ostasiatische Politik treiben will. Es gibt weder an Franke noch an Krause einen Weg vorbei, sondern nur durch ihre Arbeit hindurch; nur, wer ihren Kampf mitgekämpft hat und einen ähnlichen, der um die Geschichte Indiens mit einheimischen und reichsbritischen Quellen geführt werden muß — von Gandhi und Sarkar, wie Das bis zu Lord Curzon, Gwynn und Carthill — der kann von Weltpolitik reden, die ohne die Monsunländer und ihre darin gestapelten mindestens zwei Fünftel der Menschheit nicht ernsthaft getrieben werden kann. Wir sind also weit über den Rahmen der Historiker und Sinologen hinaus Krause zu Dank verpflichtet, daß er diesen längst notwendigen Versuch gewagt hat, der einen ähnlichen Wert hat, wie das Schlagen einer durchgehenden Richtlinie durch einen Urwald an einer für den Zukunftsverkehr entscheidend wichtigen Stelle. Es ist leichter, nachher Eisenbahnen und Kanäle daran entlang zu bauen, als die erste Linie richtig zu ziehen. Krause schildert mit herber, klarer Pinselführung, wie folgerichtig die geschichtliche Bewegung Ostasiens von heute aus einer viertausendjährigen Kulturgeschichte hervorgeht; und der Versuch, sie etwa erst von der fühlbaren Einwirkung westlicher Einflüsse ab der Betrachtung wert zu halten, wäre absurd. Mit größter Spannung sehen wir nach diesem Unterbau im ersten nunmehr dem zweiten Band, der Entwicklung des Ostasien von heute entgegen und behalten uns nach seinem Erscheinen eine zusammenfassende geopolitische Würdigung vor.

ERICH OBST:
LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA

Deutschland und der deutsche Rhein

(vergl. hierzu den Literaturbericht im März-Heft 1925, S. 214 f.)

Paul Göhre: Deutschlands weltpolititische Zukunft. Verlag Kurt Vowinckel, Berlin-Grunewald 1925, 176 Seiten.

Der bekannte sozialdemokratische Politiker will durch die vorliegende, vollkommen überparteilich gehaltene Schrift dazu beitragen, den Glauben an eine neue Zukunft unseres Volkes zu stärken, den Willen zu einer neuen und neuartigen Entwicklung zu beleben. Er erblickt das Leitmotiv der Weltpolitik in der „Zusammenballung und Fortbildung ganzer Völkerkonglomerate zu neuen, großen Lebenseinheiten". Im Rahmen dieser Entwicklung ist es nach Göhre die Mission Deutschlands, Kontinentaleuropa zu schaffen. Trotz aller nicht zu übersehenden Schwierigkeiten sollten die Vorbereitung und der Aufbau des neuen Großerdraumorganismus von nun ab Ziel und Inhalt der ganzen künftigen Außenpolitik Deutschlands sein, der Leitgedanke alles politischen Denkens und Handelns des deutschen Volkes. Nur als Bahnbrecher uud Wegbereiter dieser neuen Entwicklung kann Deutschland wieder Weltgeltung gewinnen. „Deutschland wird das Zentrum der Welt sein, denn es liegt im Herzen Europas; Europa aber ist der künftige Mittelpunkt aller Großraumreiche des Erdballs."

Das in glänzendem Stil gehaltene Buch Göhres ergänzt vielfach die Schriften Coudenhoves und wird zweifellos dazu beitragen, die Diskussion über das Problem Paneuropa zu beleben und zu vertiefen. Auch wer die Schlußgedanken Göhres ablehnt, sollte das interessante Buch gründlich durcharbeiten; die Probleme sind so zukunftswichtig, daß jeder ernsthafte Mensch sich mit ihnen auseinandersetzen muß.

August Schmidt: Das neue Deutschland in der Weltpolitik und Weltwirtschaft. Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1925. 429 Seiten.

Auch dieses hervorragende Buch ist keiner Parteirichtung dienstbar, sondern untersucht, frei von jeder Voreingenommenheit, in vorbildlicher Gründlichkeit die drei Kardinalfragen der deutschen und europäischen Politik: Wie wird Deutschland wieder frei? Wie eine Nation und wie wieder ein Staat? Wie baut es seine Wirtschaft wieder auf?

Geopolitisch besonders wichtig ist der vom Verfasser gelieferte Nachweis, daß nur ein irgendwie gearteter Zusammenschluß zu den „Vereinigten Staaten von Europa" imstande ist, die schwere Krisis der abendländischen Menschheit und der Welt zu beheben. Schmidt zeigt, wie sehr dieser Verschmelzungsprozeß im Wirtschaftsleben tatsächlich bereits im Gange ist. Er behandelt die europäische Schwerindustrie, die chemische Industrie u. a. m., er weist auf die Interessenverflechtung zwischen dem industriellen Westeuropa und dem agrarischen Osten hin und spricht die Hoffnung aus, daß wirtschaftliche Notwendigkeiten früher oder später zu dem Zusammenschluß ganz Kontinentaleuropas einschließlich Rußlands führen werden.

Es ist hier leider nicht der Raum, dem außerordentlich gedankenreichen, tiefschürfenden und im besten Sinn realpolitischen Buche in allen Einzelheiten gerecht zu werden. Jeder, der sich mit dem Problem Europa ernsthaft beschäftigen will, muß dieses vorzügliche Werk unbedingt zu Rate ziehen. Den Führern des deutschen Staates und allen Parlamentariern aber sei Schmidts Buch besonders an Herz ge-

egt. Es führt sie aus der Enge und Öde des Parteigezänks auf eine hohe Warte, von der aus allein die Zukunft unseres Volkes entschieden werden sollte.

Max Lenz: Deutschland im Kreis der Großmächte 1871—1914. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925. X und 90 Seiten.

Eine kurze, aber ungemein gehaltvolle Gegenüberstellung der Bismarckschen Politik mit der Wilhelms II. Beide grundsätzlich friedensfreundlich, Bismarck aus wohlüberlegten politischen Gründen im Interesse einer Erstarkung des Reiches, Wilhelm II. eher ideologisch, ohne klare Erkenntnis und Würdigung der tatsächlichen Weltlage. Der Übergang von der Kontinental- zur Weltpolitik an sich eine innere Notwendigkeit, dem allgemeinen Zeitgeist der ganzen Welt entsprechend, in der Ausführung jedoch eine Halbheit, weil man meinte, den Krieg trotzdem unter allen Umständen vermeiden zu können. Der Weltkrieg keine Folge der Weltpolitik und der wirtschaftlichen Expansion, sondern kontinentaleuropäisch begründet: der einstweilige Abschluß der seit Jahrhunderten tobenden Kämpfe um die Vormachtstellnng in Europa.

Max Hildebert Boehm: Die deutschen Grenzlande. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1925. 294 Seiten, 6 Karten, 48 Abbildungen.

Im Januarheft 1925 dieser Zeitschrift zeigten wir M. H. Boehms „Europa Irredenta" an. Mit gleicher Freude machen wir die Leser heute mit dem neuen Werk des Verfassers bekannt, in dem er sich an einen wesentlich breiteren Kreis wendet. Boehm beschert uns hierin einen vortrefflichen Führer durch die deutschen Grenzlande und schildert eingehend die politische, wirtschaftliche, ethnische und soziale Struktur von Luxemburg, Elsaß, Lothringen, Saargebiet, Eupen-Malmedy, Rhein und Ruhr, Schleswig, Kärnten, Steiermark, Südtirol, Burgenland, Sudetenlande, Posen und Westpreußen, Hultschin, Oberschlesien, Danzig, Memelland, Insel-Ostpreußen.

Die mannigfachen und wichtigen Einzelheiten des allseitigen Grenzkampfes werden in den folgenden Abschnitten unter großen geopolitischen Gesichtspunkten zusammengefaßt. Boehm schildert den Kampf in den Grenzlanden als Glied der großdeutschen Bewegung und darüber hinaus als Auftakt zu einer Gemeinschaft der auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung gegründeten mitteleuropäischen Nationen und Staaten. Eingeklemmt zwischen den russisch-asiatischen und westeuropäisch-amerikanischen Staatenverbänden ist Mitteleuropa unweigerlich zum Untergang verurteilt, „wenn es nicht in letzter Stunde gelingt, aus großdeutschem Wollen heraus eine Erneuerung mitteleuropäischen Eigenstolzes gegen Ost und West durchzusetzen und zu politisch-geschichtlicher Erscheinung zu bringen".

K. C. v. Loesch und A. H. Ziegfeld: Volk unter Völkern. Bücher des Deutschtums. Herausgegeben für den Deutschen Schutzbund, Band 1. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1925. 453 Seiten, 11 Textkarten und Diagramme, 2 Kartenbeilagen.

Das bedeutsame Werk stellt die erste Auswertung der Ergebnisse des Kampfes dar, den der deutsche Schutzbund seit fünf Jahren führt mit dem Ziel, Reichsdeutschtum und Außendeutschtum zu einer Gefühls- und Willenseinheit zu verbinden, das deutsche Volkstum allenthalben in seinem Ringen um Selbstbehauptung zu stärken. In Ergänzung der Tagungen des Deutschen Schutzbundes sollen die Bücher des Deutschtums einen freieren Querschnitt der Geistigkeit dieser tatfreudigen Gemeinschaft geben.

Nach einer gehaltvollen Darstellung von Zweck und Ziel des Deutschen Schutzbundes ergreifen in diesem Werk in bunter Folge Geographen, Soziologen, Volkswirtschaftler, Historiker und Politiker das Wort, um, jeder

von seinem Standpunkt aus, in die Ideenwelt der deutschen Schutzbundarbeit einzuführen. Die Leser dieser Zeitschrift werden besonderes Interesse den folgenden Aufsätzen entgegenbringen: A. Penck, Deutscher Volks- und Kulturboden; F. Jaeger, Die Siebenbürger Sachsen; K. Haushofer, Die geopolitische Betrachtung grenzdeutscher Probleme; W. Vogel, Deutsche und entdeutschte Städte in Ost- und Südosteuropa; Axel de Vries, Die Nationalitätenpolitik Sowjetrußlands und die Fehler der westeuropäischen Staaten.

Manfred Laubert: Nationalität und Volkswille im preußischen Osten. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1925. 72 Seiten, 2 Karten.

Hätten wir während des Weltkrieges weitschauende Staatmänner in Regierung und Parlament gehabt, so hätten sie Gelehrte wie Laubert u. a. vor Versailles gebeten, das Problem „Ostdeutschland“ mit gleicher Gründlichkeit zu studieren, wie es Laubert jetzt getan. Wir hätten mit diesem wissenschaftlich-unantastbaren Material die Welt überschwemmen müssen und hätten sicher sein können, daß dann die Grenzziehung im Osten anders ausgefallen wäre!

Die Schrift von Laubert dürfen wir als das Beste bezeichnen, was bisher über die ostdeutsche Frage veröffentlicht worden ist. Gerade die ruhige, sachliche Art, mit der der Verfasser das geschichtliche, kulturelle und wirtschaftliche Moment, die politischen, militärischen und etnographischen Belange behandelt, wirkt so überzeugend, daß selbst Entente-Politiker und Amerikaner gepackt werden müssen. Die Überlegenheit der deutschen Kulturträger ist weit größer, als es ihrer Zahl entspricht. Die bisherige auf der Feststellung der Muttersprache beruhende Nationalitätenstatistik gibt ein völlig schiefes Bild (in drei Gemeinden des Hultschiner Ländchens z. B. mit 161 Deutschen, 326 Polen und 3681 Mähren wurden 99 % der Stimmen für Deutschland abgegeben, und dieser Fall steht nicht vereinzelt!). Die Grenzziehung ist ein bloßer Willkürakt, bei dem jeweils nur das für Deutschland ungünstige Moment zur Entscheidung herangezogen wurde. Ohne eine freie, unbeeinflußte Entscheidung des Volkswillens kann und wird die Wunde im deutschen Osten nicht verheilen.

Wir wünschen der Schrift Lauberts die denkbar weiteste Verbreitung. Sie sollte in allen Sprachen übersetzt und in Millionen von Exemplaren verteilt werden, um die Welt von dem uns im Osten zugefügten Unrecht zu überzeugen.

W. Volz: Des westdeutsche Volksboden. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1925. 240 Seiten.

Geographen, Historiker, Wirtschaftswissenschaftler und Politiker haben sich in diesem empfehlenswerten Buche zusammengefunden, um die Komplexheit des Kampfes um westdeutschen Volksboden zu schildern. Die einzelnen Aufsätze stellen jeder ein geschlossenes Ganzes für sich dar: Hettner, die geographischen Grundlagen der französischen Kultur und Politik; Metz, Die Oberrheinische Ebene und das Elsaß; Wolfram, Der Rhein als natürliche Grenze und die Keltenfrage (sehr wichtige Feststellungen!); Köpp, Die Bevölkerung der Rheinlande im Altertum; König, Vom alten deutschen Reichs- und Volksland im Westen; Platzhoff, Der tausendjährige Kampf um die Westgrenze; Wechsler, Die französische Nation im Mittelalter, Neuzeit und Gegenwart; Kaden, Französische Kulturpropaganda am Rhein; Spahn, Rheinländertum und Preußentum; Kapp, Staatlichkeit und Volkstum auf westdeutschem Volksboden; Wiedenfeld, Deutsches und französisches Unternehmertum; Kapp, Das Elsaß von heute.

Paul Wentzcke, Rheinkampf. Verlag Kurt Vowinckel, Berlin-Grunewald, 1925. Bd. I. Tausend Jahre deutscher Schicksalsgemeinschaft. X und 387 Seiten, 14 Karten, 1 Zeittafel. Bd. II. Im Kampf um

Rhein und Ruhr, 1919/24. 266 Seiten. 7 Karten.

Wentzckes „Rheinkampf“ reiht sich würdig Stegemanns „Kampf um den Rhein“ an. Betonte Stegemann in der Hauptsache die militärisch-strategischen Probleme, so beschäftigt sich Wentzcke überdies auch ausführlich mit den kulturellen Belangen, die neben den physiogeographischen, strategischen und wirtschaftlichen die Einheit des Rheingebietes begründen. Im ersten Band behandelt der Verfasser in einem grandiosen historischen Gemälde die Wechselbeziehungen zwischen Rhein und Reich. In jedem Abschnitt spüren wir immer von neuem die uralte Problematik der Rheinlande, die untrennbare Verbundenheit des deutschen Schicksals mit dem deutschen Rhein. Politisches, wirtschaftliches und künstlerisches Leben blühte am Rhein durch all die Jahrhunderte nur dann, wenn der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze war.

Der zweite Band enthält eine Reihe von Aufsätzen, die im Kampf um Rhein und Ruhr seit Kriegsende entstanden: Die geschichtliche Einheit des Rheintals, Die tausendjährige Jubelfeier des Deutschen Reiches, Die Einheitlichkeit der französischen Außenpolitik (besonders lesenswert!), Die Rheinpolitik der dritten Republik, Zur Naturgeschichte der Rheinischen Republik, Rheinische Republik und Reichsverfassung, Tagesfragen aus fünf Kampfjahren.

Es ist ein schönes Zeichen für die Wiedererstarkung des nationalen Selbstvertrauens und Stolzes, daß neben dem Stegemannschen Buch ein Werk wie Wentzckes „Reinkampf“ erscheinen konnte. Möge auch dieses seinen Weg zu recht vielen deutschen Familien finden!

Otto Brues: Der Rhein in Vergangenheit und Gegenwart. Eine Schilderung des Rheinstromes und seines Gebietes von den Quellen bis zur Mündung, mit besonderer Berücksichtigung von Land und Leuten, Geschichte, Geistesleben und Kunst, Landwirtschaft und Industrie. Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart-Berlin-Leipzig, 1925. XII und 378 Seiten, 8 mehrfarbige Kunstbeilagen, zahlreiche Abbildungen und Kartenskizzen.

Dieses in Gemeinschaft mit A. Hoff, O. Meynen, H. Sarnetzki und F. Steinbach von Otto Brues herausgegebene Prachtwerk ist der deutschen Familien- und Schülerbücherei wärmstens zu empfehlen. Welch plastisches Bild weiß Otto Brues von rheinischem Land und von rheinischen Menschen zu entwerfen, wie klar und eindringlich versteht Steinbach die Schicksalsfragen der rheinischen Geschichte zu skizzieren, wie prächtig fügen sich bei Sarnetzki und Hoff Wort und Bild zusammen, um einen Begriff von rheinischer Dichtkunst, Malerei und Plastik zu geben, wie wuchtig ist die Schilderung von rheinischer Landwirtschaft und Industrie aus der Feder von Meynen.

Die Anerkennung, die wir dem hervorragend ausgestatteten Werk als Ganzes zollen, soll nicht herabgemindert werden durch die Feststellung, daß wir im Steinbachschen Abschnitt oftmals anderer Meinung sind. Der Verfasser vertritt einen etwas einseitigen Standpunkt, wenn er mit einem Seitenhieb auf „geopolitische Rheinromantiker“ seine Anschauung folgendermaßen formuliert: „Nicht weil der Rhein geographisch, wirtschaftlich, strategisch von überragender Bedeutung und das Rheintal eine unteilbare Einheit ist, auch nicht, weil der Rhein für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit, für Frankreich nur ein Mittel zur Herrschaft und Vormachtsellung ist, hat Deutschland unveräußerlichen Anspruch auf die ganzen Rheinlande, sondern weil deutsches Volkstum unversehrt bis weit über das Rheintal hinaus sich geschlossen erstreckt.“ Warum dieses schroffe Entweder-Oder? Wäre nicht hier ein Sowohl-als-auch mehr am Platze? Geopolitische Einseitigkeiten verurteilen selbstverständlich auch wir; aber man darf andererseits doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und die geographischen, strategischen und wirt-

schaftlichen Momente gegenüber den völkischen für nahezu belanglos erklären.

Josef Ponten: Der Rhein. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin-Leipzig, 1925. 52 Seiten.

Zwei bereits früher erschienene Aufsätze Pontens sind in diesem Büchlein vereint; „Der Rhein, eine geographisch-historische Betrachtung“ und „Rheinstrom Weltstrom“. Schildert die erste Abhandlung den Rhein als den deutschen Lebensstrom, so zeigt die zweite, daß kein anderer Strom der Welt eine derartige internationale Bedeutung hat als eben der Rhein. Und wir stehen, meint Ponten, gewißlich noch nicht am Ende der Entwicklung. Was der Rhein sein kann, wird er erst zeigen, wenn ein übernationaler Einheitsstaat Europa zur Tat geworden sein wird.

Mit dieser dürftigen Inhaltsangabe ist der Pontenschen Schrift selbstverständlich noch nicht Genüge getan. Aber Ponten braucht kaum eine weitere Empfehlung, der Name sagt genug. Gedankenreich und formvollendet wie alle Schriften Pontens wird auch das neue Büchlein sicherlich viele, viele Freunde finden.

Alfons Paquet: Der Rhein, eine Reise. Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt a. M., 1923. 183 Seiten.

Ein recht warmherziges, flott geschriebenes Büchlein über eine Rheinreise vom Gotthard bis zum Hoek van Holland, mehr künstlerisch als wissenschaftlich, aber voll von interessanten Skizzen über die Beziehungen zwischen Fluß, Landschaft und Mensch. Beim Oberrhein werden vorwiegend geschichtliche und politische Fragen gestreift (Deutschland, Schweiz, Frankreich; Großschiffahrt), am Mittelrhein stehen kunstgeschichtliche Betrachtungen im Vordergrund, die Städte des Unterrheins laden zu städtebaulichen und wirtschaftlichen Erörterungen ein.

Hans Spethmann: Die Großwirtschaft an der Ruhr. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1925. 283 Seiten, 27 Karten und Diagramme.

Das deutsche Volk schuldet Spethmann großen Dank für diese musterhafte Monographie des hervorragendsten Industriereviers unseres Vaterlandes. Wir lernen zunächst die verschiedenen Wirtschafts- und Siedlungszentren kennen, die allmählich zu einer einzigen riesenhaften Ruhrstadt verwachsen. Mit großer Sachkenntnis führt uns Spethmann sodann in die Fragen der Rohstoffbasis ein und schildert den Kampf zwischen deutscher und englischer Steinkohle. Bei der Erörterung der Verkehrsprobleme werden die Duisburg-Ruhrorter Häfen, der Rhein—Herne-Kanal, der Dortmund—Ems-Kanal, Ruhr und Lippe, der Mittellandkanal, Hansakanal usw. ebenso eingehend behandelt, wie das einzigartig dichte Eisenbahnnetz. Fragen rein wirtschaftlicher Natur füllen den zweiten Teil des Buches aus, wo wir von dem Werden der einzelnen Großwerke, der Ausgestaltung der Konzerne, vom Wesen der Führer der Ruhrindustrie u. a. m. hören. Ein geschlossenes Bild des Ruhrreviers entsteht so vor unseren Augen, wir gewinnen einen tiefgründigen Einblick in die Eigenart jenes Bezirkes, der ist und für absehbare Zeit bleiben wird das stärkste Kraftfeld im Wirtschaftsleben Deutschlands.

Friedrich Metz: Die Oberrheinlande. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1925. 284 Seiten mit 45 Karten und Diagrammen im Text.

Es wurde in der Tat höchste Zeit, daß den pseudo-wissenschaftlichen Tendenzschriften französischer Geographen (Vidal de la Blache, Jean Brunhes u. a. m.) einmal in ruhiger, aber fester deutscher Darstellung begegnet und der einheitliche deutsche Charakter der Oberrheinlande einschließlich des Elsaß nachgewiesen wurde. Daß Metz bei aller glühenden Heimats- und Vaterlandsliebe streng sachlich geblieben ist, erhöht den Wert dieser vorzüglichen Schrift.

Die volle Symmetrie der beiden Stromseiten, die gleichartige Entwicklung von Wirtschaft und Kultur, die starken und innigen Wechselbeziehungen zwischen beiden Flanken treten in

jedem Kapitel so überzeugend hervor, daß sich die Einheit der Oberrheinlande dem Leser unvergeßlich einprägt. Es gibt in der Tat nur einen Unterschied, und das ist die Verwendung der Esel als Zugtiere auf den steilen Weinberghalden des linksrheinischen Gebietes; doch „dürften auch die 1000 Esel nicht ausreichen, um das Elsaß zu einer französischen Landschaft zu stempeln".

Mit feinem Takt behandelt Metz Elsaß-Lothringen als „Grenzmark"; rücksichtslos geißelt er die Fehler innerdeutscher Grenzziehung, die die unglückselige politische Zersplitterung der Oberrheinlande bewirkte. „Deswegen hat sich das Schicksal so rasch und furchtbar erfüllt, weil man das Herz des elsässischen Landes, Straßburg, nicht auch zum politischen, geistigen und wirtschaftlichen Mittelpunkt der Ebene gemacht hat, daß man es nicht in den größeren oberrheinischen Lebensraum mitten hineingestellt hat. Wir wissen, daß es der Deutschesten einer, Großherzog Friedrich I. von Baden, so gewollt hat. Der größte politische Gedanke, der am Oberrhein gefaßt worden war, scheiterte an dem Widerstand partikularer Gewalten."

R. Kuczynski: Deutschland und Frankreich, ihre Wirtschaft und ihre Politik 1923/24. Neue Folge. Verlag von R. L. Prager, Berlin 1925. 266 Seiten.

Eine größere Anzahl deutscher und französischer Schriftsteller kommt in diesem Buche der deutsch-französischen Wirtschaftskorrespondenz zu Worte. Ihnen allen gemeinsam ist die Überzeugung, daß der Haß zwischen Deutschland und Frankreich die Hauptursache für die Friedlosigkeit Europas ist, und daß es nur einer objektiven Aufklärung bedürfe, um eine wahrhafte Verständigung zwischen den beiden Völkern herbeizuführen. Bei den Aufsätzen handelt es sich in der Hauptsache um wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Probleme. Besonderer Nachdruck wird auf die Bildung der nationalen Wirtschaftsräte gelegt und auf die Schaffung eines internationalen Wirtschaftsrates, „der eine Ausgleichsstelle der wirtschaftlichen Interessen der Welt zum Wohle der ganzen Menschheit darstellen würde."

Das nüchterne rational-materialistisch eingestellte Buch läßt vieles vermissen, was zur Klärung des Problems Deutschland-Frankreich von Wichtigkeit ist. Auf der anderen Seite gehören derartige Ausfälle gegen Andersdenkende wie auf S. 214, 221, 226, 239 u. a. m. weder zur Sache, noch nützen sie ihr.

F. v. Hake; Frankreich im Rheinland; der Versailler Vertrag ein Fetzen Papier. Verlag: „Der Deutschenspiegel", Berlin, 1925. 122 Seiten.

Ein furchtbares, aber dennoch wohl notwendiges Buch. Mit rücksichtsloser Deutlichkeit wird das wahre Ziel der französischen Politik am Rhein enthüllt, werden all die vielen Vertragsbrüche, Vergewaltigungen, Roheiten der französischen Besatzung geschildert. Nitti, Keynes, Mac Donald, Lloyd George nnd vor allem Wilson kommen zu Wort, um die Abscheulichkeit der französischen Rheinpolitik zu geißeln. Von Wilson stammt übrigens der Untertitel dieses Buches, denn am Jahrestage des Waffenstillstandes, am 11. November 1923, erklärte der Vater des Versailler Friedens: „Frankreich und Belgien sind dahin gekommen, den Versailler Vertrag als einen Fetzen Papier zu betrachten."

Wir müssen dem Verfasser Recht geben: mit den nach mittelalterlichen Methoden regierenden, lediglich auf die Schwächung Deutschlands bedachten Frankreich der Gegenwart ist ein „ewiger" Friede, geschweige denn aufrichtige Verständigung schlechterdings leider unmöglich.

Rheinische Schicksalsfragen. Eine Schriftenfolge, herausgegeben in Verbindung mit dem West-Ausschuß für Rhein, Saar, Ruhr und Pfalz von Prof. Dr. Rühlmann. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin, 1925.

Es ist gut so und ein günstiges Zeichen für die Zukunft, daß die Rheinliteratur derartig

angeschwollen. Wir Deutsche können uns in der Tat garnicht genug mit dem Rheinproblem beschäftigen, womit selbstverständlich nicht einer einseitigen politischen Orientierung nach Westen das Wort geredet sein soll.

Im Gegensatz zu Stegemann, Wentzcke u. a. m. versucht die Rühlmannsche Schriftenfolge durch eine Reihe gesonderter Darstellungen das Problem auszuschöpfen. Männer und Frauen, Menschen aus den verschiedenartigsten sozialen und politischen Schichten, ergreifen hier das Wort, um immer wieder eine neue Seite des deutschen Westproblems zu beleuchten. Freiherr von Solemacher schildert im ersten Doppelheft Wert und Bedeutung des besetzten Westens (Tatsachen und Zahlen). In Heft 3 stellt Linnebach deutsche und französische Okkupationsmethoden (1870—1873, 1920—?) gegenüber. Fittbogen behandelt in Heft 4 unter Zuhilfenahme umfangreicher Statistiken die französischen Schulen im Saargebiet. In der Schrift 5/6 bietet Pechel einen Auszug aus dem Rheinland-Tagebuch des ehemaligen amerikanischen Oberbefehlshabers Henry T. Allen. Das Heft 7/9 endlich enthüllt dokumentarisches Material zur Sicherheitsfrage mit Einleitungen und Schlußwort von Graf Max Montgelas. — Die Schriftenreihe wird fortgesetzt.

Es ist schwer, die verschiedenen Veröffentlichungen zu werten. Jedes der Hefte enthält so viele wichtige Tatsachen, jedes bemüht sich so ehrlich, gerechte deutsche Empörung mit strenger Sachlichkeit zu verbinden, daß man alle Glieder dieser Schriftenfolge warm empfehlen muß. Wenn trotzdem eines hervorgehoben werden soll, so ist es Schrift 5/6 mit dem Auszug des Rheinland-Tagebuches von Allen. Was dieser vornehme und gerechte Amerikaner seinem Tagebuch anvertraut, sollte jeder Deutsche wenigstens in dem vorliegendem Auszug lesen. Möge die Schrift auch im Ausland weite Verbreitung finden und im Verein mit den übrigen Heften an ihrem Teile mithelfen, daß der Rhein einst wieder frei fließe vom Fels zum Meer.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 11 [illegible].

